€1,- BER39501
Kat Inh 68

D 2442 F

diskus

SOLANGE ES NOCH KEINE "PARTEI DER ANGST VOR SDS & APO" IN DEUTSCHLAND GIBT, BEREITET MAN SIE IN ARTIKELN VOR. S.7

REFORMISMUS muß WEG! S.10

DIE DESTRUKTION DES SDS IN DER BÜRGERLICHEN MEINUNGSINDUSTRIE NIMMT DEN VERSUCH SEINER ZERSCHLAGUNG DURCH POLIZEIGEWALT UND POLITISCHE KLASSENJUSTIZ VORWEG.

EINE WEIBE SEITE IST KONTERREVOLUTIONÄR

DER INTELLEKTUELLE UND SEINE MASSENBASIS - KLAUS MESCHKAT - GEGEN DEN REFORMISMUS - S.3

BÜRGERLICHE KRITIK AN EINER SOZIALISTISCHEN ORGANISATION IST EINE "LOGISCHE UNMÖGLICHKEIT."

DIE KULTURINDUSTRIE VERKAUFT POLITISCHEN PROTEST ALS ÄSTHETISCHE PRAXIS?

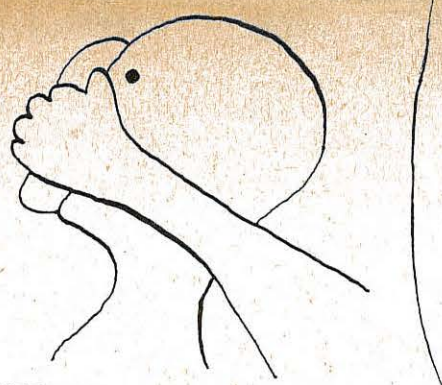
PROTEST GEGEN KULTURINDUSTRIE

die aktionen während der buchmesse zeigten einmal mehr wesentliche organisationsschwächen der antiautoritären bewegung S. 14,15,

DER FDP-MENSCH geht vor und vor und vor

"WER SCHÄTZT DIE FRATZE DES KLASSENKÄMPFERS?" DAS BESTE FÜR FRANKFURT - CDU." CDU - DER BESSERE KLASSENKÄMPFER

REFORM

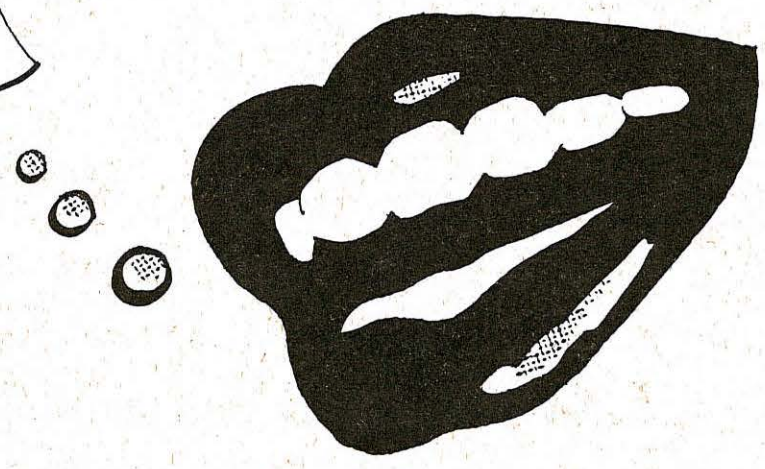


CHLOROFORM

S.11 UNI unter KURATEL

WER SORGT DAFÜR, DASS FRANKFURTS POLIZEI SICHERE ARBEITSPLÄTZE HAT? BRUNDERT UND SEINE MANNSCHAFT, "DIE ALMUDLER" UND ANDERE MITWIRKENDE S.2

DIE PATHOLOGIE DER ANTIAUTORITÄREN BEWEGUNG KANN NICHT DURCH PROFESSORALES VERHALTEN ÜBERWUNDEN WERDEN. RATIONALEM FORDERUNGEN NACH INDIVIDUELLEN KONFLIKTEN IST EINE ANALYSE DER PATHOLOGISCHEN MOMENTE AUS DENEN SICH DIE ENTWICKELN.



6
18. Jg. Okt. 1968
Frankfurter Studentenzeitung
Preis 1,- DM Studenten 0,50 DM

In Frankfurt hat sich für die Kommunalwahl im Oktober ein Wahlbündnis von demokratischen Kräften, DFU und dem Arbeitnehmer-Ausschuß der KP gebildet, die SDO (Sozialistische Demokratische Opposition). Es entstand neben dem wirklichen politischen Kampf mit dem Ziel, auch im Stadtparlament „auszusprechen, was ist". (Neues, Information der SDO Nr. 1) Wie Dahrendorf und die Modeindustrie sprechen sie die Jungen und Dynamischen an, die modernen, wenn auch ihr Programm aus der Mottenkiste des sozialdemokratischen Reformismus vor dem ersten Weltkrieg und ihrer kommunistischen Neuauflage stammt. „Frischer Wind kommt auf im Römer", heißt es. Der frische Wind jedoch erhebt nahezu ausschließlich sozialpolitische Forderungen. Es gibt keinen einzigen Angriff auf die Frankfurter Politik gegen die Schüler, Studenten und jungen Arbeiter, die brutalen Polizeiaktionen während der Springerblockade, keinen Angriff auf die Notstandspolitik von Hessen-Süd. Der Trend ist: Schonung der Sozialdemokraten, Angriff auf die CDU und die NPD. Die SDO wird als „Stärkung der Frankfurter Gegner von CDU und NPD" vorgestellt. (Neues Nr. 1) Auch enttäuschte Sozialdemokraten können ihre Bindung an die Sozialdemokratie nicht verleugnen. Die Entpolitisierung in

Frischer Wind ins Parlament

Wahlkämpfen hinterläßt an der SDO ihre Spuren, die, so wie die SPD es besser machen will als die CDU, es besser machen will als die SPD. Ihre zentrale Forderung lautet Abrüstung. Zusammen mit einer veränderten Verteilung von Steuergeldern zwischen Bund, Städten und Gemeinden soll sie „soziale Aufrüstung" ermöglichen. (Neues Nr. 1) Die soziale Aufrüstung schließt über die Senkung der Tarife der Gas-, Wasser- und E-Werke und der Verbesserung der Verkehrsmisere auch die Schaffung einer Beschwerdestelle für die Bürger ein. (Vorschlag: das Polizeipräsidium d. V.)

Da jedoch die Verteilung der Steuergelder in Bonn beschlossen wird, „Magistrat und Stadtverordnetenversammlung weitgehend zum ausführenden Instrument von Beschlüssen geworden (sind), die im Bonner Kabinett oder in den Büros der Großindustrie und der Interessenvertretungen gefaßt werden" (a. a. O.) braucht die SDO ein komplementäres Wahlbündnis auf Bundesebene. Das wird von „Gießener Kreis" organisiert, einem großen Bündnis fortschrittlicher und friedliebender Menschen, das sich auch an die Bauern, den gewerblichen Mittelstand und die kleinen Unternehmer wendet. Auch hier lautet die Hauptforderung: Abrüstung und Ausbau der sozialen Demokratie und der Mitbestimmung.

Dieses Programm ist der Boden des Kompromisses zwischen Kommunisten, Liberalen und linken Sozialdemokraten. Es steht auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung. Nicht Rüstungsausgaben an sich werden angegriffen, nur ihre Höhe. Dieses Programm als Basis reformistischer Forderungen unterschlägt den notwendigen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie, hohen Rüstungs- und sinkenden Sozialausgaben. Trotz der konstitutionellen „Ungerechtigkeit" der Klassengesellschaft fordern die Reformisten Gerechtigkeit, als sei sie mit mehr Kindergärten und Krankenhäusern schon hergestellt. Keine einzige Forderung geht auf Produzentendemokratie, alle auf bessere Verteilung auf der Basis der bestehenden Klassenverhältnisse. SDO und Gießener Kreis halten auch nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze die Fiktion hoch, daß soziale Reformen in dieser Gesellschaft möglich seien, die den Interessen der abhängigen Massen dienen.

Der Gießener Kreis setzt sich aus Leuten zusammen, den Professoren Abendroth, Hofmann, Ridder und vielen anderen, deren Strategie gegen die Notstandgesetze: Druck auf den Parlamentarismus durch machtvolle Podiumsdiskussionen und Demonstrationen, kläglich gescheitert ist.

Statt zu neuen Widerstandsformen überzugehen, treten sie jetzt nicht mehr für die „Rettung" des Grundgesetzes, sondern „für Wiederherstellung des Grundgesetzes von 1949" ein. (a. a. O.) Indem sie in ein Parlament einziehen wollen, das alle wesentlichen Entscheidungen den außerparlamentarischen Instanzen überlassen mußte! Sie wollen in einem Augenblick ins Parlament, wo die Entmachtung des Parlamentarismus auch ihnen selbst einsichtig sein müßte (schon allein durch die Wahlrechtsreform). Was ist der Reformismus anderes als der strahlende Utopismus sogenannter Realpolitiker. Die Illusionen, die sie erzeugen, schlagen nur den Herrschenden zu Buche, deren prinzipieller Konservatismus dadurch verschleiert wird. Nachdem die Notstandsgesetze und die blutige Niederschlagung der Revolten junger Arbeiter, Schüler und Studenten die faschistischen Implikationen der herrschenden Ordnung enthüllt haben, wollen die ehemaligen Notstandsopponenten wieder das Image einer liberalen Demokratie auffrischen. Für diejenigen Teile der noch außerparlamentarischen Opposition, die den „Klassenkampf" immer schon mit parlamentarischen Mitteln geführt haben, ist der Sprung von der Kundgebungstribüne zur Parlamentstribüne in der Tat nur eine quantitative „Ausweitung des Kampfes (a. a. O.). Von der Unterschrift unter Manifeste ist kein weiter Schritt zum Handaufheben bei der Stimmabgabe. Grundlegend für liberale Praxis ist das Repräsentationsprinzip (vgl. Gert Schäfer, DISKUS Nr. 3, 1968), die Ersetzung wirklicher Praxis durch die Praxis des Wortes und des Papiers, wenige Auserwählte als Sprachrohr passiver sprachloser Massen.

Die einsichtslose Fortführung dieser demoralisierenden Politik, die gleichzeitig Isolierung von den Massen und Kanalisierung radikaler Bedürfnisse bedeutet, wirkt den Lernprozessen entgegen, die die APO im Kampf gegen Springer und die Notstandsgesetze machte. Daß diese Gesellschaft grundlegend von der Basis her und nicht von Organisationsvorständen und Parlamentsbänken aus geändert werden muß, war die zentrale Erfahrung: Selbstorganisation. Bildung von Kadern an der Basis, in Schulen, Berufsschulen, Betrieben und Universitäten ist die zentrale Aufgabe. Nur so kann die APO eine Massenbasis aktiver Demokraten schaffen, die nicht ihre Stimmen delegiert haben, sondern selbst über sie verfügen. Die Parlamentarisierung der APO würde der Verbreitung dieses Bewußtseins entgegenwirken. Objektiv dienen die Wahlbündnisse des Gießener Kreises und der Frankfurter SDO der Diszierung und Eindämmung fundamentaldemokratischer Praxis. In Frankreich hat die KPF mit Parlamentarismus und Sozialpolitik den autoritären Staat noch einmal gerettet. Auch in der Bundesrepublik scheinen die KP und ihre liberalen Bundesgenossen dem Notstandsstaat zu neuem Ansehen verhelfen zu wollen.

Rainer Roth

Wahlkampf – Brundert und seine Mannschaft

Zahlreiche Vereine und Volkskunstgruppen wirken unentgeltlich im Programm mit, so unter anderen:

Akkordeon-Vereinigung Niederrad, Bayer. Volkstanzgruppe „Almrausch", Blasmusikgruppe „Die Almdudler", Bockenheimer Fanfarenzug, Bürgerwehr des KV „Die Spinner", Carneval- und Theaterclub „Die Krätscher", Chorgemeinschaft „Kaiser-Kocher", „Die Weißbüsch" des KV „Die Frankfurter 02", Erster Frankfurter Theater- und Carnevalclub. Erster Zeilsheimer Karnevalclub „Die Labbeduddel", Europas moderne Zauberschau „Gutelli", Fanfarenzug „Blau-Gold" Schwanheim, Frankfurter Fanfarencorps, Fanfarenzug der Freiwilligen Feuerwehr Oberrad, „Fechinis" TSG Fechenheim, Frankfurter Gardecorps „Die Scharfschützen", Frankfurter Stadtgarde, Freiwillige Feuerwehr Bornheim, Geschwister May, Darmstadt (Kunstradfahren), Gesellschaft zur Förderung des New-Orleans-Jazz, Große Frankfurter Karnevalgesellschaft „Narhalla", Höchster Schloßgarde, Kapelle der Berliner Verkehrsgesellschaft, Kapelle der Frankfurter Straßenbahn, Karnevalclub „Die Nordendler", Karnevalgesellschaft „Bernemer Käwwern", Mundharmonika-Quintett „Die Kolibris", Odenwälder Volkstanzgruppe „Hans von der Au" Erbach/Odenwald, Radfahrverein „Germania" Kriftel, Spielmannszug Okarben, Tanzgruppe der SKG Frankfurt, Turnerschaft 1860 Heddernheim, Turn- und Sportvereine des Turngaues Frankfurt, Volkstanzgruppe „La Lionnaise" Lyon, Volkstanzgruppen „Morris and Swort Dance Teams", „Country Dance Team", Birmingham, Polizeichor „Hau Druff".

— Änderungen vorbehalten —

DISKUS - exklusiv über konkret

Schon in der ersten Septembernummer druckte konkret ein „Exklusiv"-Interview mit Regis Debray ab, das sie der amerikanischen Zeitschrift „Ramparts" entnommen hatte. Das „Exklusiv" sollte den konkretlesern suggerieren, daß seine Redakteure den Idolen der Revolution so hart auf den Fersen sind, wie das Grüne Blatt der Soraya.

Vor einiger Zeit suchte der „Stern" Rudi Dutschke in Italien heim, fotografierte ihn bei Sport und Entspannung und behauptete, nicht einmal seine Berliner Genossen wüßten, wo er wäre. Wohl aber die findigen Sternreporter, die noch exklusiver am Leben der Bewegung teilnehmen als diese selbst. Nur pulsiert es nicht in italienischen Landhäusern oder auf einem Sandstrand unweit Florenz, wo der SPIEGEL Cohn-Bendit in der Badehose fotografierte. konkret, das sich laut Röhl als „Gegenzeitung" zu SPIEGEL, ZEIT und Stern versteht, sicherte sich nun für die zweite Septemberausgabe, diesmal eher als der liberale Stern, ein paar Zeilen Dutschke, wenn auch nur im exklusiven Vorabdruck. Mit Stolz hieß die Ankündigung „Rudi Dutschke: Erste Veröffentlichung nach dem Attentat" (p. 4).

In der Tat: Gegenzeitung deshalb, weil konkret **gegen** Stern und SPIEGEL um den gleichen Star konkurriert. konkret reproduziert naiv den Starkult der bürgerlichen Presse und stabilisiert damit Autoritätsverhältnisse in der antiautoritären Bewegung, deren Abschaffung für die Bewegung lebensnotwendig ist. Vor kurzem konnten die cleveren Burschen einen Artikel von Oskar Negt über das Ende des Stalinismus nicht abdrucken, ohne ihn in einem Vorspann den „Chefideologen des SDS" zu nennen. Der gleiche Vorspann legitimiert den Artikel durch Fragen, auf die „die antiautoritäre Jugend in der Bundesrepublik" eine Antwort sucht. Ein solches Bewußtsein ist stalinistischen Strukturen adäquat, wo der „Chefideologe" alle Fragen von oben beantwortet, oder dem Verhältnis der BILD-Zeitung zu ihren Lesern. Die Zeitung, die die publizistische Führungsrolle in der antiautoritären Bewegung übernehmen will, muß ihre Autoren erst zu Chefs und Führern stilisieren, damit sie ihre Popularität für ihre Auflage nutzen kann. So fortschrittlich konkret gewiß ist, auf Grund dieser Strukturen ist sie gegenüber der antiautoritären Bewegung konservativ.

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung. Erscheint zweimal vierteljährlich.
Herausgeber: David H. Wittenberg, Andreas Schröder, Rainer Erd, Lothar Wolfstetter, Veit Feger
Redaktion: Antonia Grunenberg, Rainer Roth, Hermann Lohaus, Michael Schwarze, Lothar Wentzel, Eckhart Grünewald, József Wieszt
Redaktionsgeschäftsführer: Hermann Lohaus
Verlagsleiter: Werner Fritzsche
Anzeigen: Werner Dömming
Vertrieb: Dagmar Gerdes, Klaus von Büren
Anschrift der Zeitung: 6 Frankfurt am Main 1, Mertonstraße 26–28, Telefon (0611) 7 98 31 88
Konten der Zeitung: Commerzbank Ffm. 6420020, Postscheckamt Ffm. 187588
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion. Alle abgedruckten Beiträge sind Eigentum des DISKUS.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Erlaubnis der Redaktion.
Leserbriefe haben keinen Anspruch auf vollständige Wiedergabe.
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. Januar 1968.
Abonnementsbestellungen zum Preis von DM 10,– jährlich nimmt jedes Postamt entgegen.
Lieferungen in das Ausland sind bei der Redaktion zu bestellen.
Druck: H. G. Gachet & Co., 607 Langen · Gerichtsstand: Frankfurt/Main
Den Aufsatz von Klaus Meschkat entnahmen wir dem Band „Die Linke antwortet Habermas", der in der Europäischen Verlagsanstalt erscheint.
Den Aufsatz von Hubert Bacia entnahmen wir der Freiburger Studentenzeitung. Titelseite: Sylvia Gruner

Die Buchhandlung
für den Mediziner

JOHANNES ALT seit 1868

BUCHHANDLUNG UND ANTIQUARIAT FÜR MEDIZIN

In Kliniknähe, Haltestelle Hochhaus Süd (Hippodrom) der Linien 1, 11, 15, 21

Telefon 61 29 93

Frankfurt Süd 10
Gartenstraße 134

Fahrschule E + E Hanslik
Civil-Ing.

Grundgebühr 50,– Fahrstunde 12,–

6 Frankfurt/Main
Reuterweg 66
Telefon 72 59 83

6451 Dörnigheim a. M.
Hermann-Löns-Straße 7
Telefon Hanau 9 84 19 30

H

Gegen Reformismus

Guten Tag! Darf ich Ihnen meine Strategie der privilegierten Einflußchancen offerieren?

Jürgen Habermas hat ein seltsames Verhältnis zur Aktualität. Wer seine Frankfurter Rede künftig einmal nachliest, wird ihr kaum anmerken können, daß sie wenige Wochen nach den bundesdeutschen Osterunruhen und kurz nach dem Scheitern der französischen Revolutionsbewegung des Jahres 1968 gehalten wurde. Daß es der Protestbewegung an den westdeutschen Hochschulen zum ersten Mal gelungen ist, große Teile der nichtstudentischen Jugend zu mobilisieren, daß revolutionäre Studenten in Frankreich eine Streikbewegung auslösten, die fast zum Sturz des herrschenden Regimes führte — solche Tatsachen erscheinen Habermas offenbar als zu vordergründig oder unerheblich, um in seine Analyse einbezogen zu werden.

Sein Unvermögen, das Neuartige in der gegenwärtigen Entwicklungsphase antikapitalistischer Strömungen in Westeuropa zu erfassen, führt dazu, daß die aktuelle Situation nur in der banalen Form der Begleitumstände der mißglückten Universitätsbesetzung zu Frankfurt am Main in die Betrachtung eingeht. So mißrät die Analyse zum Plädoyer gegen die Frankfurter Akteure und ihre vermeintlichen Hintermänner. Nicht strategische Konzepte der Linken, sondern gelegentlich revolutionäre Phrasen und schlecht überlegte Einzelaktionen werden zum Ausgangspunkt der Kritik.

Habermas unterstellt die Absicht einer unmittelbaren Machtergreifung und deutet sie als folgerichtiges Ergebnis einer eigens zu diesem Zweck konstruierten SDS-Theorie — eines eigentümlichen Vulgärmarxismus, der leider Ähnlichkeiten mit den Theorieansätzen aufweist, an denen sich die meisten SDS-Genossen tatsächlich orientieren. Enttäuschend ist nicht die Schärfe des Angriffs — enttäuschend ist, daß Habermas die theoretischen Bemühungen und die reale Praxis der Studentenopposition so sehr verfehlt, daß sein Beitrag in der Diskussion um eine sozialistische Strategie in Westeuropa keinen Schritt weiterhilft. Er begeht den schwerwiegenden Fehler, die Kriterien zur Beurteilung richtiger und falscher Aktionen *unmittelbar* aus einer allgemeinen Theorie des Zeitalters abzuleiten, die sich auf einer hohen Abstraktionsstufe bewegt. Nun gibt es aber keine direkte Verbindung zwischen generellen Aussagen über den Spätkapitalismus einerseits, der Kritik an SDS-Aktionen und Empfehlungen für eine realistische Politik andererseits. Nur eine Analyse der gegenwärtigen Organisationsformen und Entwicklungstendenzen der Oppositionsbewegung, konkreter als die Schilderung jugend-spezifischer Demonstrationstechniken, könnte die Lücke schließen. Wo dieses Zwischenglied fehlt, sind Kurzschlüsse und unfruchtbare Widersprüche unvermeidlich. Ein Beispiel: Habermas geht einleitend von der realen Möglichkeit einer Revolution aus, denn die von ihm prognostizierte Transformation in eine Gesellschaft, die eine sozialistische Produktionsweise zur Voraussetzung und politische Freiheit im materialistischen Sinne zum Inhalt hat, darf wohl im Marxschen Verständnis Revolution genannt werden. Bei seinem Plädoyer gegen die Frankfurter Aktivisten angelangt, spricht er dann explizit von der Revolution — nur um festzustellen, daß von einer in Revolutionierung zu überführenden Situation nicht die Rede sein kann. Mit anderen Worten: der Vertreter kritischer Gesellschaftstheorie redet verschlüsselt über Perspektiven gesellschaftlicher Transformation, solange es scheinen kann, daß sich Revolutionierungsprozesse unabhängig von handelnden Individuen und jedenfalls ohne sein eigenes Zutun vollziehen. Konkrete Schritte, die diese Prozesse vorantreiben können, kritisiert er nicht etwa deshalb, weil sie der Revolution schaden könnten, sondern weil jedes Anzeichen für eine revolutionäre Lage fehlt.

Es wäre falsch und überheblich, solche Widersprüche aus intellektuellen Unzulänglichkeiten eines Autors zu erklären, der sich längst als scharfsinniger Analytiker ausgewiesen hat. Eher darf man vermuten, daß sich bestimmte Erkenntnisschranken zwangsläufig aus der Weigerung ergeben, bei aller Kritik kompromißlos für die entschiedensten Träger des antikapitalistischen Kampfes Partei zu ergreifen. Die betonte Distanz zur realen Bewegung, die auf eine Umwälzung der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsordnung gerichtet ist, erweist sich eben — allen Behauptungen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs zum Trotz — nicht als Vorzug, sondern als Ursache für theoretische Fehlgriffe. Dabei macht es sich Habermas zu leicht, wenn er einfach gegen die Forderung der Jüngeren polemisiert, an ihrer Praxis teilzunehmen. Nicht der Besuch von nächtelangen SDS-Diskussionen wird ihm abverlangt, nicht die Bereitschaft, in Reihe Drei mit Sturzhelm beim Sturm auf Springer-Filialen dabeizusein, gewiß auch nicht kritiklose Loyalität gegenüber einer bestimmten Organisation. Man muß konzidieren, daß dem Theoretiker eben primär die Aufgabe zufällt, die Erfahrungen der Protestbewegung theoretisch zu verarbeiten. Es fragt sich nur, wie das geschieht: ob in der Attitude des sympathisierenden Kritikers, der seine Unabhängigkeit und Unverwechselbarkeit genießt, oder in dem Bewußtsein, daß theoretische Anstrengung selbst ihren Beitrag zur Revolutionierung leisten muß, daß ihr unter anderem die Aufgabe zufällt, die Stellen des Systems ausfindig zu machen, wo verändernde Praxis am ehesten ansetzen kann.

Zumindest in seiner Frankfurter Rede läßt Habermas dieses Bewußtsein vermissen. Wo seine Analyse Praxis theoretisch begründen und vorbereiten müßte, gibt er sich beiläufig und desinteressiert. Er sieht immerhin ein unlösbares Systemproblem, das wohl den sich verschärfenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung subjektiv widerspiegelt: die fortschreitende Zersetzung der Leistungsideologie. Wenn das richtig ist, so beginnen hier die realen Probleme einer revolutionären Strategie: Soll man passiv auf die quantitative Erweiterung jugendlicher Subkulturen warten, in denen die Orientierung an bürgerlichen Wertvorstellungen ihre Kraft verliert? Müßte man seine Anstrengungen auf bestimmte Schichten der Lohnabhängigen konzentrieren, etwa auf die technische Intelligenz, wo der genannte Widerspruch am frühesten erfahren werden kann? Wie kann man durch bewußte Aktionen diesen Prozeß beschleunigen, wie seine antikapitalistischen Implikationen artikulieren? Habermas stellt solche Fragen nicht, sondern eilt zur nächsten These weiter.

Es scheint ihm weniger darum zu gehen, künftige Praxis zu begründen, als gegenwärtige abzuqualifizieren. Nicht jede Praxis allerdings. Aber das politische Handeln, das er zum Schluß als realistisch empfiehlt, läßt sich aus keiner Theorie ableiten. Jedenfalls hat es nichts mit der Bestimmung möglicher Bruchstellen im System zu tun, die er in seinen ersten Thesen andeutet.

Vielleicht bedarf es keiner theoretischen Begründung, weil es einfach bewährtes Paktieren fortsetzt und, seinerseits generationsspezifisch, den Möglichkeiten der Leute über Dreißig eben angemessen ist? Zu rechtfertigen und theoretisch auszuweisen hat sich offenbar nur derjenige, der Gesellschaft revolutionär verändern will. Er darf nicht damit beginnen, solange die vorgängige Theorie nicht komplett ist — nicht vor dem Abschluß der Diskussion um die Arbeitswertlehre, nicht bevor die subtilen Unterschiede zwischen direkter Ausbeutung und empörender Entrechtung der unentwickelt gehaltenen Länder mit letzter Akribie nachgewiesen ist. Bis dahin ist nur eine defensive Praxis zulässig, die der präventiven Vermeidung künftiger Risiken dient.

Dahinter steht nun weniger eine Theorie als eine Grundüberzeugung, die Habermas nicht expliziert. Er teilt sie mit manchen liberalen Professoren und Journalisten, mit aufgeklärten Sozialdemokraten und auch mit den Verfechtern der KP-Linie. Sie verrät sich in der Formulierung, die Taktik müsse sich an der Wirklichkeit orientieren.

Was für eine Wirklichkeit? Jedenfalls nicht jene Realität des Spätkapitalismus, die Habermas noch in seinen ersten Thesen als sich wandelnd und veränderbar interpretiert. Wo er bei politischen Konsequenzen anlangt, verläßt er die Voraussetzungen kritischer Gesellschaftstheorie. Nun ist seine Wirklichkeit statisch und eingezäunt, sie bietet einen festgelegten Aktionsspielraum mit starren Grenzen, die durch Verfassungstexte, Institutionen und Organisationen in ihrer jeweiligen Gestalt markiert werden. Solange man sich in diesem Aktionsspielraum bewegt, kann man mit Bündnispartnern und mit begrenzten Erfolgen rechnen. Bricht man aus, so gerät man unvermeidlich in die Isolation und beschwört schrecklichste Gefahren herauf.

Diese Auffassung von den Grenzen sinnvollen politischen Handelns ist eben durch jene jüngste Entwicklung der Protestbewegung widerlegt worden, die Habermas mit einiger Konsequenz ausklammert. Die radikale Opposition konnte quantitativ anwachsen und Bedeutung gewinnen, weil sie sich über die Regeln einer Bündnispolitik sozialdemokratischer oder KP-offizieller Spielart einfach hinweggesetzt hat. Bündnispolitik in diesem klassischen Sinne muß sich zwangsläufig am Bewußtsein des unentschiedensten, gerade eben hinzugewonnenen Partners orientieren. Man einigt sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, um eine möglichst breite Plattform zustande zu bringen. Wenn die Partner nicht bereit sind, im Zusammenhang mit Teilforderungen und Aktionen eine antikapitalistische Zielsetzung zu vertreten und die heutigen Gewerkschaften wollen das ebensowenig wie die Liberalen in der Meinungsindustrie — dann beschränkt man sich auf Losungen, in denen man sich einig ist: Verteidigung des Grundgesetzes, Abwehr autoritärer Übergriffe, Frieden für Vietnam statt Sieg der vietnamesischen Revolution.

Traditionelle Bündnispolitik dieser Art ist jahrelang praktiziert worden, sei es in Form des Zusammengehens aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte im Rahmen der KP-Strategie, etwa in Wahlbündnissen, sei es als Zusammenwirken progressiver Gewerkschafter und Intellektueller in Anlehnung an die linke Sozialdemokratie. In beiden Fällen hat sie bestenfalls zu einer Vereinigung bestehender Gruppierungen in bestimmten Aktionen geführt, kaum zu einer Ausweitung des antiautoritären Lagers. Dies ist erst gelungen, als sozialistische Gruppen große Teile der Studentenschaft in einer Verbindung von Aufklärung und Aktion davon überzeugten, daß der Protest gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und die Abwehr von Disziplinierungsversuchen im Hochschulbereich letztlich in den Kampf gegen die gesamte Wirtschafts- und Herrschaftsordnung einmünden müssen. Hier wurde das Modell einer ganz andersgearteten Bündnispolitik entwickelt. nicht ein Bündnis bestehender Organisationen und prominenter Einzelpersönlichkeiten, die sich auf ein Minimalprogramm der Verteidigung liberaler Freiheitsrechte einigen, sondern ein Bündnis derer, die in permanenter Diskussion und solidarischer Aktion dahin gelangen, sich als Träger einer antikapitalistischen Bewegung zu verstehen.

Sicherlich wirft auch die Zusammenarbeit im antiautoritären Lager Probleme auf, die bisher kaum gelöst worden sind.

Während es zu den Regeln klassischer Bündnispolitik gehört, daß die im Besitz der Wahrheit befindlichen sozialdemokratischen oder kommunistischen Gruppen ihre Partner über weiterreichende Absichten im Unklaren lassen und sie gerade dadurch zu Mitläufern abstempeln, daß sie deren augenblickliches Bewußtsein „respektieren" — während also dort die einen die treibende Kraft und die anderen Objekte in einem kaum durchschaubaren politischen Spiel sind, muß die antiautoritäre Bewegung strategische Erwägungen in aller Öffentlichkeit ausbreiten und die Trennung von „Kadern" und bloßem Potential für Massenaktionen tendenziell aufheben.

Man kann leider nicht behaupten, daß dies auch nur im Hochschulbereich gelungen ist. Mitglieder der aktivsten sozialistischen Gruppe, des SDS, haben zuweilen der Versuchung nicht widerstehen können, ihre bloße Organisationszugehörigkeit als Ausweis für einen Führungsanspruch anzusehen und loyale Partner im politischen Kampf als politisch zurückgeblieben zu behandeln, sie haben oft geglaubt, durch entschiedene Einzelaktionen Studentenmassen mitreißen zu können, die sie durch eigenes Unvermögen nicht überzeugen und nicht auf die kommende Konfrontation vorbereiten konnten. Hier hätte eine solidarische Kritik anzusetzen, hier hätte auch eine Auseinandersetzung mit den Methoden der Frankfurter Universitätsbesetzung ihren Stellenwert.

Auch die von Habermas beschworene Gefahr einer Isolierung ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die studentische Oppositionsbewegung isoliert sich indes gewiß nicht, wenn sie zeitweise kein offenes Ohr bei den Spitzen des Gewerkschaftsapparates findet, wenn sie im Gegensatz zu Jürgen Habermas ihre Gedanken in den Organen der liberalen Presse nicht verbreiten kann. Sie isoliert sich allerdings, wenn sie durch theoretisches Unvermögen und taktische Ungeschicklichkeit die Unterstützung derer verliert, auf die sie heute schon in Konfliktsituationen zuverlässiger zählen kann als auf Brenner und Augstein: die Mehrzahl der politisch aktiven Studenten, beträchtliche Teile der jungen Arbeiter, Oberschüler, der Intelligenz. Die vergangene Entwicklung bietet sicher keine Garantie dafür, daß die antikapitalistische Strömung in Westdeutschland weiter anwächst. Ihre Stärke hängt davon ab, ob die Bewußtseinsänderung zahlreicher Studenten, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, weiter um sich greift und die Studentenzeit überdauert. Nach ihrer objektiven Klassenlage meist künftige Lohnabhängige in relativ wohldotierten Positionen, haben sich die oppositionellen Studenten in großer Zahl von der eigentlich naheliegenden, ja selbstverständlichen Orientierung an der individuellen Karriere gelöst und bestimmte Verhaltensweisen ausgebildet, die letztlich an Traditionen der Arbeiterbewegung anknüpfen, obwohl die konkreten Formen dem Protest in den Vereinigten Staaten entlehnt sind. Sie haben erfahren, daß sich ihre Emanzipation nur im solidarischen Kampf erzwingen läßt, und es besteht jedenfalls eine Chance, daß diese Erfahrung nicht auf die Studienzeit und nicht auf den Hochschulbereich beschränkt bleibt.

Ist es da wirklich „lächerliche Potenzphantasie", davon zu sprechen, daß die Studentenopposition reale Machtpositionen erobern kann? Gewiß ist ihre Basis noch wenig stabil. Gesetzt aber den Fall, daß die Opposition tatsächlich dahin gelangt, die Schließung der meisten Hoch- und Fachschulen erzwingen zu können, falls die Gegenseite bestimmte Forderungen nicht erfüllt oder erreichte Fortschritte rückgängig machen will — wäre dies keine reale Waffe im politischen Kampf?

Könnte man den Widerstand brechen, wenn mit der Ausschaltung einiger „Rädelsführer" nicht das geringste erreicht wäre? Sind die Ausbildungsstätten der zukünftigen Techniker nicht zu wichtig, als daß man die fortlaufende Störung ihres normalen Betriebs einfach in Kauf nehmen könnte? Und vor allem: würde eine solche Demonstration effektiven und erfolgreichen Widerstands andere Bereiche, vor allem den immer noch zentralen Bereich der industriellen Produktion, gänzlich unberührt lassen? Es hat nichts mit Voluntarismus zu tun, wenn man das Ziel verfolgt, in dieser Weise den angeblich durch feste Grenzen bestimmten Aktionspielraum auszuweiten. Jürgen Habermas begreift nicht, daß sein eigenes Verhalten und auch seine eigene Praxis mit darüber entscheidet, wo diese Grenzen jeweils gezogen sind, Ohne die Bedeutung einzelner Personen überzubewerten, darf man doch sagen. daß ein Jürgen Habermas, der durch sein eigenes Beispiel die radikale Wendung der besten Vertreter der westdeutschen Intelligenz gegen die herrschende Ordnung manifestieren würde, selbst ein nicht zu unterschätzender Faktor im politischen Kampf wäre. Viele liberale Intellektuelle, denen der reiche theoretische Fundus von Habermas fehlt und die ihm an Subtilität der Analyse unterlegen sind, haben in den vergangenen Jahren diese Wendung vollzogen. Sie haben den ersten ernsthaften Pressionen standgehalten und persönliche Nachteile in Kauf genommen. Das Bestreben von Jürgen Habermas, als unabhängiger Kritiker eine unverwechselbare Rolle zu spielen, läßt ihn — jedenfalls in seinen taktischen Rezepten — allmählich jenen weltgewandten Hamburger Journalisten zum Verwechseln ähnlich sehen, deren politische Prinzipien kaum über das Kokettieren mit der eigenen Überparteilichkeit hinausgehen. Könnte es nicht sein, daß Habermas eben deshalb in bestimmten Massenmedien, die der authentischen Selbstdarstellung der sozialistischen Linken immer weniger offenstehen, so ausführlich zu Wort kommen? Und müßte es für ihn nicht ein Gebot selbstverständlicher Solidarität sein, seine Rede solange für den Abdruck in Tages- und Wochenzeitungen zu sperren, wie nicht die Anti-Kritik des SDS ebenfalls zur Veröffentlichung gelangt? Unser Aktionsspielraum wäre

Fortsetzung auf S. 4

Gegen Reformismus Fortsetzung von S. 3

beträchtlich größer, würde Habermas selbst daran mitwirken, ihn auszuweiten. Das läßt sich besonders deutlich am Beispiel der Gewerkschaften zeigen. Zunächst muß man konzidieren, daß ein abstrakter Kampf gegen alle Institutionen und Organisationen, der etwa zwischen dem repressiven Staatsapparat und den Gewerkschaftsspitzen keinen Unterschied macht, in der Tat verfehlt wäre. Trotz aller Bürokratisierungserscheinungen sind die progressiveren Gewerkschaften in Westdeutschland jedenfalls nach ihrem Anspruch noch demokratische Massenorganisationen, und man muß mit allen Gewerkschaften zusammenarbeiten, die diesen Anspruch und seine antikapitalistischen Implikationen ernst nehmen. Aber das kann nicht bedeuten, daß man den Gewerkschaftsapparaten das Recht zugesteht, die Grenzen des Aktionsspielraums der Linken abzustecken. Aus der Feststellung, daß der politische Streik gegen die Notstandsgesetzgebung durch das Versagen der Gewerkschaftsführung nicht durchgeführt wurde, folgt doch nicht die Konsequenz, daß man sich mit eben jener Gewerkschaftsführung arrangieren muß, um sicherzustellen, daß der politische Streik irgendwann einmal angewandt wird. Ohne eine Mobilisierung und Politisierung der Mitgliedschaft, die in der Anti-Notstandskampagne von oben in engen Grenzen gehalten wurde, werden die Gewerkschaften bei einer zukünftigen Kraftprobe so ohnmächtig sein wie 1933.

In einem Augenblick, wo sich unmittelbar vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze zum ersten Mal in vielen Betrieben Widerstand gegen die „realpolitische" Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung regte, hat Habermas zusammen mit anderen Professoren jene „Realpolitik" durch eine gemeinsame Erklärung mit der IG-Metall-Führung faktisch unterstützt. Solche Praxis trägt objektiv dazu bei, das demokratische Potential in der Arbeiterschaft zu schwächen und die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf Spitzengespräche einzuengen. Wiederum errichtet Habermas die Zäune selbst, die er anschließend für unüberwindlich erklärt.

Wir wissen gut genug, daß zentrale Fragen einer antikapitalistischen Strategie in Westeuropa noch ungelöst sind, daß es in der Tat nicht genügt, die Einheit von Studenten und Arbeiterschaft zu beschwören, daß es darauf ankommt, alle Risse und Widersprüche im System auszunutzen, daß dazu eine subtile und differenzierte Analyse der Tendenzen vonnöten ist, die im Spätkapitalismus bestimmend werden. Habermas hat mit seiner Frankfurter Rede nur wenig zur Klärung unserer theoretischen Positionen beigetragen. Seine eigene Praxis zeigt, daß die Ratschläge für eine realistische Strategie der Linken ungewollt auf deren Schwächung hinauslaufen. Der sicherste Weg, die außerparlamentarische Opposition binnen kurzem als eigenständigen politischen Faktor auszuschalten, wäre die Befolgung der taktischen Rezepte von Jürgen Habermas.

Klaus Meschkat

Der Intellektuelle und seine Massenbasis

Ex-Reform

Gerhard Stoltenberg, Hochschule, Wissenschaft und Politik. Zwölf Beiträge.
Ullstein-Taschenbuch 636, Berlin 1968, 2,60 DM

Wie und weshalb man eine Hochschulreform verhindert, die sich an einem kritischen Wissenschaftsbegriff, an der unabdingbaren Autonomie der Universitäten und den realen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert — das veranschaulichen die Reden und Aufsätze Stoltenbergs, Bundesforschungsminister, die symptomatisch sind für die Taktik der Staatsbürokratie, die direkte Anpassung der Hochschulen an die Bedürfnisse der Wirtschaftsmonopole als „Reform" zu etikettieren.

Diese Art von Reform sieht ihre vornehmste Aufgabe in der Kürzung der Studiendauer, in einer Erschwerung der Prüfungsbedingungen und der Reduzierung akademischer Autonomie auf bloße Mitwirkung in der konzertierten Wissenschaftsaktion von Staat und Wirtschaft;

werden Wissenschaft und Wissenschaftler als Produktionsfaktoren in den Dienst des Gesetzes der Profitmaximierung gestellt, haben Ansprüche der Produzenten auf Mitbestimmung und Kontrolle der Forschung zu schweigen.

Stoltenbergs gelegentliche Beteuerungen, wie z. B. „Wissenschaft als das unbeeinflußte Suchen nach Erkenntnis und Wahrheit bedürfe der Freiheit und der Chance zur Einsamkeit" (S. 100), verraten nicht nur einen substanzlosen Wissenschaftsbegriff, der bloß Beifall aus der konservativen Ecke provozieren soll, sondern auch das taktische Geschick, mit allgemeinen, abstrakten Formulierungen von den konkreten Problemen der Wissenschaftsorganisation abzulenken. Insofern ist das Buch eine Sammlung von Belanglosigkeiten, die vortäuschen soll, Stoltenberg hätte etwas zu sagen. Auskunft über „verhältnismäßig wenig beachtete prinzipielle Zusammenhänge und akute Probleme der Wissenschaftspolitik" (S. 9) — so der Vorsatz — wird nicht gegeben.

Vielmehr wurden Äußerungen Stoltenbergs, aus denen Konkretes zur Situation von „Hochschule, Wissenschaft und Politik" zu entnehmen ist, nicht in den Band aufgenommen. Zum Beispiel die Rede vom 10. 2. 1966 vor dem Bundestag, dem er unter anderem die enge Verknüpfung von Rüstungspolitik und Forschung darlegt, welche unter seinen Begriff von „vertrauensvoller Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Wissenschaft" fallen mag. Ferner die Rede vom 7. 5. 1968, in welcher Stoltenberg die Reduzierung der Hochschulautonomie mit den hohen Kosten für die Großforschung und den übergeordneten Interessen der Allgemeinheit, sprich: Monopolinteressen rechtfertigt, als seien Finanzlage des Bundes und Verteilung der Haushaltsmittel Naturkonstanten. Wie in dieser Rede, so in den Aufsätzen des Buches, übergeht der Minister die konkreten Reformvorschläge der außerparlamentarischen Bewegung, nicht ohne über ihre Anhänger mit den billigsten Phrasen des Antikommunismus das Anathem zu verhängen.

Was Stoltenberg als Sprecher der Großen Koalition und als ehemaliger Krupp-Manager äußert und auch verschweigt:

unübersehbar sind die konvergierenden Interessen der Staatsbürokratie und der Wirtschaftsoligarchien, deren Vorstellungen und Pläne die demokratische Kontrolle der Wissenschaft und Forschung durch Forscher und Studierende verunmöglichen. Damit schaffen jene eine Reform, die im Augenblick ihrer Verwirklichung — an den Zielen der Hochschulrevolte gemessen —, statt historisch überholt, „Ex-Reform" sein wird.

E. G.

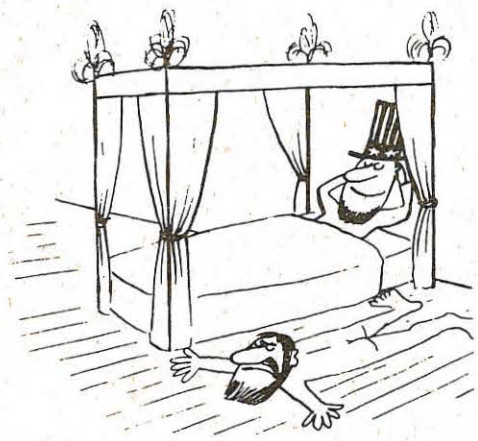
Universität und Widerstand

Universität und Widerstand. Versuch einer politischen Universität in Frankfurt. Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1968 (= Reihe „res novae provokativ")

In der Einleitung zu dieser Broschüre — sie „dokumentiert den Kampf der Frankfurter Studenten an ihrer sozialen Basis Universität gegen die Notstandsgesetze" (Vorbemerkung der Herausgeber) — bescheinigt Detlev Claussen der „Notstandsopposition eine Niederlage, soweit sie glaubte, innerparlamentarisch die Notstandsgesetze noch verhindern zu können". Die studentische Opposition gegen die verfassungsändernden Notstandsvorlagen des großen Kartells der Bonner Regierung und als ihr revolutionärer Kern der Sozialistische Deutsche Studentenbund „glaubte" das aber nicht. Das bestätigt die „Römerbergrede" Hans-Jürgen Krahls und das unterstreichen Antonia Grunenbergs „Sechs Thesen zur Kritik des Parlamentarismus", beides veröffentlicht in der von Claussen edierten Publikation.

Es bleibt unverständlich, warum Claussen zunächst die Bedingung angibt, die, sofern nachweisbar, von einer politischen Niederlage zu reden sinnvoll erscheinen läßt, warum er dann aber diese Definitionshülle nicht ausfüllt und mit erstaunlicher Ignoranz gegenüber Thesen und Agitation der von ihm herausgegebenen Autoren unkt von der „Niederlage der Notstandsopposition", unkt von der „Niederlage des Kampfes gegen die Notstandsgesetze". Es ist doch, ohne jede definitorische Blähung, festzuhalten: der Kampf gegen die Notstandsgesetze war von Anfang an orientiert an dem politischen Ziel einer politischen Erweiterung der oppositionellen Basis sozialistischer Studenten in der Bundesrepublik. Das wurde erreicht.

Jedes andere Resümee, gar das einer Niederlage, reproduziert die blökenden Klischees des begrifflosen bürgerlichen Journalismus, der sich darin überfordert zeigt, daß er den politischen Kampf auf der gleichen Ebene wie Bundesligaspiele konsumiert. Claussen deklariert als objektiv, wohinter subjektive Resignation sich verbergen mag.



Wenn es heißt, „die theoretische Selbstreflexion wurde als notwendiges Moment in der Organisation des Widerstandes begriffen" und die „Zeit der Aktionsflaute kann nur produktiv genutzt werden, indem die begangenen Fehler analysiert werden", dann muß doch vor der Vermutung gewarnt werden, daß die Autoren dieses Bandes sich dem braven Postulat der Gewissenserforschung ergeben hätten. Vielmehr hat die Broschüre etliche offensive Analysen zum Inhalt, darunter von Johannes Agnoli „Autoritärer Staat und Faschismus", von Claus Offe „Zur politischen Theorie der außerparlamentarischen Opposition". Die zentrale Studie des Bandes freilich wurde in den Anhang verwiesen: von Oskar Negt: „Über die Idee einer kritischen und antiautoritären Universität".

Negt verweist auf die in der aktuellen Phase des Kampfes verpflichtende Notwendigkeit einer Theorie objektiver Interessen, die zu begründen hätte, „daß die technischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Möglichkeiten der fortgeschrittenen Industriegesellschaften einen historischen Entwicklungsstand erreicht haben, der die künstliche Aufrechterhaltung einer offenen Bedürfnisspirale, bei gleichzeitiger Verarmung eines großen Teils der Weltbevölkerung und bei Deformation der gesellschaftlich-kommunikativen Fähigkeiten der Menschen in den Metropolen, zum gewalttätigen Produkt partikularer Herrschaftsinteressen macht, die Wirtschaftsdemokratie und planmäßige Organisation der gesellschaftlichen Produktion verhindern".

Abgesehen von dem Rang vorliegender Broschüre als nützliches Material- und Arbeitsbuch der Studenten bei ihrem Emanzipationskampf an den Hochschulen, würde ich seine Funktion darauf erweitert sehen wollen, daß es in der von Negt inaugurierten Theorie das Arbeitsthema einer Studie impliziert, „die freilich kaum noch von einzelnen, sondern nur noch kooperativ in politisch-wissenschaftlichen Kommunikationszentren entwickelt werden könnte" (Negt). Die materiellen Voraussetzungen eines solchen Zentrums zu schaffen, hätten politische Autoren der Reihe „res novae provokativ" von der Europäischen Verlagsanstalt zu fordern. *Rudolph Bauer*

Luise Pollinger
Papier · Bürobedarf · Drucksachen · Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen
Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt · Selbstbedienung:
Bockenheimer Landstraße 133 · Fernruf 77 63 77
Kollegbedarf
Füllhalter
Feinpapiere
Geschenke
Büro-, Zeichen-, Schulartikel
Frankfurt am Main · Bockenheimer Landstraße 131 · Fernruf 77 55 89

Dissertationen
druckt
von DIN A 4-Vorlage auf DIN A 5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3,–
100	3,20
150	3,45
200	3,60
300	4,30

BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/5 25
keine Nebenkosten
● Raster billigst! ●
Angebot anfordern

Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstr. 133
Zentrale: Steinweg 3 · Ruf *28 76 41
Taschenbuchladen: Jügelstraße 1
Peter Naacher
Bücher für Ihr Studium · Literatur unserer Zeit
Wesentliche Veröffentlichungen des In- und Auslandes

Im Studentenhaus neben den Räumen des AStA (Zimmer 14) finden Sie immer günstige Angebote für Gebrauchtwagen.
Vom vielgeliebten **Döschewo** bis zur vielbegehrten **Miezenschleuder.**
Hier bietet sich selbst einem **schwindsüchtigen Studentenportemonnaie** ein Zügel für ein Paar PS. Doch Geld kostet's trotzdem.
Der Führerschein muß also möglichst preiswert sein.
Keine Pflichtfahrstunden, Fahrstunde 12,50 DM, Grundgebühr nur 50,– DM
in der Universitäts-
FAHRSCHULE POHL
Bockenheimer Landstraße 113 (2 Minuten von der Uni), Telefon 77 91 40

Burn Baby Burn · Die schwarze Revolution. Herausgegeben von Edward Reavies, 320 Seiten, DM 18,—. Der Ruf nach Black Power und der Kampf um die Gleichberechtigung ist in den Vereinigten Staaten kein neues Phänomen. Die Wurzeln gehen weit zurück in die Geschichte des Landes, dessen Geschichtsschreibung die Stimme der Schwarzen ignorierte. BURN BABY BURN ist der Versuch, die Versäumnisse dieser rassistischen Geschichtsschreibung zu berichtigen und die weitverbreitete Meinung zu widerlegen, daß der Protest der Schwarzen mit Martin Luther King begann und seinen lautesten und gewalttätigsten Ausbruch in Stokely Carmichael und Rap Brown gefunden hat.

La Chienlit · Dokumente zur französischen Mai-Revolution. Herausgegeben im Auftrag eines Komitees der Bewegung des 22. März von Jean-Jacques Lebel, Jean-Louis Brau, Philippe Merlhès. 340 Seiten, DM 14,—. Aus einer Flut von Pamphleten, Flugblättern und Aufrufen der Bewegung des 22. März, der verschiedenen Aktionskomitees, der Streikkomitees, der kleinen Gruppen, der Studenten- und Arbeiterräte, des Kulturkampfes, der kommunistischen Partei und der Gaullisten haben die Herausgeber in 15 Dossiers eine Auswahl getroffen, die besser als jede sekundäre Analyse zeigt, wofür und wogegen die Studenten und Arbeiter in Frankreich kämpfen. Diese Dokumentation erhält deshalb besonderes Gewicht, weil eine ähnlich vollständige Sammlung nicht existiert.

Fidel Castro · Che Guevara · Regis Debray · Materialien zur Revolution, in Reden, Aufsätzen und Briefen von Fidel Castro, Che Guevara und Régis Debray. 264 Seiten, DM 8,80. Ein *theoretisches* Buch, denn es belegt die jüngste Entwicklung der Revolutionstheorie. Ein *praktisches* Buch, denn es handelt von der Umsetzung dieser Theorie in Praxis, von der Veränderung der Praxis und den Schwierigkeiten dieser Veränderung.

Chotjewitz / Rambow · Roman, Ein Anpassungsmuster. 246 Seiten, DM 20,—. Wenn die Autoren Aktaufnahmen benutzen, so gehört dies zur Ideologie des Buches: Chotjewitz macht ernst mit dem seit langem üblichen literarischen Exhibitionismus und tritt selbst in aller Nacktheit ins Bild. Er verkörpert vitale Gegenwart, Statik, das gerade Vorhandene, Sichtbare und das ICH der Erzählung.

John Rechy · Nummern. 256 Seiten, DM 25,—. Die sexuellen Episoden, die John Rechy hier beschreibt, die merkwürdige Verstiegenheit seines „Tests" und die Atmosphäre einer verachteten Halbwelt sind Schreie eines Menschen, der sich verzweifelt bemüht, geliebt zu werden.

Jan Cremer · Ich Jan Cremer II. 480 Seiten, DM 25,—. Es wird schwer sein, einen Schriftsteller zu finden, der Sexualität mit solch umwerfendem Humor und solchen verrückten Kommentaren schildern kann. Jan Cremer hat über seinen Bestsellerruhm hinaus bewiesen, daß man auf der literarischen Szene mit ihm rechnen muß. Er erscheint jetzt als hochbegabter Schriftsteller, als ein Baron von Münchhausen — Geschichtenerzähler, mit einem ausgezeichneten Ohr für Dialoge und einem sicheren Griff für literarische Konstruktionen.

Erje Ayden · Das verrückte Grün. 192 Seiten, DM 18,—. Ayden findet eine „gesunde, orientalische Haltung" gegenüber der Erotik, die sich über die verzweifelten Verrenkungen hinwegsetzt, die die neue Welt darin unternimmt. DAS VERRÜCKTE GRÜN ist einer Erzählung aus 1001 Nacht vergleichbar, die auf der gegenwärtig verrotteten Spielweise für Erwachsene stattfindet und ihre Trauer wird, wenn es überhaupt eine Erlösung gibt, nur durch die „fanatische Erlösung" durch die Erotik gemildert.

William Woods · Polen, Phönix im Osten. 320 Seiten, DM 20,—. Vielleicht der wichtigste Schlüssel für eine neue deutsche Außenpolitik liegt im Verständnis des modernen Polen. Woods konnte die Studentendemonstrationen und die Reaktion Polens zur CSSR Dubczeks noch mit einbeziehen. Die Analyse dieses außerordentlich politischen Ferments, das in Polen durch diese Ereignisse erzeugt wurde, ist von besonderer Aktualität.

Ronald Steel · Pax Americana, Weltreich des kalten Krieges. 440 Seiten, DM 25,—. Steels „Pax Americana" ist polemisch, ein Angriff gegen alle Aspekte der offiziellen Washingtoner Politik und ihre Gedanken. Es soll deshalb einerseits zur Information dienen und könnte Amerika als das notwendige Korrektiv betrachtet werden, als vernünftige Alternative, die die amerikanischen Aktionen wieder auf die Basis ihrer Rhetorik stellt — und darüber hinaus auch den amerikanischen Interessen selbst besser dienen würde.

Bazon Brock · Bazon Brock, Was heute läuft. 112 Seiten, DM 5,—. Eine Selbstdarstellung in Form eines Manequin-Composits.

Felix Greene · Listen, Lügen, Lobbies, China im Zerrspiegel der öffentlichen Meinung. 420 Seiten, Leinen, DM 22,—. »Greene tut etwas sehr interessantes: Er setzt sich nicht mit China selber auseinander, sondern mit der westlichen Darstellung Chinas. Das Ergebnis von Greenes sehr aggressivem und interessanten Buch ist, daß die törichte Haßpropaganda der Chinesen, die sie heute nach außen hin führen, das Verständnis schwer macht, aber daß im Grunde China nicht angriffslüstern ist, wie wir immer glauben, sondern eigentlich um seine eigene Selbstachtung gegenüber den Völkern kämpft. NDR

Wo ist Vietnam, 89 amerikanische Dichter gegen den Krieg in Vietnam / Anhologie von Walter Lowenfels. 364 Seiten, DM 12,80. »Wo ist Vietnam« erweist sich als Reflektion eines Bewußtseinsstatus der Amerikaner, des Teils dieses Landes, die nicht die »häßlichen« Amerikaner stellen. Beiträge von Ginsberg, Ferlinghetti, Sanders, O'Hara, Lowell u. a.

William F. Nolan (Hrsg.) · Die Anderen unter uns, Von Menschen und Pseudo-Menschen. Eine Science-Fiction Anthologie. Nachwort von Bazon Brock. 360 Seiten, DM 19,80. Diese Anthologie wurde zusammengestellt aus den besten Geschichten zum Thema Pseudo-Menschen, einige sind Originalbeiträge, die für diese Sammlung geschrieben wurden, die anderen sind »Klassiker« der Science-Fiction, die vorher in keiner Anthologie erschienen; eine aufregende Sammlung vollgepackt mit Überraschungen und Spannungseffekten.

Esteban López · Der Priester. 220 Seiten, DM 19,80. Es gelingt dem Autor, in seinem Roman ohne psychologische Aufdröselei, zuweilen augenzwinkernd, ohne Muckertum und falsche Scham eine Geschichte zu erzählen, die zeigt, wie die Frau ist, was sie sein kann.

Neues bei Melzer

Chotjewitz Rechy Brock ACID Cremer Jones Ayden Kerouac Rumaker Hermans Burnier
Dukahz Raes Fuck you Burn Baby Burn Steel Castro Guevara Debray
Woods Stevens López Greene Wo ist Vietnam
La Chienlit

Informationen vom:
Joseph Melzer Verlag
61 Darmstadt · Spreestraße 3

ACID, Underground und neue amerikanische Szene. Herausgegeben von Rolf Dieter Brinkmann und Ralf Rainer Rygulla. 340 Seiten, Paperback, DM 20,—. Mit diesem Buch soll nicht die lange Reihe hierzulande üblicher wahllos zusammengestellter, langweiliger Anthologien vermehrt werden. Es ist eine Materialsammlung und Dokumentation. Darüber hinaus ist aber auch durch die beigefügten Bilder, Comics und Photocollagen, die zum Teil mit den Texten verschnitten sind, eine Art Lesebuch angestrebt von möglichst hohem Reizwert.

Jan Cremer · Ich Jan Cremer II. 480 Seiten, DM 25,—. Es wird schwer sein, einen Schriftsteller zu finden, der Sexualität mit solch umwerfendem Humor und solchen verrückten Kommentaren schildern kann. Jan Cremer hat über seinen Bestsellerruhm hinaus bewiesen, daß man auf der literarischen Szene mit ihm rechnen muß. Er erscheint jetzt als hochbegabter Schriftsteller, als ein Baron von Münchhausen — Geschichtenerzähler, mit einem ausgezeichnetn Ohr für Dialoge und einem sicheren Griff für literarische Konstruktionen.

Casimir Dukahz · Asbestos Diary, Tagebuch eines Päderasten. 310 Seiten, DM 22,—. Dies ist einer der wenigen modernen Romane, in dem Humor als wesentlicher Bestandteil einer homoerotischen Erzählung benutzt ist. Dieser Humor, der für den Leser keine andere Folgerung zuläßt, als: das sei ja alles ganz normal, ist ein Kunstgriff des Autors. Daß die Gesellschaft sein Thema nicht als normal betrachtet, beweisen das Pseudonym und seine sarkastischen und satirischen Seitenhiebe auf eine Gesellschaft, die versucht, Minderheiten ihre Daseinsberechtigung streitig zu machen.

Hugo Raes · Ein Faun mit kalten Hörnchen. 370 Seiten, DM 19,80. In schnellen Aneinanderreihungen von heftigen, lebendigen, oft mittelalterlich anmutenden Bildern beschreibt Hugo Raes die Widerwärtigkeiten seines Romanhelden, der in dieses Leben gestellt, seine Erfahrungen bis zu der desillusionierenden Tätigkeit als Lehrer in schlaglichtartiger Form realisiert und schließlich an diesem Leben resigniert. Hoffnung wird nicht verbreitet.

Shane Stevens · Uns gehört die Nacht. 287 Seiten, DM 19,80. In diesem Roman wird einer amorphen Masse von Untergrundmaterial dramatische Form gegeben. Wer ihn gelesen hat, wird erschüttert von der tragischen Sinnlosigkeit, und, was entsetzlicher is, von einem Gefühl der totalen Hoffnungslosigkeit ergriffen sein.

Jack Kerouac · Satori in Paris. ca. 144 Seiten, DM 14,—. „Satori" ist das japanische Wort für „plötzliche Erleuchtung", „plötzliches Erwachen" oder einfach „ein Geistesblitz". Kerouac, dessen Vorfahren aus Frankreich stammen, absolviert mit schwindelerregender Schnelligkeit ein Dutzend Abenteuer auf seiner Reise, die er unternommen hat, um die Herkunft seiner Vorfahren, der „Lébris de Kérouac", aufzuspüren. Dieser Roman, ein neuer Beitrag zum Kerouac-Kanon, ist eine Art Odyssee aus dem Düsenjägerzeitalter ins alte Frankreich.

Michael Rumaker · Gringos. 222 Seiten, DM 12,80. Rumaker führt seine Figuren in ihren Milieus vor, an den Plätzen, wo niemand so genau hinsehen will, in den großen Einöden der Städte, den Wüsten, an den nervenzerreißenden Autobahnen. Seine Geschichten sind hart, und ohne Umschweife erzählt und in allen findet sich Mitleid für die Menschen, die von der Gewaltsamkeit des modernen Amerikas betroffen sind.

Willem Frederik Hermans · Tränen der Akazien. 540 Seiten, DM 25,—. Mit W. F. Hermans' Roman TRÄNEN DER AKAZIEN wird in Deutschland der grand old man der modernen niederländischen Literatur vorgestellt. Ein Schriftsteller, der in seiner Denk- und Vorstellungswelt am stärksten von Freud und Wittgenstein beeinflußt wurde. Das Thema, das sich durch alle seine Werke zieht, ist die Entfremdung bis zur Grenze des Wahnsinns, die absolute Einsamkeit, die Aggressivität, das unergründliche Ausloten einer absurden Existenz.

Andreas Burnier · Die Schrecken des Nordens. 128 Seiten, DM 14,—. Das Zentralthema ihrer Prosa ist die Unsicherheit der eigenen Identität, die Angst und die Trauer. Andreas Burnier gibt dieser Problematik eine spezifische Form, nämlich „das Sich-als-Mann-Fühlen" einer Frau. Die lesbische Veranlagung der Hauptperson der Titelerzählung wird Metapher einer menschlichen Wirklichkeit, der Suche nach Sicherheit.

kultur kaputt

Einigen, der in diesem Jahr veranstalteten Festivals, auch wissenschaftlichen Tagungen, wurde durch Störungen die Frage nach ihrer Legitimation innerhalb der Kulturindustrie deutlich gemacht. Dagegen wurde in Italien, um das Sommergeschäft zu beleben, flugs ein Nein-Festival in einem Provinzort etabliert, das zur allgemeinen frisch fröhlichen Wandbemalung und individuellem Oppositionsausdruck aufmunterte.
In Berlin hatte es die Leitung der Filmfestspiele vergeblich versucht, herauszufinden, wann, wo und wie Leute vom SDS oder der Film- und Fernsehakademie (umbeannt während der Notstandsbesetzung in Dziga Wertow-Akademie, nach dem sozialistischen Regisseur) das miserable Kulturspektakel durch Protest zu stören vorhatten. Statt die polizeilich geschützten Bundesfilmgeschäfte zu dekorieren, warfen nach stichhaltiger Erklärung Akademieschüler den hoffnungsvoll auf Protest harrenden ‚ästhetischen Linken' Eier auf ihr Diskussionsforum.

Für den Film, wohl die am weitesten kapitalisierte und industrialisierte Kulturprofession, war Venedig dieses Jahr mit einem der größten Filmfestivals ein Reinfall. Zuerst zogen die Kapitalisten sich zurück, einige Produzentenverbände, dann attackierte die wichtigste italienische Filmberufsorganisation die Schau, weitgehend den alten Protest der KPI aufnehmend. Der Festivalleiter versuchte zu spät, eine linke Protestveranstaltung zu arrangieren; zur Dekoration und als Ventil waren sowieso Protestredner, z. B. auch vom SDS offiziell eingeplant worden. Nun hieß es, der Leiter der Filmfestspiele sei doch auch Sozialist; nur unterschlug man immer, was für einer und wann er es denn mal sei —. Das Statut des Festivals, nicht unähnlich dem der meisten anderen, ist nicht nur ungemein exklusiv, autoritär, es stammt einfachheitshalber sogar aus faschistischer Zeit. Die ‚linke' Direktion (seit 1963) sollte Pluralismus, wie es scheint, garantieren und fand auch gleich Lob der ästhetischen Linken: ‚Das autoritäre Prinzip hat hier seine Vorteile.' (Laut Filmkritik-Urteil, Nr. 10/1963) Kultur scheint eben etwas zu sein, was mit autoritären Prinzipien zu tun hat, und wird nur so lange Kultur genannt, wie sie den kapitalistischen Betrieb nicht gefährdet.

Die Biennale, hochfavorisiertes Weltfestival für ‚Bildende Kunst' (ebenfalls solides Statut aus alter Kämpferzeit), brauchte durch ausreichenden Kulturpolizeischutz weniger Einbuße als die Filmer (Aberkennung des Status A-Festival von Geschäftsverbänden) zu fürchten. Der Streit gegen das Kulturmanagement wurde mit viel Mut, Berechtigung und sehr wenig Strategie vorgetragen (auch von SDS-Leuten), endete als kleines Experiment und mit der Erklärung der Polizisten zu Kunstwerken; ein Einfall, der einen der Hauptpreise verdient hätte, aber den Protest nicht besser machte.
Wie die 2-Millionen-DM-Kunstschau — Documenta — auch zeigte, bekommt den Festivalrevolten schlecht ihr isolierter ständischer Charakter. Der Protest wird praktisch meist nicht einmal bei den bereitwilligen sympathisierenden Teilnehmern selbst manifest, schafft kaum eine zur Formulierung und Aktion bereite Basis, die den Marktcharakter der Kulturindustrie organisiert, angreifen, politisieren könnte; mit einer die Protestierenden selbst betrübenden Gegenschau ist wie bei der Documenta nur mehr Resignation entstanden. Provokationen, direkt politischer Natur aber, können auf Festivals, im Theater und Kunstbetrieb, vermutlich nur Initialeffekte haben, um ideologische Verbrämung und ästhetisches Augurentum zur Problemstellung erstmals mit Hilfe von Geschäftsstörungen zu treiben. Isolierte Propagandatrupps sind verraten und verkauft, aussichtslos wie es scheint auch eine Gruppe wie ‚Kultur und Revolution' des SDS, die ohne Zielgruppe, weitgehend organisatorisch verselbständigt, agitieren muß. Notwendig scheinen jedenfalls strategische, theoretische Abklärungen und Diskussionen im größeren Kreis, bevor frustrierende Kulturaktionen zelebriert werden.
In Avignon, im August, scheiterten nach den französischen revolutionären Mai-Aktionen auf der großen, zum Kampffestival sich selbst erklärenden Kulturschau, Gruppen, die hofften, dem jährlichen Sommervergnügen diesmal politische Wahrheiten abzuzwingen. Die Polizei hat die Protestierenden leichter und unter Beifall der Reaktionäre die Gleichgültigkeit der ästhetischen Linken vom Festival prügeln können. Während des Festivals wurden auch offiziell Filme vom Mai gezeigt: das Publikum wußte nichts damit anzufangen. Die folgenden Fragen eines commitee d'action sprechen von prinzipieller Opposition, einer von ‚vornherein', die Anrufung von ‚direkter Aktion' ist klar politisch gemeint, das unterscheidet ihren anarchischen Charakter von happenings oder altertümlichem Surrealismus mindestens, der ob solcher Aktivitäten, wie Erklärungen der surrealistischen Gruppe belegen, recht sprachlos und bildlos bleibt. In Avignon agierten erstmals Exsurrealisten, Studenten und Soziologiedozenten gemeinsam, aber die Gefahr isolierter Aktionen wird in den von ihnen formulierten Fragen auch klar, da sie Züge einer Kulturrevolution tragen, die keineswegs ‚kulturrevolutionär' wäre, womit dem Recht des Protestes nichts abgehandelt sei.

13 Fragen an die Veranstalter eines Festivals

Von einem Aktionskomitee der „Bewegung des 22. März"

Einige beklagen, indem sie sich auf soziologische Untersuchungen stützen, daß das Festival von Avignon bürgerlich sei: das heißt das nur ein verschwindend geringer Teil Arbeiter dorthin geht. In der Tat ist das Publikum zum großen Teil zusammengesetzt aus Touristen, aus Mitgliedern der mittleren und herrschenden Klassen, wie das auch in den Kulturzentren der Städte der Fall ist. Es handelt sich also um eine Klassenkultur, auf die politische und ökonomische Probleme städtischer- und Landarbeiter gar nicht oder kaum zutreffen. Wenn die Produzenten und Inhaber dieser Kultur eine wirtschaftliche Verbindung mit ihrem Publikum herstellen, dienen sie automatisch den Interessen einer sozialen Kategorie zum Schaden einer anderen; aber das ist nicht alles, die Kulturindustrie, sei's „links" oder „rechts", handelt im Sinne der permanenten Konterrevolution, da sie zwingend ihre Kundschaft zu einer formlosen Masse von Robotern verbildet, gut genug, alle kulturelle Fertigware zu konsumieren und in das Netz organisierter Muße zu fallen. Die Krise der Universität, der Kultur sind untrennbar vom Kapitalismus. Sie wird mit ihm verschwinden. Was kann man tun, um das zu beschleunigen?
Der wirksame Kampf gegen die von der Kultur angenommene Zwangsfunktion innerhalb des legalen Rahmens der Ausbeutergesellschaft, beginnt er nicht damit, daß wir direkt und radikal die Existenz einer Schauspielindustrie in Frage stellen? Ist nicht der in den offiziellen und wirtschaftlichen Kreislauf integrierte Kampf um so stärker institutionalisiert von der Herrschaft? Wenn nicht die entfremdende und repressive Struktur selbst vor allem insgesamt bekämpft wird, kann es überhaupt dann anders als nur symbolisch, entfremdet, begrenzt geschehen?
Verstärken nicht die offiziellen oder halboffiziellen Kontrolleure der Kultur, indem sie ihr Monopol über die Arbeits- und Verteilungsmittel ausüben, den repressiven Apparat des Polizeistaates im selben Maße wie eine Regierung, die die Sorbonne-Universität und das Odeon-Theater wieder von C.R.S.-Truppen und Polizei besetzen läßt?
Ist nicht nach jeder anderen als konservativen oder reformistischen Perspektive die Rolle der Zwischenhändler und Kontrolleure (Produktionschefs, Direktoren von Museen, Theatern, Galerien, Verlagshäusern, Kultusministern . . . usw.) klar und einfach abzuschaffen?
Ist nicht jede Konzeption von Kultur, soweit sie bezahlten Spezialisten vorbehalten bleibt, in Wirklichkeit autoritär und repressiv?
Fordert nicht jeder mögliche ausgelöste Prozeß kollektiver und permanenter schöpferischer Arbeit von vornherein, jede Trennung von „Kunst" und „Leben", jede Unterscheidung von künstlerischer Tätigkeit, politischer und gesellschaftlicher Alltagstätigkeit aufzugeben? Damit schöpferisches Handeln der Zensur endlich ledig sei, die es nichtig macht? Das Unbewußte vom Polizeiregime gelöst sei, das es leugnet?
Schafft nicht die Kulturindustrie ebenso wie die bürgerliche Universität einen Nebelschleier, der bestimmt ist, jede Bewußtwerdung, jede befreiende politische Aktivität zu untersagen, unmöglich zu machen? Wird das Theater nicht dadurch zu einem Vehikel dieser Versagung, ob es nun konventionell oder avantgardistisch ist, indem es die direkte Aktion durch Repräsentation ersetzt? Ist nicht besonders das Theater der Ideologien verantwortlich für die Entfremdung und Unterentwicklung, in die es seine Zuschauer versetzt — was immer auch seine Ziele und „Inhalte" sein mögen?
Helfen nicht Theater und Film des Großkonsums dem repressiven Apparat der herrschenden Klasse, indem sie das Bild, das die Konsumenten sich von sich machen, kontrollieren und bestimmen?
Ist es möglich, das kapitalistische System zu bekämpfen, ohne vorher die Rolle, die man in ihm selbst spielt in Frage zu stellen? Haben nicht die Intellektuellen und Künstler (Schauspieler, Maler, Schriftsteller . . . usw.), die auf den fahrenden Zug der (französischen) „Mai-Bewegung" aufgesprungen sind, als sie sich begnügten, ständische quantitative Forderungen zu stellen, die Kraft dieser Bewegung ausgebeutet zu eben denselben Zwecken wie der Staat und die Parteien?
Werden die Ordnungskräfte, die in dem Spektakel der Mai-Vorgänge die bekannte Rolle gespielt haben, in derselben Art der Krise der Kultur begegnen wie der Krise der Universität, das heißt mit Giftgasen, Offensivgranaten, ausgedehnten Knüppeleien, Festnahmen, Verfolgungen usw. . . .?
Was kann die Rolle der zahlreichen Bereitschaftspolizisten, C.R.S. Leute, Polizisten in Zivil sein, die zur Zeit in der Stadt Avignon Dienst tun? Welche Rolle wollen die Leitung des Festivals, der Präfekt oder der Kultusminister sie spielen lassen, wenn unter den Teilnehmern des Festivals sich eine Opposition abzeichnet, die nicht danach trachtet, die Kulturindustrie des Staates (die subventionierte) zu modernisieren und zu verbessern, sondern sie abzuschaffen und zu ersetzen?
Wie ist es möglich, eine wirkliche Freiheit des Ausdrucks und des Handelns zu erstreben, wenn, wie in Avignon, die Unterhaltungsindustrie sich der touristischen so weit integriert hat, daß sie ihr vollkommen unterworfen ist? Ist der Zustand erträglicher, wenn er eine „künstlerische" Maske trägt?
Wie kann man einem Straßentheater die Straßen der Stadt Avignon verbieten und behaupten ein „Festival der Opposition" zu organisieren, wenn es schon an verschiedenen Orten der Welt eine bedeutsame schöpferische Tendenz seit mehreren Jahren gibt für das kostenlose, freie Straßentheater?
Was sollen die von Statuten gestellten Probleme, bei Gelegenheit des Festival von Avignon, einer Gegenmacht zu der des Staates und der „Autoritäten" sein, die einem allgemeinen Bedürfnis entspräche und die sich nicht beschränkte auf das Geschwätz der Kulturspezialisten, die sich um ihre Privilegien sorgen?
Stellt sich uns nicht, in dieser Periode des Zurückweichens und der Verfolgung, nach wir vor die Frage, ob ALLE das Menschenrecht ausüben können, als Einzelne und in Gruppen über sich verfügen können?

Organisation im Klassenkampf

Zur 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt

Die 23. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS hat die bürgerliche Presse von Liberalen bis zu Reaktionären zum Anlaß genommen, dem SDS „Unfähigkeit", „Führerlosigkeit" usw. vorzuwerfen, um ihre eigenen Vorurteile von der „Konzeptionslosigkeit" und dem „Utopismus" der sozialistischen Studentenbewegung bestätigt zu finden. Nicht diese ahnungslosen Anwürfe, sondern die politischen und organisatorischen Probleme in der antiautoritären Studenten- und Schülerbewegung, die sich im SDS selbst widerspiegeln, sind der Anlaß, über die Delegiertenkonferenz und die Situation des SDS zu sprechen.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hatte der SDS Geschichte gemacht. Die im Sommer 1967 von Berlin ausgehende antiautoritäre Bewegung hatte im Winter 1967/68 auf nahezu alle westdeutschen Universitäten übergegriffen. In einigen Städten kam es zu regelrechten Universitätsrevolten; in kleineren Städten gab es kaum eine Hochschule die nicht von den politischen Kämpfen des SDS tangiert wurde. Diese allgemeinpolitischen Auseinandersetzungen brachten für die größeren Städte seit dem Osterangriff auf Springer eine Verbreiterung der Bewegung in die Arbeiterschaft, die in den anschließenden Notstandskampagnen beträchtliche selbständige Aktionen beisteuerte, und dadurch die noch nicht total integrierten Gewerkschaften (wie zum Beispiel in Hessen) von außen schwer unter Druck setzte. Vom SDS erwartete man, daß er die organisatorische und politische Lage der antiautoritären Bewegung nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze taktisch und strategisch neu bestimmte. Für viele stellte deshalb die 23. o. DK des SDS vom 12. bis 16. 9. in Frankfurt eine bittere Enttäuschung dar, da sie — weder für Außenstehende noch für eine große Anzahl der Mitglieder verständlich — keine substantielle Strategie und Taktik diskutierte, ja nicht einmal sich auf Personen einigte, die die Geschäfte der Zentrale in Zukunft besorgen sollten.

Um diese Delegiertenkonferenz zu verstehen, ihre positiven wie ihre negativen Aspekte darzustellen und um politische Konsequenzen daraus ziehen zu können, muß auf die Organisationsstruktur des SDS eingegangen werden.

Als ehemaliges Stiefkind der Sozialdemokratie behielt der SDS bis heute die Form des bürgerlichen Mitgliederverbandes. Wer eintritt, bezahlt und sich nicht verbandsschädigend verhält, ist Mitglied. Diese Organisationsform mochte mit ihren semesterweise wechselnden Vorständen in den einzelnen Gruppen noch für einen linksradikalen Intellektuellenverband gelten, aber der erste Mitgliederzustrom nach dem 2. Juni 1967 fegte in den größeren Gruppen die von der praktischen Arbeit losgelösten Vorstände hinweg. Die politische Arbeit wurde nun ausgeführt von Projektgruppen, die theoretische und praktische Arbeit der Genossen vereinigen sollten. Das Schicksal dieser Projektgruppen ist sehr unterschiedlich. In Frankfurt z. B. beschäftigte sich eine zentrale Projektgruppe ausschließlich in der Praxis mit der Hochschule und plante und organisierte die Frankfurter Hochschulrevolte: am Ende des Wintersemesters bildete sich außerdem eine Betriebsprojektgruppe, die zunächst außerhalb der Frankfurter Gruppe arbeitete und erst im Höhepunkt der Notstandsaktionen wieder in die gemeinsam organisierte Praxis eintrat. So entging sie dem Schicksal der ersten Projektgruppe, die durch die permanenten Massenmobilisierungen innerhalb und außerhalb der Hochschule vollständig aufgerieben wurde.
In Berlin entstand durch die Vielzahl der arbeitenden Gruppen eine vielseitige Selbsttätigkeit (Basisgruppen etc.), die aber, da vollkommen dezentralisiert gearbeitet wurde, eine Isolierung der einzelnen Agenten und Gruppen voneinander zur Folge hatte. Zur gleichen Zeit wurde der SDS von Ostern bis Juni von einer zweiten Mitgliederschwemme bedroht, was ein weiteres Absinken des theoretischen Niveaus zur Folge hatte.

Innerhalb des SDS reproduzierte sich zumindest in den großen Gruppen die Struktur der studentischen APO, die Mitgliederversammlungen verwandelten sich in teach-ins, die postulierte Selbsttätigkeit wurde auf sich selbst zurückgeworfen, das angeschwollene antiautoritäre Lager konnte nicht organisatorisch bewältigt werden.

Die Folge: Isolierung der einzelnen Individuen innerhalb der SDS-Gruppen, was in vielen Gruppen gerade in Zeiten der Aktionsflaute die Kommunediskussion begünstigte und Isolierung der SDS-Gruppen voneinander im nationalen Rahmen.
Diese Organisationssituation der großen Gruppen spiegelte die DK wider. Die kleineren Gruppen, die sich zum Teil über die Aktionen des vergangenen Jahres gefestigt hatten, viele Fehler der ehemals führenden Gruppen vermeiden konnten, waren nun objektiv zu einer Kritik der großen Gruppen gezwungen, die sie aber wegen der mangelnden Kommunikationsmöglichkeit innerhalb des Verbandes zu leisten nicht in der Lage waren. Es kommt hinzu, daß der SDS ein Koalitionsverband bis heute geblieben ist: die politische Zentrale ist immer mehr zu Gunsten der Autonomie der Gruppen, die ihre lokale Hochschulbasis zu festigen oder zu errichten hatten, entmachtet worden. Während die objektiven Bedingungen auf eine Verallgemeinerung der Hochschulrevolte drängten, wurden die Gruppen, in denen es eine KP-orientierte Führungsgruppe gab (vor allem München und Köln) mehr und mehr durch das Anwachsen einer antiautoritären Mitgliedschaft von einer Spaltung bedroht. Das jahrelange, bloß verbale Bekämpfen beider Fraktionen auf DKs hatte eine Klärung der Positionen innerhalb der „Antiautoritären" verhindert, so daß ein großer Teil der „Antiautoritären" glaubte, Ausschlüsse auf Grund von Verstößen gegen den Verband seien nur autoritär, bürokratisch und nicht gerechtfertigt — der andere Teil meinte dagegen, der Ausschluß müsse rigoros die ganze Fraktion treffen.
Wie allseits bekannt, hatte auf dem Festival in Sofia eine KP-orientierte Fraktion die Politik des Verbandes eindeutig nicht vertreten und Gegenaktionen gegen die Politik des Bundesvorsitzenden unterstützt. Der Bundesvorstand (BV) hatte Ausschluß beantragt — die DK sollte diesen Ausschluß beschließen. Behindert durch eine relativ schwache Argumentation des BV gelang es während eines Tages nicht, den Ausschluß in aller Klarheit zu begründen, wie die Verwirrtheit vieler Delegierten anzeigte. Die notwendige Argumentation war diese: Der SDS ist kein leninistischer Verband, also ist Fraktionsbildung gestattet. Die Einheit des Verbandes erscheint in seinen Aktionen. Wer diese Aktionen offen bekämpft, handelt gegen den Verband, deshalb müssen die fünf Genossen, die in Sofia aktionszersetzend gehandelt haben, ausgeschlossen werden: es kann aber nicht die gesamte Fraktion — wie einige es postulierten — wegen ihrer „Gesinnung" ausgeschlossen werden. Der Ausschluß der Fünf kam schließlich zustande, ohne daß es innerhalb der Mehrheit des Verbandes zu einer organisationsklärenden Auseinandersetzung gekommen war. Dieses Dilemma kehrte in chaotischer Weise in den Beiträgen zur „Frauenfrage" und schließlich in der Organisationsdebatte über den Gesamtverband wieder.

Da während der Oster- und Notstandsaktionen der SDS „reaktiv zu handeln" (Gäng) sich gezwungen sah, trat (man kann verallgemeinern) und tritt bei Nachlassen dieses objektiven Drucks in den größeren Gruppen, in denen eine Arbeitsteilung (verschiedene Projektgruppen, Basisgruppen etc.) vorliegt, auf Grund des mangelnden Zentralisationsgrades und des Fehlens **verbindlicher Kommunikationsstrukturen 1. eine Isolierung der arbeitenden Gruppen gegeneinander und 2. eine Isolierung der „einfachen Mitglieder" voneinander auf.**

Daraus resultiert für viele Mitglieder eine große Differenz zwischen ihrem allgemeinen antiautoritären „Bekenntnis" (Mitgliedschaft im SDS) und der Organisation ihres Privatlebens (Familie, Studium). Um der oben erwähnten Isolierung zu entgehen, bilden sich in-groups, Kommunen etc., die sich meistens durch eine spezielle Fragestellung (etwa „Emanzipation der Frau", das Wohn- oder das Kommunikationsproblem) konstituieren. Kehren sie dann in den Verband zurück, rächt sich entweder an ihnen oder am Verband selbst — das ist eine Frage der Stärke der Gruppe — die Naturwüchsigkeit dieser Gruppenbildung. Sie versuchen gegenüber der traditionellen Arbeit und Arbeitsweise des Verbandes, der ihre Probleme nicht bewältigen konnte, eine „antiautoritäre" Haltung einzunehmen, indem sie zwanghaft in jeder Diskussion ihre bornierte Fragestellung in den Vordergrund schieben oder jede spezifische Argumentation abwürgen, um auf einer formalisierten Ebene (d. h. losgelöst von den Inhalten) die „Organisationsfrage" zu stellen. So reproduziert sich stän-

Fortsetzung S. 13

res novae - provokativ

Johannes Agnoli / Peter Brückner
Die Transformation der Demokratie
Theorie der außerparlamentarischen Opposition
196 Seiten · Snolin-Broschur 12 DM · Leinen 19 DM

Malte J. Rauch / Samuel H. Schirmbeck
Die Barrikaden von Paris
Der Aufstand der französischen Arbeiter und Studenten
230 Seiten · Mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten
Kartoniert 5 DM

Universität und Widerstand
Versuch einer Politischen Universität Frankfurt
Herausgegeben von Detlev Claussen und Regine Dermitzel
198 Seiten · Kartoniert 5 DM

Internationale der Studenten 1968
Die antikapitalistische Studentenbewegung
Herausgegeben von Lothar Menne und Claudio Pozzoli
ca. 160 Seiten · 5 DM · 1. Auflage: 10 000

Die Auferstehung der Gewalt
Springerblockade und politische Reaktionen in der Bundesrepublik
Herausgegeben von Heinz Großmann und Oskar Negt
ca. 192 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Dokumenten · Kartoniert ca. 5 DM

Die Linke antwortet Jürgen Habermas
Mit Beiträgen von W. Abendroth, P. Brückner, F. Cerutti, E. Krippendorf, H. Lederer, W. Lefèvre, A. Neusüss, C. Offe, R. Reiche, H. Schauer, F. Wolff, u. a.
ca. 144 Seiten · Kartoniert ca. 5 DM

res novae - dritte Welt

Ernesto Che Guevara
Venceremos!
Wir werden siegen!
Aus dem Spanischen übertragen und eingeleitet von Lothar Menne
ca. 168 Seiten · Kartoniert 7 DM

Jean Chesneaux
Vietnam
Geschichte und Ideologie des Widerstandes
Aus dem Französischen von Gisela Mandel
ca. 180 Seiten · Kartoniert 7 DM

Ronald Segal
Die Krise Indiens
Aus dem Englischen von Herbert Preißler
ca. 368 Seiten · Kartoniert 9 DM

Giovanni Blumer
Die chinesische Kulturrevolution 1965—67
ca. 420 Seiten · Kartoniert ca. 9 DM

C. P. Fitzgerald
Revolution in China
Aus dem Englischen von Joseph Kalmer
2. Auflage · 288 Seiten · Kartoniert 9 DM

Leo Hubermann / Paul M. Sweezy
Kuba — Anatomie einer Revolution
Aus dem Amerikanischen von Herbert Preißler
ca. 232 Seiten · Kartoniert 9 DM

Kritische Justiz

Vierteljahresschrift

„Kritische Justiz" ist eine neue Zeitschrift — sie will Öffentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissenschaft, für die Aufdeckung des Bezuges zwischen Recht und Gesellschaft, seinen politischen und sozialen Implikationen.

In Heft 1/68 September
Werner Hofmann,
Die Krise des Staates und das Recht

Stephan Leibfried,
Wissenschaftsprozeß und politische Öffentlichkeit
(Zu den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zum politischen Mandat der Studentenschaft)

Jürgen Seifert,
Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung

Wolfgang Perschel,
Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innerer Bundeswehreinsatz

Heinrich Hannover,
Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht

Kommentare / Entscheidungen / Rezensionen

In Heft 2/68 November
Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität — Art. 12a GG und Europäische Menschenrechtskonvention — Zur Zulässigkeit von Tarifausschlußklauseln — Informierungsrechte der Gewerkschaften in den Betrieben — Demonstrationsrecht und Schulbesuchspflicht — Beiträge zur Reform der juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Außerparlamentarische Opposition

Einführungspreis Heft 1/68 (bis 31. 12. 68) **4 DM.** Im Jahresabonnement 20 DM / einzeln 6 DM. Studenten und Referendare jährlich nur 16 DM
Prospekte und Bestellungen beim Verlag, 6 Frankfurt 70 — Postfach 270

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt am Main

Sozialpsychologie der Studenten

Habermas hat in seiner sozialpsychologischen Kritik an der Bewegung der antiautoritären Jugend zwar massenhafte Aufklärung als politische Strategie gefordert, mit seinem weitverbreiteten Artikel jedoch selbst wenig zu dieser Aufklärung beigetragen. Seine Kritik psychischer Deformationen unserer Opposition hatte den Charakter der Zensur, der Verdrängung durch einen selbst neurotisierenden theoretischen Leistungsanspruch. Indem Habermas politische Praxis nur als Ergebnis theoretischer Modelle zuläßt, unterschlägt er die materialistischen Ursprünge der Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung. Und ihre Analyse wird um so dringender, weil nur sie die Ich-Leistungen mitunterstützen kann, unvermittelten Bedürfnisdruck ohne Frustration produktiv in politische Aktionen zu transformieren. Indem er das alte Leistungsprinzip in neuem Gewande formuliert, ohnmächtige Befreiungsversuche überlegen als Selbstbefriedigung denunziert, als müsse es verboten sein, sich selbst zu befriedigen, wiederholt er die gesellschaftliche Repression nur auf subtilere Weise.

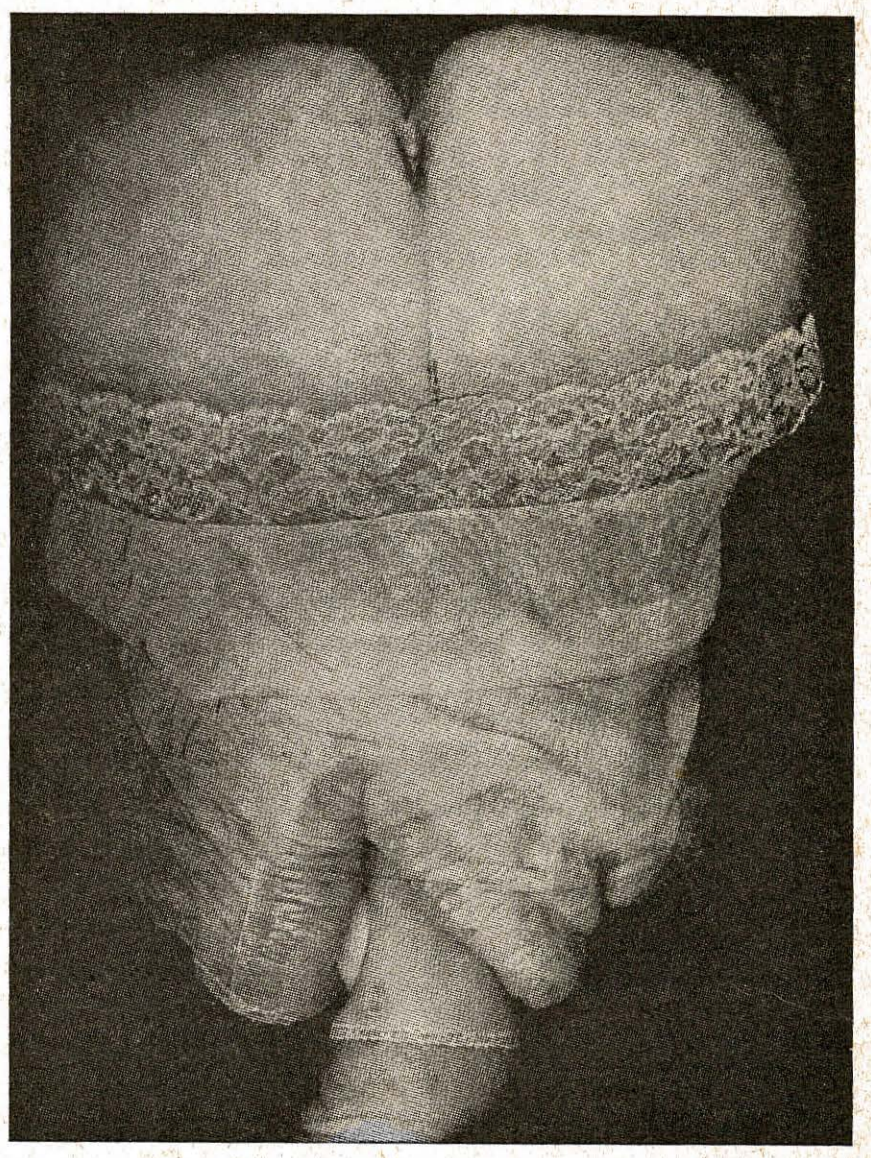
Der DISKUS will in den folgenden Nummern versuchen, die wesentlichen materiellen Zusammenhänge der Psychologie der antiautoritären Bewegung so systematisch wie möglich aufzuarbeiten.

Zunächst einmal kann man, um den Problemhorizont zu skizzieren, von der Arbeitssituation der Studenten ausgehen Wie werden im Studium durch Leistungsdruck, Theoriezwang, Konkurrenzverhältnisse und autoritäres Lernen psychische Konflikte erzeugt, etwa Leistungshemmungen, Konzentrationsschwächen, Apathie usw.? Nach einer Analyse der repressiven Organisationsweisen des traditionellen Studiums müßten dann das Verhältnis von Familie, Schule und Universität als Sozialisationsagenten diskutiert werden, wie wird Individualisierung, Vereinzelung usw. schon durch diese Agenturen erzeugt? Integriert die Universität diese Konflikte oder nicht? Auf diese Frage kann man nicht nur mit einer Analyse der objektiven Studiensituation antworten, sondern man muß das gesamte gesellschaftliche Leben der Studenten analysieren, insbesondere ihre Lebensbedingungen am Hochschulort. An erster Stelle stünde da ihre Wohnsituation, damit in Zusammenhang die Sexualität der Studenten.

Auf einer anderen Ebene kann man die Verarbeitung der objektiven Konflikte der Studenten analysieren, grob gesagt, verhalten sie sich reaktionär (Analyse der Konfliktverarbeitung von Korporierten etwa), reformistisch (Psychologie liberaler Studenten) oder revolutionär.

Die Probleme revolutionärer Studenten wollen wir am SDS diskutieren. Also, wie reproduzieren sich im SDS Leistungsdruck, konsumtives Verhalten, Autoritätsbeziehungen, zum anderen, wie werden die grundlegenden Konflikte der antiautoritären Studenten in politischen Aktionen verarbeitet, wie stellen sie sich überhaupt dar usw.

In der Richtung dieser provisorischen Fragen kann erst eine materialistische Kritik der Oppositionsbewegung begründet werden. Wahrscheinlich werden wir eine zusammenhängende Analyse der antiautoritären Bewegung aus drei Gründen nur in Ansätzen leisten können. Sicherlich besteht gerade nach der Resignation im Anschluß an die Verabschiedung der Notstandsgesetze ein Bedürfnis nach Aufhebung und Erklärung repressiver Strukturen in der antiautoritären Bewegung selbst (die letzte SDS-Delegiertenkonferenz zeigte deutlich dieses Bedürfnis nach einer neuen kollektiven Solidarität, nach der Aufhebung von isolierter Praxis und frustrierender Autorität), aber wir können eine strukturelle Theorieschwäche in der Bewegung nicht programmatisch überwinden. Wir sind also angewiesen auf wissenschaftliche Analysen von, sagen wir, distanzierten Beobachtern. Das hat zur Folge, daß wahrscheinlich häufig politische Strategien und Organisationsformen der antiautoritären Bewegung nicht in die Analyse der objektiven Bedingungen



miteinbezogen werden. Die Frage, ‚was heißt das für uns?', wird wahrscheinlich häufig auf ihre Antwort warten müssen, so wie es auch in der folgenden Analyse von Bacia der Fall ist.

Dann fehlen uns umfassende empirische Daten unserer Aktionen, an denen man die obengenannten Fragen diskutieren muß. Schließlich aber fehlen uns Autoren, die politische Strategien aus einer Interpretation der grundlegenden psychosoziologischen Struktur der Bewegung ableiten können. Reiche sagt mit gutem Recht: „Sicher kennzeichnet es den Grad der politischen Unsicherheit und auch der psychischen Schwäche dieser Bewegung, daß so wenige von uns ad hoc fähig sind, öffentlich zu reden und daß so wenige fähig sind, politische und ökonomische Zusammenhänge nicht nur theoretisch zu erkennen, sondern diese Erkenntnis auch taktisch d. h. in organisatorische Formen und politische Forderungen umzusetzen. Die Unfähigkeit, über-personale Zusammenhänge praktisch (organisatorisch) darzustellen, ist immer auch ein Zeichen mangelnder psychischer Integration bei einem Individuum."

Dennoch, in einem Moment, wo die psychische Belastung zur tendenziellen Stagnation und Auflösung der antiautoritären Bewegung führen könnte und entpolitisierend wirkt, ist Analyse dringender denn je nötig. Nur sind wir dabei auf die produktive Mitarbeit unserer Leser angewiesen, die ja auch ihre eigenen Bedürfnisse gegen Artikel, die über sie hinweggehen, durchsetzen können.

Die Redaktion

Fleißiger sublimieren

Von Hubert Bacia

Sexualität und Neurosen der Studierenden und die Struktur der Universität

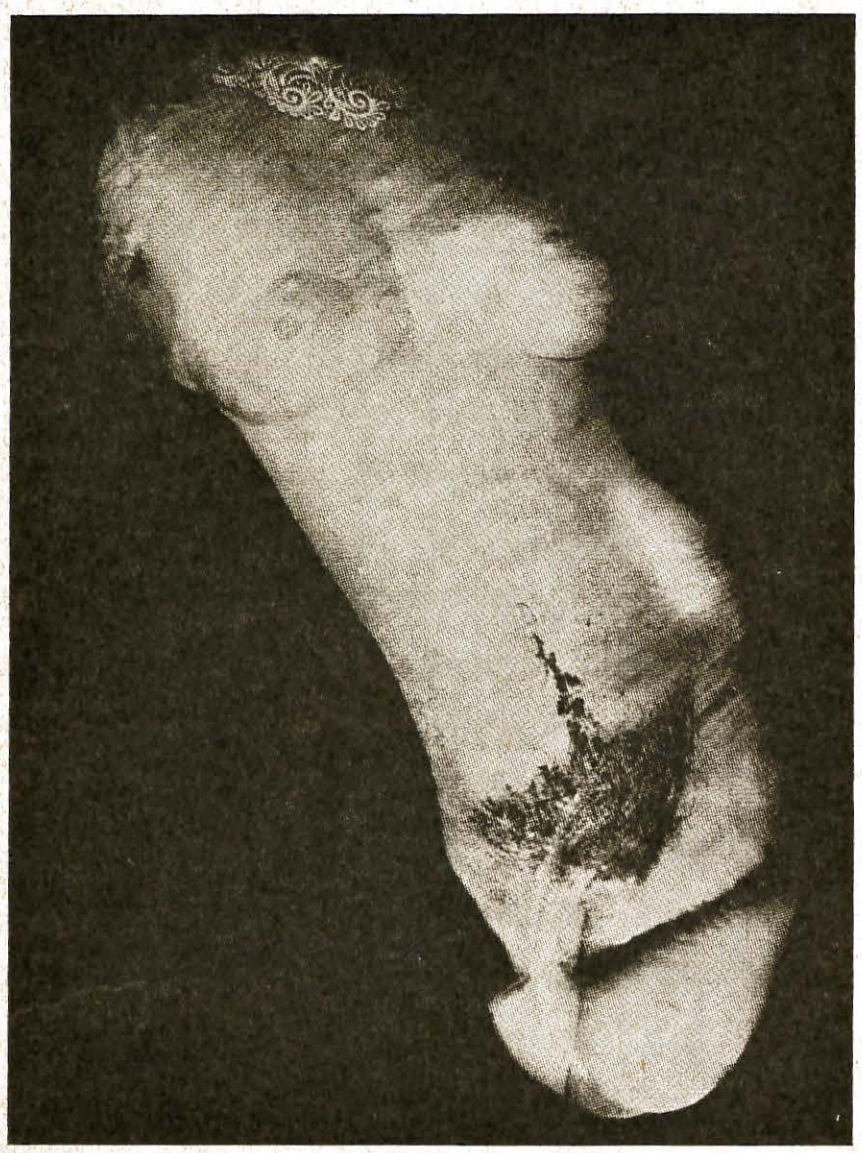
Anspruch und Widerspruch, Wirklichkeit und Möglichkeit der Hochschulen stellen sich als wichtige Arbeitsobjekte einer Untersuchung dar, die ein Gegenbild, eine „Gegenuniversität" entwickeln will. Dem ökonomischen, soziologischen und politischen Aspekt ist wohl auch untrennbar der psychologische zur Seite zu stellen. Er zeigt die Universität als eine männlich bestimmte Hierarchie mit besonderen — offenen aber auch geheimen — psychsichen Zuständen, die aus bewußten und unbewußten Befehlen und ebenso bewußtem wie unbewußtem Gehorsam bestehen. Die Summe dieser Zustände wird vom Schein einer freien Gemeinschaft lehrend-forschender und forschend-lehrender Mitglieder verdeckt.

Hierher, in ein Refugium von „Freiheit der Lehre und Forschung", hat sich ein Begriff von Freiheit zurückgezogen, aus dem zwar technisch unentbehrliche Informationen zur Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeliefert, aber nur selten kritische Reflexionen dieser Wirklichkeit mit dem Blick auf eine befreite und befriedigte Gesellschaft gewagt werden. Die Freiheit des Hochschullehrers endet nur zu oft vor der Grenze, die ihm die Exekutive zieht; Lehrfreiheit war und ist lange keine Meinungs-, erst recht keine Handlungsfreiheit. Der Zusammenstoß des Lehrers mit dem, was wirklich herrscht (einst Adel und Militär, jetzt große Bürokratie) ließ ihn bald auf gewohnten Bahnen die Autorität verinnerlichen. So wurde politische Abstinenz zum Prinzip des akademischen Selbstverständnisses erhoben; darunter verbarg sich eine starke Affinität zum Mächtigen und alsbald tat sich der *akademische Lehrer* als subtiler Apologet hervor.

Als dem legitimen Nachfahren väterlicher Autorität erging es ihm wie dem Patriarchen der bürgerlichen Familie: er hatte als Unterlegener im Kampf mit der politischen und staatlichen Gewalt und um in innerem Gleichgewicht zu bleiben, die verweigerte Handlungsfreiheit als souveräne Gehorsamsforderung gegen die ihm Unterworfenen zu wenden.

Statt Triumph auf Straßenbarrikaden kam dem Bürgersmann die Herrschaft über Ehebett und Kinderstube zu, statt Kritik und Veränderung der staatlichen Gewalt war dem Hochschullehrer die Machtfreiheit gelassen, über akademische Laufbahnen fördernd oder hemmend zu befinden. Er wurde im Beruf, was er in der Familie schon darstellte, ein unumschränkter Herrscher im eng umgrenzten Reich — und ist es bis heute geblieben! Der Lehrstuhl ist die denkbar sicherste Sitzgelegenheit, solange sein Inhaber sich im Einklang mit den mächtigsten der gesellschaftlichen Zwänge weiß. Während väterliche Autorität durch die bekannten ökonomischen Ereignisse verfiel — Verlust der Selbständigkeit und des vererbbaren Eigentums durch die Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger Privatpersonen, ohne daß zugleich öffentlich der absolute Gewaltanspruch des Vaters über die von ihm Abhängigen revidiert wurde — blieben professorale Unabhängigkeit und Machtprivilegien scheinbar unbefragt, gleichwohl aber nicht unberührt von Veränderungen. Nicht die Gesellschaft tastet am Glanz der Ordinarien, auch die unmittelbar Unterworfenen — Studierende wie akademischer Unter- und Mittelbau — sind häufig noch zu schwach, weil ohne Begriff ihres Zustandes und von Kindheit und Schule süchtig und unbewußt an Herrschaft gebunden. Der Angriff auf anachronistisch gewordene, patriarchalische Hochschullehrerfreiheit kommt vom Stoff der Forschung, kommt von den Objekten wissenschaftlicher Arbeit und fordert immer machtvoller die enge, rational bestimmte Zusammenarbeit aller Teile der Universität als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulgemeinschaft; er fordert das T e a m der vielen Freien an Stelle der üblichen Unterordnung unter Meinung, Haltung und Handlung eines einzelnen. Aus Überlebenszwang durchdringt Vernunft alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens. Davon ist die Universität selbst nicht auszunehmen und so kann die Forderung erhoben werden, daß auch die Hochschulen sich selbst, ihren Aufbau und ihre Lehrmethoden zum Objekt forschender Betrachtung und Veränderung nehmen. Damit gerät aber das in ihnen vorherrschende Gewaltenverhältnis endlich ins Blickfeld und wird angezweifelt, wie alles und jedes in Natur und Gesellschaft.

Die immer noch hochfahrend patriarchalischen Repräsentanten der Hochschulen — und als wahre Repräsentanten verstehen sich einzig die Ordinarien — waren einst im täglichen Umgang mit ihren Schülern deren durchaus nützliche Identifikationsobjekte: wie sie zu sein, trieb ihren Lerneifer, ihnen gerieten sie nach und erwarben neben schroffer Autonomie auch die Fähigkeit zur Kritik an sich selbst und an anderen; denn s i c h t b a r e Lehrautorität vermittelte über Gewalt hinaus auch ihr kritisierbares Abbild. Die hoffnungslose Überfüllung heutiger Universitäten läßt die Lehrautoritäten für den einzelnen in abbildlose Ferne versinken. An die Stelle echter Identifikationen und echter Objektbeziehungen von libidinöser Natur, die das Ich stärken und unabhängig werden lassen, tritt die Übernahme und Verinnerlichung puren, anblicklosen Zwangs. Die persönlichen Begegnungen mit dem souverän über den sozialen Aufstieg des Kandidaten entscheidenden Hochschullehrer werden in der überfüllten Universität immer spärlicher, zuweilen treffen Professor und Student einander nur beim alles entscheidenden Staatsexamen. Angst vor der Elternstrafe war der Motor der Verdrängung kindlicher Triebwünsche, Angst — und zwar oft unbewußte Angst — kennzeichnet in hohem Maß das studentische Leben. Im blind Unterworfenen, dessen Verhältnis zum Lehrer auf Examensbegegnungen verkümmerte,



Hautbilder von Tilo Keil

werden machtvolle Straf- und Erwartungsängste aus der Kindheit und Jugend erneut frei und verhärten endgültig seinen autoritätsgebundenen Charakter. Die nicht ausbleibenden Konflikte zwischen der unbewußten, starren Bindung an eine abstrakt gewordene Autorität und dem Anspruch, die Wirklichkeit wissenschaftlich, also wesentlich autonom zu begreifen, bewältigen die Studierenden auf unterschiedliche Weise: in keiner Bevölkerungsgruppe wurden so viele neurotisch Kranke entdeckt, ein Drittel der Studenten scheitert und bricht das Studium vor den Abschlußexamen ab, vierzig Prozent endlich fliehen in die Korporationen verschiedener Couleur. In ihren befehls- und gehorsamsgesättigten Reservaten begegnet ihnen endlich personifizierte Autorität. Die hierarchischen Blut- und Lebensbünde der Korps sind nicht die unverständlichen und lästigen Begleiterscheinungen des Universitätslebens, sondern das legitime Widerspiel einer anachronistisch gewordenen, akademischen Lehr- und Arbeitsordnung; einem von den Objekten der Forschung ausgehenden Zwang zur gemeinschaftlichen Mühe von Gleichberechtigten setzt diese Ordnung eine patriarchalische Geben-und-Nehmen-Methodik entgegen. Die Burschenschaften sind, auf andere Weise, ebenso Symptom für ein gestörtes Universitätsleben wie die um sich greifenden Neurosen der Studierenden.

Der Studierende erlebt die Universität — unbewußt — als Wiederkehr familiärer Gewaltkonstellationen. Die Freiheit der Hochschulen ist eine scheinbare, denn sie erneuert die Fülle verdrängter Angst vor einer als übermächtig und uneinsehbar erlebten Autorität und läßt in der objektiven Distanz zur Person des Gewaltträgers auch die gleichzeitig vorhandenen sublimen, libidinösen Wünsche der Abhängigen verkümmern.

Der Zustand der Studierenden ist in vieler Hinsicht die Lage einer bis ins dreißigste Lebensjahr verlängerten Kindheit, in die hineingemischt ist die stete Forderung, allein und selbständig zu arbeiten. Diese besondere Situation einer Abhängigkeit von einem unbewußt als Vater erlebten und in Wirklichkeit auch so auftretenden Lehrer, verbunden mit den Urteilen einer Gesellschaft, die gerade auf dem Gebiet des Geschlechtslebens die Studierenden als schier geschlechtslose Wesen, also als Kinder betrachtet, läßt manche Erklärungen für die hohe Zahl der neurotisch Erkrankten zu. Ich wage also die Behauptung, daß die Häufigkeit der Neurosen bei Studierenden zu einem großen Teil der besonderen Struktur der Hochschulen mit ihrem patriarchalischen Autoritätsverhältnis zugeschrieben werden muß und zwar in dem Sinn, daß latent neurotisch Kranke in der Universität einen Ausbruch ihrer Krankheit hinnehmen müssen. Aber nicht nur aus der spezifischen Pathologie der Studierenden — die noch von vielen und gerade von den Universitäten selbst geleugnet wird — kann auf die abwegig geordnete Struktur unserer Hochschulen geschlossen werden, auch die Kenntnis der durchschnittlichen studentischen Sexualität weist zurück auf die Wiederkehr bürgerlich-familiärer Zwänge im Umkreis des Hochschuldaseins.

Es ist nicht weltfremd, das Geschlechtsleben auch der psychisch gesunden Studierenden als konfliktreich zu bezeichnen. Studentsein als verlängerte Kindheit involviert, daß der Studierende von der Gesellschaft im voraus und fraglos gleichsam zu einem asketischen Dasein, eben zu einem kindlichen Schülerdasein verurteilt wird. Unverheiratet, ökonomisch abhängig, nicht im Stande, eine Familie zu ernähren, hat der Studierende fleißig zu sublimieren, hat seine Sexualität in glänzende Examensnoten umzusetzen und wehe ihm! er verstößt gegen die ungeschriebenen und geschriebenen Sexualgesetze der Gesellschaft. Diese Pönalisierung des Geschlechtslebens erträgt schon der Gesunde relativ schwer — wir werden sehen, daß auch das Geschlechtsleben des Durchschnittshochschülers bedeutend von dem der übrigen Bevölkerung abweicht — der latent neurotisch Kranke wird in der Verfemung des studentischen, weil zumeist vorehelichen Geschlechtsverkehrs eine Neuauflage der in der Kindheit, besonders in der ödipalen Situation wirksam gewesenen Elternverbote erleben. Gesellschaft und Universität teilen sich redlich in die strafende Verfolgung des vorehelichen Geschlechtsverkehrs. Ein Beispiel das öffentlich bekannt wurde, soll für viele ähnliche Vorgänge genügen. Im vergangenen Jahr traf eine Raumpflegerin am hellichten Tag (es war 15.30 Uhr) eine Studentin und einen Studenten nackt auf dem Bett liegend vor. Das geschah in Marburg, im Wohnheim des Studentenwerks und im Zimmer der Kommilitonin; die Tür war nicht verschlossen. Der Studentin wurde fristlos gekündigt, dem Studenten nicht. Zwar empörten sich viele Kommilitonen und nannten die Raumpflegerin, sehr zu Recht, eine bestellte Aufpasserin, aber eine Professorin gab einen beachtenswerten Kommentar: „Wenn die Dame zu dumm ist, die Tür abzuschließen, dann gehört sie nicht in eine akademische Gemeinschaft!" Neben der neuartigen Definition von Dummheit, verwundert es mich, daß die akademische Gemeinschaft auf einmal vorhanden ist, sich aber dabei nur hinter verschlossenen Türen versteht. Wir finden diese doppelbödige Moral auch in anderen Gesellschaftsschichten, aber nicht derart harte und prompte Sanktionen. Ein gleichaltriges Paar aus Arbeiterkreisen träfe wohl nicht eine so bigotte Strafe, die nichts als Strafe ist und keinen anderen Ausweg als den der puren Heuchelei zuläßt. Der Angriff der Institutionen trifft nicht nur das offenbare Ärgernis, sondern überhaupt studentische Sexualität in jeder Erscheinungsform. Auch die legale Form des Geschlechtslebens, die Studentenehe, ist auf verstecktere Weise eben solchen Verfolgungen ausgesetzt; sei es als unduldsame, hochmütige Verurteilung durch die Männerwelt der Universität oder ganz materialistisch als Verlust von Stipendien, die bei der Heirat gestrichen werden. Die Wohnheime der Universitäten haben keine Wohnungen für Studentenehepaare, eine große Zahl der Paare leidet unter erbärmlichen Wohnverhältnissen und lebt konstant unter dem Existenzminimum.

Die Studierenden werden eines Tages als Richter, Ärzte, Lehrer und Theologen — dann selbst Herrschende — die Versagung als Ideologie der Herrschenden gegen die ihnen Unterworfenen wenden;

gegen eben jene Bevölkerungskreise, die ihn einmal eines voraus hatten: die größere Nähe zum Geschlecht. In der Strafe kehrt dem Strafenden das Verdrängte wieder. Sehen wir uns an, wie der durchschnittliche Studierende sein Geschlechtsleben einrichtet. Kinsey bietet die Zahlen (und im wesentlichen wurden sie jetzt vom Hamburger Sexualwissenschaftler Giese bestätigt, der eine bundesdeutsche Umfrage an zehn Hochschulen durchführen ließ). Keine Gruppe hat so wenig vorehelichen Geschlechtsverkehr wie die Studierenden, aber keine Gruppe lehnt ihn so heftig ab wie eben die Studierenden. (Später, als Gruppe der „reifen Männer mit den grauen Schläfenhaaren" werden sie, wie keine andere Bevölkerungsgruppe, den meisten außerehelichen Geschlechtsverkehr haben.) Ledige Männer im Alter von 21—25 Jahren mit der höchsten Bildungsstufe (13) beziehen aus dem vorehelichen Geschlechtsverkehr nur 19,4 Prozent ihrer sexuellen Gesamttriebbefriedigung, ledige Männer desselben Alters aus der Mittelstufe dagegen: 42,7 Prozent und Volksschulabsolventen: 68,3 Prozent. Ledige Männer von 26—30 Jahren mit der höchsten Bildungsstufe erleben nur 21 Prozent ihrer Gesamttriebbefriedigung im vorehelichen Geschlechtsverkehr, Männer der Mittelstufe dagegen 38 Prozent, Volksschulstufe: 57 Prozent. Zwischen 21 und 25 Jahren hat die Volksschulgruppe fünfmal so viel vorehelichen Koitus wie die Collegegruppe. Zwar gibt es relativ viel Männer der Collegegruppe, die vorehelichen Koitus ausübten, aber die Häufigkeit des Verkehrs liegt viel niedriger als bei irgendeiner anderen Gruppe. Zwischen einem Drittel und der Hälfte der Männer aus der Collegegruppe üben nur 1—2 oder ein halbes Dutzend Mal (d. h. etwa 2—3 mal pro Jahr) Geschlechtsverkehr während der Jahre vor ihrer Eheschließung aus, davon nur 15 Prozent für eine Reihe von Jahren regelmäßig 1 mal/Woche. Recht viele Männer der Collegegruppe brauchen sehr lange, bis sie ihren ersten vorehelichen Koitus ausüben, sie haben im Durchschnitt ihre erste Erfahrung 5—6 Jahre später als die Männer der anderen Bildungsschichten. Gleichzeitig zeigt eine Einteilung der Einstellung zum vorehelichen Geschlechtsverkehr, daß die Männer der höchsten Bildungsstufe etwa dreimal so oft den vorehelichen Koitus ablehnen als die anderen Bildungsgruppen; so lehnen den vorehelichen Koitus ab und zwar z. B. aus moralischen Gründen: höchste Bildungsstufe 61 Prozent, Mittelschulstufe 25 Prozent, Volksschulgruppe 20 Prozent der Männer von der Pubertät bis zum 25. Jahr. Ein großer Teil der 85 Prozent der Bevölkerung, die keine Collegebildung hat, betrachtet den vorehelichen Koitus als normal und natürlich.

Die privilegierte Schicht zeigt ein Sexualverhalten, das sich deutlich von dem der Mehrheit der Bevölkerung unterscheidet. Die sexuelle Freiheit kann nicht als Teilfreiheit inmitten der allgemeinen Unterdrückung entwickelt werden und es ist auch nicht die Aufgabe der Universität, sich um die Befriedigung des Geschlechtstriebes ihrer Mitglieder zu kümmern. Trotzdem unterdrückt sie sowohl seine offenen als auch die geheimen, verfeinerten Befriedigungen, wenn wir uns vorstellen, daß in Sympathie, Gemeinschaftsgefühl und Solidarität der Sexualtrieb unterschwellig mächtig ist (nicht umsonst leiden viele neurotisch kranke Studierende an quälender Kontaktverarmung), allein schon durch das Gewicht und Monopol ihrer Institutionen (s. Wohnheimordnungen) und die besonders gearteten Gewaltverhältnisse. Aber Unterdrückung des Geschlechts gibt das Modell für jede Repression ab. Der Triebkonflikt der Kindheit und Jugend bestimmt untergründig jede Situation, in der Befehle ausgesprochen und Gehorsam geübt wird. Während in der Familie und Schule Konflikte angesichts einer sichtbaren Autorität ausgetragen werden, der man entweder offen oder heimlich widersteht, die man bewußt kritisieren oder zum Vorbild nehmen und verinnerlichen kann, versteht sich die Universität als Ort der Freizügigkeit, in dem jeder tun und lassen kann, was er will. Der Abiturient, der an unmittelbare und sichtbare Lehrautorität gewöhnt wurde, betritt eine Institution, deren Freiheitsmerkmal wesentlich darin besteht, daß der Hochschüler allein gelassen wird. Gleichwohl unterliegt er in den sporadischen Begegnungen mit der Autorität, in den Prüfungen, ihrem Urteil und ihrer persönlichen Macht. Ferngehalten von den Entscheidungen über das Schicksal der Lerngemeinschaft, de facto ausgeschlossen vom Senat und der Universitätsbürokratie, ist er in der Hauptsache das Objekt von Entscheidungen und nur zum Schein herausgeputzt mit dem Image, auch handelndes Subjekt zu sein. Er erlebt konkret den Zustand der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins, erlebt auf höherer Stufe und aufs neue, die notwendige Tragödie seiner Kindheit. Der Triebkonflikt mit den Eltern, besonders mit dem Vater, gibt das sadomasochistische Modell für den Zusammenstoß mit der akademischen Lehrautorität her.

Der Hochschullehrer

ist in vieler Hinsicht noch der Typus des Patriarchen der bürgerlichen Familie: er ist unabhängig, frei und rechenschaftslos in allen Ermessensurteilen über Studierende und den akademischen Nachwuchs und er ist ökonomisch potent, will sagen: seine Einkünfte übertreffen um ein oft unbekanntes Vielfaches das Gehalt seiner Untergebenen.

Im Vollgefühl seiner Macht tritt er auf, und der Studierende begegnet diesem Abbild väterlicher Männlichkeit, indem er sich unterwirft. Seine geheime Wut aber muß er verdrängen. Es wundert niemanden, wenn die alltäglichen Autoritätskonflikte deshalb nicht offen ausgetragen werden, aber auf dem Umweg über psychische Erkrankungen treten sie zutage.

Nicht die Lehrer, sondern die Studierenden erkranken, obwohl man bei den Hochschullehrern oft fast paranoische Züge zu entdecken glaubt, wenn ihr Anspruch von unten her in Frage gestellt wird.

Der FU-SPIEGEL veröffentlicht in loser Folge Vorlesungsrezensionen; die kritisierenden Studenten bleiben ungenannt und das nimmt nicht wunder, wenn man die Reaktion der betroffenen Ordinarien kennt. So antwortete der Ordinarius für Anglistik, Prof. Kaiser, dem FU-SPIEGEL: „Das ebenso arrogante wie wissenschaftlich ahnungslose Produkt Ihres Schmierfinken richtet sich selbst. Auch vor der überwiegenden Mehrheit meiner Studenten. Doch daß die Redaktion des FU-Spiegel die erschreckende Gewissenlosigkeit besitzt, wegen der dummen Eitelkeit eines feigen Anonymus andere Studenten der geradezu beleidigenden Verdachtsgefahr auszusetzen, womöglich Urheber dieser ‚Expertise' zu sein, stelle ich mit Abscheu fest. gez. Kaiser" (FU-SPIEGEL 51, Mai 1966). Der Direktor eines Instituts ist zwar nicht der am besten informierte Mann über das Wissen seines Gebietes, er hat auch keinen Begriff von der Wirkung seiner Vorlesung bei den Studierenden. Didaktik ist ihm fremd oder er meint, sie im Blut zu haben. Eines aber ist gewiß: er weiß am besten Bescheid über die internen Vorgänge in seinem Institut, denn hier herrscht seine Hand und er entscheidet, unwiderruflich, über Forschungsthemen, Veröffentlichungen, Nebenverdienste und Beförderungen. „Die Angst vor dem Aufstand der Unterdrückten treibt zu strengen Vorsichtsmaßregeln". (S. FREUD, Das Unbehagen in der Kultur).

Das über die eine Seite im Autoritätsverhältnis der Hochschulen; die andere, die neurotisch erkrankten Studierenden, bieten als Betroffene ein vielfältiges Spiegelbild des in den Universitäten herrschenden Gewaltzustandes. Ihre Erkrankungen sind durch ein Wiederaufleben der frühen Triebdynamik aus Familie und Schule gezeichnet. Nehmen wir das Beispiel einer Studentin, die, wie viele der Erkrankten, an beträchtlichen Arbeitsstörungen leidet: sie kann nicht mehr lesen, sie geht in keine Vorlesungen. Die Psychoanalytische Befragung ergab das ihr selbst nicht bewußte Abbild ihres ödipalen Konfliktes. Diese Studentin ist also krank, sie leidet echt und quälend an ihrer Neurose.

Im Abbild jeder Neurose mischen sich Sexual- und Aggressionstrieb auf eigentümliche Weise. Wir müssen also auch Rücksicht auf die Wirkungen des Aggressionstriebes nehmen, der sich beispielsweise bei Studenten als unbewußter Vaterhaß so äußern kann, daß sie hilflos das Scheitern ihres Studiums erleben. Sie erleben es mit Angst, Schuldgefühlen, Niedergeschlagenheit und dem Gefühl der Isolierung. Im Untergrund ihrer Seele aber vollziehen sie — angesichts der Vaterfigur des Hochschullehrers und gegen ihren eigenen Nutzen — die in der Kindheit nicht zum Zuge gekommene, späte und heftige Rebellion gegen den unterdrückend-strafenden Vater. Indem sie scheitern, enttäuschen sie die Erwartungen des Vaters, rächen sich also auf Umwegen und insgeheim für seine brutale Dominanz während ihrer Kindheit.

Es gibt keinen Zweifel, daß Neurosen regelmäßig und häufig unter den Studierenden angetroffen werden können. Schon 1933 fand Angell in den USA (Yale University), daß 10—15 Prozent aller Studierenden an starken emotionellen und persönlichen Schwierigkeiten, zumeist aber an Arbeitsstörungen litten. Gerade Arbeitsstörungen sind ein Kardinalsymptom vieler Studentischer Neurosen. Parnell untersuchte 1955 in Oxford Studienfehlschläge und fand, daß 52,5 Prozent dieser gescheiterten Studierenden an ernsteren, psychoneurotischen Störungen krankten. Hier ist zu bedenken, daß gerade auch an westdeutschen Universitäten einschließlich der FU, die Zahl derer Studierenden erschreckend hoch ist, die ohne Abschlußexamen die Hochschulen verlassen. Man schätzt, daß jeder dritte Student und fast jede zweite Studentin aus verschiedenen oft, unerklärlichen Gründen einen Fehlschlag ihres Studiums hinnehmen müssen.

Der Heidelberger Psychologe Reichenbecher fand 1965, daß 67 Prozent aller vom ihm befragten Studierenden vom Studium enttäuscht, 52 Prozent durch seelische Schwierigkeiten in ihrem Arbeitsvermögen belastet, 36 Prozent niedergeschlagen und nervös waren, 17 Prozent — jeder 7. Student, jede 4. Studentin — wurden von ihm als „wirklich belastet" erkannt. Eine Statistik der „Psychotherapeutischen Beratungsstelle — Beratungsstelle für Intimfragen", die vom AStA der FU eingerichtet wurde, zeigt für

Fortsetzung Seite 10

...Reformismus muß weg

Die Studenten- und Intellektuellenbewegung ist in einen Zwiespalt geraten. Einerseits versteht sie sich und handelt als *sozialrevolutionäre Avantgarde*, die vom Boden und mit den Mitteln der Universität die Massen zum politischen und gesellschaftlichen Umsturz führen will; andererseits agiert sie als energische Agentin einer *Reform* der universitär organisierten Wissenschaft, vor allem hinsichtlich der Demokratisierung ihrer Entscheidungsgremien für Forschung und Lehre.

Entscheidend für die theoretische Begründung und für die praktische Bestimmung der Handlungschancen dieser neuen und so explosiven Emanzipationsbewegung auf deutschem Boden bleibt allein ihre *Ziel*setzung. Und gerade hier steht der Widerspruch vor Augen:

> Eine revolutionäre Avantgarde ist nur dann Avantgarde revolutionärer Massen, wenn sie deren objektiven Lebensbedingungen, Grad, Qualität und Mentalität der politischen Unterdrückung und ökonomischen Ausbeutung, zu ihren subjektiven Handlungsbedingungen, zu den Bedingungen der bewußten und organisierten revolutionären Befreiung der Massen umsetzen kann; sonst revoltiert sie nur, wenn nämlich ihre universell formulierten Handlungsziele allein ihre eigenen partikulären Repressionen ausdrücken, oder sie verharrt in der Rebellion, weil ihre Gründe zum Aufstand lediglich subjektive Gründe bleiben.
> Eine reformerisch gesinnte Studentenopposition ist andererseits in ihrer Zielbestimmung und Zieldurchsetzung abhängig von bündnis-, vereinbarungs- und handlungsfähigen Interessenpartnern in Staat und Gesellschaft, und zwar in einem grundsätzlichen Sinne. Wer die Hochschule und die in ihr organisierte Wissenschaft reformieren will, der will einen Funktionsteil des politischen und sozialen Systems verändern und nicht das System selbst. Er wird also von seinem theoretischen Reformkonzept bis zu seinen praktischen Reformchancen durchgehend bestimmt sein müssen durch das Kräftespiel der Systembalancen, die wiederum nur Ausdruck sind der politischen, sozialen, natürlich auch wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen etc. Interessen spezifischer Machtgruppen.

Das Denken und Handeln der Reformisten muß sich unaufhörlich, will es Erfolg haben, *konzeptuell* auf Identitäten in den Ideologien der Partner beziehen und muß *aktuell* mit ihnen koalieren und sich mit ihren Machtwünschen „kompromittieren", vor allem mit derjenigen Machtgruppe, die das Monopol auf gewaltsame Durchsetzung ihrer Ziele beansprucht, das heißt mit der Gruppe der Politiker. (Deren Reserve der letzten Hand, mit physischer Gewaltsamkeit ihren Willen widerstrebenden Gruppen aufzudrücken, erzwingt ja allein den uns im Alltagshandeln so selbstverständlichen *Legalismus* der Reformer, nur auf den ihnen vorgeschriebenen Wegen die Wegrichtung zu ändern.) *Hochschulreform* ist in historisch günstigen Konstellationen, etwa im Reformpreußen des frühen 19. Jahrhunderts, ein den Fortschritt der Wissenschaften befördernder Kompromiß zwischen den gelehrten und den politischen Interessen der Herrschenden; sie ist in der Regel jedoch nur die objektive Resultante subjektiver Interessenverschiebungen außerwissenschaftlicher Machtträger, ein neues Gleichgewicht der politischen, sozialen und anderen Systemfunktionen.
Die Studentenbewegung als revolutionäre Avantgarde oder als Reformpartner stimmen in einem Punkt ihrer Zielsetzung jedenfalls überein: beide definieren sich auf Staat und Gesellschaft hin, nur wollen die einen diese vom Boden der Universität aus *aktiv* verändern, natürlich am analytischen Leitfaden objektiver Revolutionsbedingungen; während die anderen die Universität, unter Einrechnung ihrer eigenen Interessenlagen, von Staat und Gesellschaft *passiv* verändert haben wollen. Wo die einen den *subjektiven* Willen zur Revolution ansetzen, erwarten die anderen das *objektive* Resultat politischen und sozialen Interesseninvestments.
Um zu zeigen, in welchem Maße die Reformer zur Erfolglosigkeit verurteilt sind, braucht man sich nicht allein auf die Tendenz der offiziellen *Studienreform* zu berufen, wie sie sich im Gutachten des Wissenschaftsrates von 1966 ausdrückt und in der sich nun endgültig das ökonomische und administrative Verwertungsinteresse an akademischen Berufsrollen durchgesetzt hat, sondern mit Nachdruck auf die noch viel entscheidendere offizielle *Hochschulreform*, wie sie derzeit in Bund und Ländern als Reaktion auf die inneruniversitäre Opposition vorangetrieben wird und mit der jetzt die politische und soziale Funktionalisierung des gesamten Personals der Universität, also nicht mehr nur der Studenten, und seiner gesamten Forschungs- und Lehrleistungen, nicht mehr nur der studentischen Lern- und Studienkapazitäten, durchgedrückt werden soll.
Wir wollen uns hier ausdrücklich mit dem Beispiel der Hochschulreformpläne aus einem der Bundesländer, obwohl es sich, wie gesagt, um einen bereits auffälligen bundesweiten Trend handelt, begnügen, nämlich mit den jüngsten offiziellen Reformplänen und -vorschlägen in *Nordrhein-Westfalen*. Wir beziehen uns hier vorzüglich auf den seit kurzem der Öffentlichkeit zugänglichen „Bericht der Landesrektorenkonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen" vom 2. 5. 1968 an den gegenwärtigen Kultusminister, Fritz Holthoff, der den Titel „Zur Organisation der Hochschulselbstverwaltung" trägt. In diesem „Bericht" an den Kultusminister zur Reorganisation der Hochschulselbstverwaltung wird nun die seit 1945 endgültig in Grundgesetz und Landesverfassung gesicherte *Autonomie* der universitär betriebenen Wissenschaft in derart erstaunlicher Offenheit mit *heteronomen*, und das heißt hier im engen Begriff mit: politischen und administrativen Machtinteressen besetzt, daß Autonomie als korporative Selbstbestimmung von Forschung und Lehre faktisch beseitigt wird. Die Universität gilt allein noch als fremdbestimmtes Funktionsglied des politischen und sozialen Systems Nordrhein-Westfalens, in das sie jetzt mit ihren Leistungen und Anforderungen nahtlos eingepaßt werden soll. Im Rektorenbericht heißt es zum Beispiel:

„Die Organisation der Hochschulselbstverwaltung hat auszugehen vom Auftrag und den Zielen der Universität. Diese Ziele sind der Universität durch die staatliche Gemeinschaft vorgegeben, deren funktioneller und organisatorischer Teil sie ist. Die gesellschaftlichen Teilfunktionen der Universität werden durch die politischen Instanzen definiert. *Ihre inhaltliche Bestimmung ist der Universität nicht selbst überlassen.*" (S. 12 — Hervorhebung HB.)
Auf der nächsten Seite heißt es noch deutlicher, unter ausdrücklichem Verzicht der autonomen Organisationsgewalt der Hochschule: „Gewicht und Bedeutung, welche die politischen Instanzen den verschiedenen Aufgaben der Universität zumessen, bestimmen deshalb nicht nur den Stellenwert der Hochschule im allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftssystem. Sie beeinflussen zugleich auch die konkrete Ausgestaltung der Organisation der Hochschulselbstverwaltung."

Der politische und administrative Einfluß soll aber nicht nur über die Bestimmung der gesellschaftlichen Auftragsfunktionen der Universität laufen, sondern, nicht genug, unmittelbar in der Hochschulselbstverwaltung verankert werden. „Aufgabe der Hochschulselbstverwaltung", lesen wir, „ist Wissenschaftsverwaltung als Sachverwaltung" (S. 15). Eine Sachverwaltung *behandelt* Wissenschaft aber als verwaltbare Sache und *verhandelt* sie nicht als Interesse der am innovatorischen Fortschritt der Erkenntnis Interessierten, nämlich der Ordinarien, Dozenten, Assistenten und Studenten, die eben bisher, freilich durchgehend nur in der ersten Kategorie, ihre Entscheidungen nicht nach dem bürokratischen Verfahren als *Sachentscheidungen* getroffen, sondern als *Interessenentscheidung* in ihren Repräsentationsgremien kollegial durchdiskutiert und nach Mehrheitsregeln beschlossen haben. Der Reformvorschlag der Landesrektorenkonferenz beseitigt jedoch gerade diese kollegiale Tradition der deutschen Universität, indem sie die Selbstvertretung wissenschaftlicher Interessen in Sachverwaltung umkehrt:
„Die Organisation einer Sachverwaltung zeichnet sich dadurch aus, daß sie Sachgesichtspunkten Rechnung tragen muß, die der Veranstaltung vorgegeben sind und deren Berücksichtigung durch den Grundsatz der Repräsentation der entscheidungsbeteiligten Interessen allein nicht gewährleistet ist. Denn die Repräsentation von Interessen in Mehrheitsentscheidungen ist nur dann ein zureichendes Entscheidungsverfahren, wenn die repräsentierten Interessen und ihr Ausgleich durch Mehrheitsentscheidung die entscheidungserheblichen Gesichtspunkte erschöpfen. Bei gesellschaftlichen Teilfunktionen, wie denen der Universität, ist dies regelmäßig nicht der Fall." (S. 15)

Das LRK-Papier verwendet für diese wahrlich unüberhörbare administrative und politische Bedrohung der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre den etwas vornehmeren Ausdruck der „politischen Integration". So wörtlich: „Die *politische Integration* dieser Sachverwaltung findet nicht auf der Ebene der Teilfunktion (also auf der Ebene der wissenschaftlichen Arbeit selbst, H. B.), sondern auf der Ebene staatlicher politischer Willensbildung statt. Diese Willensbildung vollzieht sich nach dem Prinzip der repräsentativen Demokratie", also bei den Parteien, im Landtag und in den Ministerien. Etwas später, nach der strikten Verneinung der Frage, ob die Selbstverwaltungsorgane der Universität bei der Vertretung und Verhandlung ihrer Mitgliederinteressen nicht doch zur Artikulation eines korporativen (hier immer schon: eines erst *politisch* zu integrierenden) Gesamtwillens befähigt sein sollen, wird dann auch unmißverständlich mit dem politischen Büttel und der bürokratischen Kontrolle gedroht:

„Ein politisches Verständnis der Entscheidungen im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung führt somit zu einer Ablösung der Sach- und Rechtsaufsicht über die Hochschulselbstverwaltung durch eine Überprüfung aller Entscheidungen nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, das heißt durch eine *politische Aufsicht*. Die Selbstverwaltung der Universität wird damit in die politische Willensbildung der staatlichen Instanzen *unmittelbar integriert* und als Selbstverwaltung einer autonomen Institution aufgehoben." (S. 16)

> Die Pointe dieses Reformplanes ist aber wohl, daß die Rechtsgestalt der Universität eingangs zwar im körperschaftlichen Sinne mit der ihr historisch eigenen Autonomie bestimmt wird, daß sie aber später in der Detaillierung ihrer Arbeitsfunktionen ausdrücklich als „staatliche Veranstaltung" bezeichnet wird. Damit taucht — und hier ist die Pointe — ein Rechtsbegriff des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794, der die staatliche und zentrale Aufsichts- und Weisungspflicht gegenüber den Unterrichtsanstalten, Schulen und Universitäten, des absolutistischen Preußens festgelegt hatte, nach über 150 Jahren liberalen und demokratischen Verfassungskämpfen des Bürgertums und der Arbeiterschaft — Kämpfe auch um die Befreiung der Wissenschaft von den staatlichen (und kirchlichen) Autoritäten — von neuem in der Rechts- und Organisationstheorie der deutschen Hochschule auf.

Daß für den reformerisch gesonnenen Teil der studentischen Oppositionsbewegung gerade mit diesem Beispiel gezeigt ist, daß von den jetzigen Machthabern in Staat und Gesellschaft zusammen mit ihren derzeitigen professoralen Verbündeten in keinem Fall eine *Beförderung* der Forschungs- und Lehr*autonomie* unserer Universität zu erwarten ist, sondern im Gegenteil, ihre sehr schnelle legale *Beseitigung* auf dem politisch gesetzgeberischen und dem administrativen Verordnungsweg, dürfte klar geworden sein. Gerade weil wir nicht im *Kulturstaat* des 19. Jahrhunderts leben, wofür Preußen trotz seiner bekannten Schattenseiten ein großer Name ist, sondern in der *Krisengesellschaft des Spätkapitalismus*, der in Verkettung von sozialer Stabilität und ökonomischem Wachstum alle profitablen Produktionsfaktoren radikal ausschöpfen muß, so auch die immer ergiebigeren technologischen und szientifischen; gerade deshalb ist die Erwartung der studentischen Reformisten vergeblich, daß im politischen und gesellschaftlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Interessenclearing die *langfristige Wissenschaftsförderung*, das heißt, die organisierte Freisetzung der schöpferischen Erkenntnis- und Handlungsfähigkeiten der Menschen, den Vorrang bekommt vor der *kurzfristigen Nutzung*.

Horst Baier

Fleißiger sublimieren Fortsetzung von S. 9

das erste Arbeitshalbjahr (also WS 1964/65), daß von den 74 Beratenen 22 an depressiven Verstimmungszuständen, 10 an Tagträumereien, 6 an Frigidität und Impotenz litten. Ein Selbstmordversuch wurde bekannt. 22 Beratene trugen sich mit Selbstmordgedanken, an Konzentrations- und Arbeitsstörungen krankten 15, 30 hatten Kontaktschwierigkeiten ernster Art zum anderen Geschlecht, 30 allgemeine Kontaktschwierigkeiten, 4 Angstneurosen wurden gefunden, 4 Fälle manifester männlicher Homosexualität und 9 Patienten litten an Schlafstörungen. (Die Zahl der Symptomträger ist größer als die Zahl der Beratenen, weil ein Kranker oft mehrere Symptome zeigt.)
Die unbewußte Vorgeschichte bestimmt bei vielen Studierenden den unglücklichen Ausgang des Studiums, jedoch nicht zuletzt deswegen, weil die persönlich ausgeübte, akademische Lehrgewalt, die als nicht kritisierbar, unkorrigierbar, demnach als unbeeinflußbar erlebt wird, die latente Krankheit offen ausbrechen läßt. Zur oft bemerkten Kontaktunfähigkeit zum anderen Geschlecht tragen, neben der unbewußten Vorgeschichte, sicher noch zwei Vorgänge bei: der heterosexuelle voreheliche Verkehr wird moralisch verfemt und unter den Studierenden wird erstaunlich oft die Onanie angetroffen. In der Gruppe der Collegeabsolventen und Akademiker fand Kinsey die größte Verbreitung der Onanie bei Unverheirateten aller Altersgruppen. Sie ist die Hauptquelle der vorehelichen Triebbefriedigung der höheren Bildungsschichten, wie umgekehrt der heterosexuelle, voreheliche Verkehr als Hauptmerkmal der Triebbefriedigung junger, lediger Männer aus den unteren Bildungsstufen vorgefunden wurde. Bei den Hochschülern war der Anteil der Onanie an der sexuellen Gesamtbefriedigung zweieinhalb bis dreimal so hoch wie bei den Volksschulabsolventen. Ebenso sind nächtliche Sexualträume mit Samenerguß (Pollutionen) nirgends so häufig wie bei den Angehörigen der höchsten Bildungsstufe. Je ausgedehnter die Schulbildung, desto größer ist die Häufigkeit der nächtlichen Pollutionen. An Onanie und Sexualträumen ist durchaus nichts Schlechtes und Verwerfliches; sie sind der legitime Ausdruck von Triebbefriedigung in einer sexuellen Notsituation — und eine solche Notsituation stellt die Universität dar. Aber eines ist an Onanie und Sexualträumen doch bemerkenswert: sie geschehen einsam, sie sind keine zwischenmenschlichen Sexualkontakte, sondern oft das Zeichen von erzwungener Enthaltsamkeit. Sie sind ein Sexualleben unter dem Schatten der Autorität.

Noch einmal: es ist nicht die Aufgabe der Universität, für sexuelle Freiheit inmitten einer Gesellschaft zu sorgen, die den Trieben feindlich gegenüber steht. Aber es scheint mir mit zum Sinn der akademischen Ausbildung zu gehören, daß sie geheime Abhängigkeiten erklärt und hilft, sie aufzugeben. Wenn also nur Vernunft die Angst im Leben der Individuen wie der Gesellschaft überwinden kann und wenn sich die Universität als Ausbildungsstätte zur Entwicklung kritischer, unabhängiger Charaktere verstanden wissen will, dann werden wir nicht anders können und auch das gegenwärtige Gewaltenverhältnis innerhalb der Hochschulen anzweifeln.

Was H. Marcuse über die bevorzugten Minoritäten in der Gesellschaft schreibt, gilt nicht weniger für die autonome Gruppe der Hochschullehrer: „Sie üben ihre Gewalt aus, mit der Absicht, sich selbst in einer privilegierten Position zu erhalten und ihre Macht zu steigern. Solch eine Herrschaft schließt den technischen, materiellen und intellektuellen Fortschritt nicht aus, aber er ist nur ein unvermeidliches Nebenprodukt, während die irrationale Lebensnot, der Mangel und die Beschränkung weiter bestehen" (aus „Triebstruktur und Gesellschaft", Suhrkamp 1965). Freilich wird eine Reform der Universität nur dann zu einer Demokratisierung der Hochschulen führen, nur dann ihr Feudalprinzip aufheben und Autorität sich vor allen verantworten lassen, wenn Kontrolle auch von unten nach oben stattfinden kann.

Unter Kuratel

Der SPD-Hochschulgesetzentwurf besiegelt die Abhängigkeit der hessischen Hochschulen von Staat und Wirtschaft

Zufällig am selben Tag, an dem die FDP *ihren* Entwurf zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) vorlegte, zufällig einen Tag vor der Veröffentlichung entsprechender NPD-Pläne, präsentierte Kultusminister Schütte die SPD-Version, deren Verdienst offensichtlich darin liegt, im Kommunalwahlkampf dem erwarteten CDU-Entwurf *zeitlich* voraus zu sein. Nicht zufällig ist hingegen die Übereinstimmung der wesentlichen „Neuerungen" des Schütte-Entwurfs mit denen, die in den Plänen beispielsweise der schleswig-holsteinischen und nordrhein-westfälischen CDU zu finden sind, „Reformen", die sich kurz kennzeichnen lassen als Beseitigung der noch verbliebenen Hochschulautonomie und Pseudo-Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebs.

Die Reformvorschläge der Parteien spiegeln die historische Situation wider, in der die Ansprüche des Staatsapparats, legitimiert durch die Forderungen einflußreicher Wirtschaftskreise, konfrontiert werden mit den Interessen der zur Reform geschreckten Hochschulgremien und den Zielvorstellungen der revoltierenden Studenten. In diesem Zusammenhang hat das, was als Reform jetzt von der SPD/CDU präsentiert wird, die Aufgabe, einerseits Staatsbürokratie und Wirtschaft je zu ihrem Recht zu verhelfen, andererseits die Professoren in die Neuzeit zu zwingen und schließlich den Studenten mit halben Konzessionen vorzugaukeln, sie könnten gegenwärtig ihre Ziele über den Gesetzgeber erreichen.

Mißt man den Schütte-Entwurf an den studentischen Forderungen nach Autonomie der Universität, d. h. Selbstverwaltung der für Forschung und Lehre notwendigen Mittel als Voraussetzung einer kritischen Selbstbestimmung gegenüber der Gesellschaft, nach Demokratisierung der Hochschule, d. h. Mitbestimmung der Beteiligten bei den relevanten wissenschaftspolitischen Entscheidungen der Universität, mißt man an diesen *essentials* Schüttes Konzeption, so offenbaren sich unverblümte, direkte Staatskontrolle und Verhinderung studentischer Mitbestimmung. Letzteres allerdings verpackt in Glanzpapier mit der Aufschrift „Drittelparität im Konzil".

Schüttes Entwurf ist bestimmt vom Plan eines hessischen Gesamthochschulsystems, das die Hochschulen zu gemeinsamer Abstimmung der Lehr- und Forschungsprogramme und gemeinsamer rationeller Nutzung der wissenschaftlichen Einrichtungen verpflichten soll. Diese Konzentrationsbewegung setzt voraus, daß die Hochschulen selbst nach dem Gesichtspunkt rationeller Verwaltung zugeteilter Mittel geführt werden. Der SPD-Plan schlägt zur Lösung dieser Aufgaben eine Präsidialverfassung vor, in der dem Präsidenten und dem Kuratorium zentrale Macht zusteht.

Der Präsident, mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, erscheint als eine Art Vorstandsvorsitzender, *der von der Landesregierung* im Einvernehmen mit dem Konzil *ernannt werden soll*. Er steht an der Spitze der Universität, ist Leiter der wirtschaftlichen, personellen und akademischen Verwaltung, Vorsteher des Senats und der Ständigen Kommissionen. Nach achtjähriger Amtszeit kann der Präsident, der nicht unbedingt Hochschullehrer zu sein braucht, mit Wissenschaft und Verwaltung aber vertraut sein muß, wieder ernannt werden.

Die Art der Ernennung durch die Landesregierung kennzeichnet den Präsidenten als Kommissar des Staates, der die Autonomie der Hochschule zur Illusion verfliegen läßt;

nur mit Zweidrittel-Mehrheit von Konzil und Kuratorium kann die Universität einen nicht genehmen Präsidenten loswerden— bei der noch zu erläuternden Besetzung dieser Gremien so aussichtslos wie unerheblich, da auch deren Einigkeit die Institution des Staatskommissariats nicht abschaffen könnte.

Sinnvolle Ergänzung findet dieses Amt im Kuratorium, das die unmittelbare Kontrolle und Lenkung der Hochschule durch Vertreter des Staates und der Öffentlichkeit, sprich: Wirtschaftsmanager garantiert. Da letztere vom Ministerpräsidenten des Landes berufen werden sollen, stehen die 4 vorgesehenen Repräsentanten der Hochschule im Kuratorium einem Block von 8 Interessenvertretern des Staats und der Wirtschaft gegenüber, der durch die 2 Vertreter des Personalrats der nicht-wissenschaftlichen Hochschulmitglieder ergänzt werden könnte. Dieses Kuratorium soll nun *Entscheidungsbefugnisse* erhalten hinsichtlich Struktur- und Finanzplanung, Wirtschafts- und Personalverwaltung, Verteilung der Sachmittel und Festlegung des Haushaltsplanes.

Denn kaum erfuhren diese von den Plänen, da griffen sie schon an wie jene Kortlandtschen Primaten, die in der Steppe auf Tiger-Attrappen sich stürzten und nicht merkten, daß ein ausgemachter Pragmatiker sie narrte. Fixiert auf das Phänomen Drittelparität, deren Gewährung sie nicht anders als „Belohnung für die rechtswidrigen Aktionen radikaler Studenten" verstehen konnten, übersahen sie die Gefahr, die der Universität durch Präsidentenamt und Kuratorium droht. Sie fielen glatt auf jenen groben Witz Minister Schüttes herein, der seinen Entwurf ausgab als Version der liberalen Pläne Denningers, Wiethölters, von Friedeburgs und Habermas'.

Täuschen ließen sich der SHB, die Jungsozialisten und die HIWIS, die den Entwurf als brauchbare Beratungsgrundlage werteten.

Selbst wenn der SPD-Entwurf im Lauf der nächsten Monate verändert wird, so ändern sich doch

Arbeiter-Schüler-Studenten-Zeitung

DISKUS-Extrablatt Nr. 5

Sondernummer zur Intervention in der CSSR

noch beim DISKUS vorrätig (Preis 10 Pf)

Aus dem Inhalt:

Klaus Meschkat: Wir müssen unseren eigenen Weg gehen

Helmut Dahmer: Die sowjetische Intervention in der CSSR, Fragen und Antworten

Brigitte Heinrich: Wirtschaft in der CSSR

Diese Zeitung versucht, der Manipulation der bürgerlichen Presse entgegenzutreten und zu einem ständigen Organ von Arbeitern, Schülern und Studenten zu werden. Sie erscheint bisher noch unregelmäßig, vor allem aus vertriebstechnischen Gründen.
Wir bitten interessierte Gruppen, uns ihre Bestellungen zuzusenden, damit wir sie bei der nächsten Ausgabe anschreiben können.

Was in liberalen Reformplänen als beratendes Aufsichtsgremium für wirtschaftliche Verwaltung gedacht war, wurde im SPD-Entwurf die zentrale Instanz der Universität, die, das Recht auf Selbstverwaltung pervertierend, als Vormundschaftskollegium einer unter Kuratel gestellten Universität fungiert.

Bleibt die Verfügungsgewalt über Personen, Sachen und Finanzen dem Kuratorium vorbehalten, kann der Minister, der dies plant, den guten Onkel spielen und den Studenten im Konzil der Universität den Drittelanteil gönnen. Mögen sie dort mit den anderen Gruppen eine Satzung ausknobeln und ansonsten einmal jährlich den Rechenschaftsbericht des Präsidenten hören: reale Mitbestimmung bei allen, voneinander nicht zu trennenden, Forschungs- und Haushaltsfragen gewinnen sie dort ebensowenig wie in den Ständigen Kommissionen, wo sie fünftelparitätisch den Präsidenten beraten und an „verbindlichen Rahmenentscheidungen" mitwirken dürfen.

Das Stimmendrittel im Konzil hat den Effekt, Studenten dort zu Wort kommen zu lassen, wo sie nicht viel zu sagen haben. Schütte schenkte den Revoltierenden einen Papiertiger aus Glanzpapier, mit welchem sie die Professoren prompt das Fürchten lehren sollten.

nicht die Konsequenzen, die die Studentenschaft aus Schüttes Vorschlag und der Reaktion darauf zu ziehen hat für ihre Arbeit an der Universität. Angesichts der konkreten Interessen von Gesetzgeber und „Öffentlichkeit" kann von der Chance realer studentischer Mitbestimmung an relevanten Entscheidungen in der Hochschule gegenwärtig nicht geredet werden. Selbst eine liberale Novellierung des HHG würde nicht — gleichsam per decretum — kritische Wissenschaft, autonome Forschung und herrschaftsfreie Lehre an die Institute versetzen. Die Voraussetzungen dazu müssen durch die praktische studentische Arbeit in den Seminaren und Instituten hergestellt werden, durch kritische Reflexion des eigenen Fachs und der eigenen Tätigkeit, durch kritische Seminare und Gegenveranstaltungen zum etablierten Wissenschaftsbetrieb.

Daneben müssen Institutionen mit studentischer Beteiligung, die für Konzil, Senat und Kommissionen vorgesehen ist, durchaus genutzt werden, die Machtverhältnisse an der Universität transparent zu machen und Konflikte offen auszutragen.

So erst schaffen wir die Basis für den Kampf um die reale Demokratisierung der Universität und ihre Autonomie, indessen Staat und Professoren-Reaktion sich mühen, diese abzuschaffen und jene zu verhindern.

Eckhart Grünewald

Mehr als Tagesnachrichten

und unverbindliche Kommentierung verlangt der Zeitungsleser, der mitten im Leben steht und an der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Verantwortung mitträgt. Der kritische Leser weiß es zu schätzen, wenn sich die

Frankfurter Rundschau

— eine der großen deutschen Tageszeitungen — aktiv mit seinen Problemen befaßt. Die „Frankfurter Rundschau" greift immer wieder heiße Eisen auf. Sie übt Kritik, wo es notwendig erscheint. Leitartikel, Kommentare, Reportagen und Glossen der „Frankfurter Rundschau" haben Format. Bilden Sie sich selbst ein Urteil. Verlangen Sie Probelieferung. Senden Sie umstehenden Gutschein auf einer Postkarte oder im Briefumschlag an

Frankfurter Rundschau

Vertriebsabteilung — 6 Frankfurt am Main 1 · Postfach 3685 · Telefon 21 99 513

Vorzugspreis für Studierende

monatlich DM 3,15 als Abholabonnement
monatlich DM 3,40 bei Postzustellung
monatlich DM 3,80 durch Träger

Studierende erhalten die „Frankfurter Rundschau" im Postabonnement zum Vorzugspreis von monatlich DM 3,40 (einschließlich Zustellgebühr) oder als Abholabonnement bei einer autorisierten Abholstelle zum Vorzugspreis von monatlich DM 3,15.

Jürgen Habermas

Sein Werk im Suhrkamp Verlag

Unter diesen modernen Soziologen — oder Philosophen, die Grenze ist da schwer zu ziehen — hat sich der Deutsche Jürgen Habermas als einer der begabtesten, profiliertesten, eigenwilligsten einen Namen gemacht.

Tages-Anzeiger, Zürich

Erkenntnis und Interesse

Theorie 2. Doppelband DM 15,—

I. Die Krise der Erkenntniskritik. II. Positivismus, Pragmatismus, Historismus. III. Kritik als Einheit von Erkenntnis und Interesse.

Technik und Wissenschaft als »Ideologie«

Erstausgabe. edition suhrkamp Band 287. DM 3,—

Inhalt: Arbeit und Interaktion, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Technischer Fortschritt und soziale Lebenswelt, Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung, Erkenntnis und Interesse.

Friedrich Nietzsche:

Erkenntnistheoretische Schriften

Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Jürgen Habermas. Theorie 1. DM 8,—

„Die Geschichte der Auflösung der Erkenntnistheorie in Methodologie ist die Vorgeschichte des neueren Positivismus. Nietzsche hat ihr letztes Kapitel geschrieben. Als *Virtuose einer sich selbst verleugnenden Reflexion* hat er den Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse zugleich entfaltet und empiristisch mißdeutet." Jürgen Habermas

Georg Wilhelm Friedrich Hegel:

Politische Schriften

Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Jürgen Habermas. Theorie 1. DM 8,—

„Die politischen Schriften Hegels haben in ihrer eigenen Dimension der zeitgeschichtlichen Aktualität keinen wirklichen Erfolg gehabt. An Hegels journalistischen Unternehmungen vollzieht sich die Ironie, daß sie für den Tag, an den sie adressiert waren, weniger Bedeutung gewinnen konnten, als sie für das philosophische System bis heute behalten haben." Jürgen Habermas

Antworten auf Herbert Marcuse

Erstausgabe. Herausgegeben von Jürgen Habermas.

Junge Autoren ehren mit ihren Beiträgen den gesellschaftskritischen Theoretiker zum 70. Geburtstag durch Disput, Replik und Analyse.

Bitte fordern Sie unser wissenschaftliches Gesamtverzeichnis an.

Suhrkamp Verlag

6000 Frankfurt am Main - Postfach 2446

„Wollt Ihr gesellschaftliche Gewalt?“

CSSR-Kundgebung auf dem Römerberg

Als am 21. August Sowjetpanzer die Grenze zur Tschechoslowakei überrollten, wurde vielen Linken in der Bundesrepublik, die es zuvor noch nicht wußten, klar, welche Rolle die Sowjetunion heute innerhalb der sozialistischen Bewegung spielt. Trotz mancher Bedenken über die Entwicklung in der CSSR protestierten die sozialistischen Studenten als erste und unter roten Fahnen gegen die Okkupation der CSSR durch die SU, deren Vorgehen sie als Willkürakt einer Großmacht bezeichneten, der mit proletarischem Internationalismus nichts zu tun hat. Die Demonstranten waren sich darüber im klaren, daß ihren Aktionen die Aktionen all derjenigen nachfolgen würden, die eine Restaurierung des Kapitalismus in der CSSR sehnlichst herbeigewünscht haben. Man würde die Kritiker von links in der bürgerlichen Presse in einen Topf werfen mit all den Heuchlern aus Regierung, Parteien und Gewerkschaften, die sich plötzlich für einen „demokratischen Sozialismus“ stark machten, obwohl sie Demonstranten zu Ostern zusammenschlagen ließen, die in der Bundesrepublik für eben diesen Sozialismus kämpfen, mit all diesen Strauß, Barzel, Schmidt und Wehner, die die Notstandsgesetze verabschiedet haben, um in Zukunft noch besser gegen ihre Kritiker losschlagen zu können.

Die Selbstbestimmung der Produzenten über die Produktion, die in der CSSR eventuell trotz Dubcek möglich geworden wäre, wollen diejenigen, die Dubcek als „ihren Mann“ ansahen, im eigenen Land durch den Einsatz der Bundeswehr verhindern.

Die Sozialisten hier wußten, daß es ihnen nur schwer gelingen würde, diese Unterschiede in der Öffentlichkeit bekannt werden zu lassen. Sie haben das überall versucht, z. B. in Frankfurt. Am 22. August fand auf dem Römerberg eine gemeinsame Kundgebung von DGB, SPD Hessen-Süd und Stadtverwaltung statt. Etwa 6 000 waren gekommen. Der SDS hatte mit dem DGB-Vorsitzenden von Frankfurt, Willi Reis, ausgemacht, daß er die Lautsprecheranlage auf dem Römerberg nach Schluß der offiziellen Veranstaltung für 1 Stunde mieten werde. So weit, so gut.

Als erster offizieller Redner sprach IG-Metall-Chef Otto Brenner, der Gewerkschaftsführer, auf den vor allem die Gegner der Notstandsgesetze aus der Arbeiterschaft ihre letzte Hoffnung gesetzt hatten, der sie aber am Ende im Stich ließ. „Notstand“, „Notstand“, hallte es ihm daher aus der Menge entgegen, als er das Vorgehen der Sowjets verurteilte und der Liberalisierung eine Lanze brechen wollte. Die Veranstalter hatten mit „Störungen“ gerechnet. Der Zugang zum Podium war mit „eisernen Reitern“ und einer gemischten Garde aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären versperrt. Sie begannen sofort mit Beschwichtigungsversuchen. Doch die jungen Arbeiter und Schüler, von denen die ersten Proteste gegen Brenner ausgingen, waren zu antiautoritär, um zu kuschen. Sie ließen sich nicht stören. Brenner war einigermaßen glimpflich über die Runden gekommen, als Oberbürgermeister Brundert versuchte, eine Wahlkampfrede anzubringen. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, die Institutionen dieser Stadt hätten eine liberale Tradition. Von links kamen lautstark die Rufe „Ostern“, „Ostern“. Doch Brundert ignorierte sie. Er schimpfte auf die Russen und lobte seine Taten. Eine davon war der Befehl zum Polizeieinsatz gegen Antispringerdemonstranten, den der SPD-Abgeordnete und Gewerkschaftsfunktionär Olaf Radke so brutal gefunden hatte, daß er ihn in der Partei und anderswo verurteilte, aber mit seiner „Meinung bei seinen Parteifreunden nicht durchdringen konnte“. Olaf Radke, der immer dabei ist, wenn „die Jugend“ revoltiert, versuchte nun, die mittlerweile die Internationale singenden Studenten, Schüler und Arbeiter zu beruhigen. Das gehöre doch nicht hierher, herrschte er die Sänger an. Angesichts einer solchen Situation müßte man doch einig sein. Gerade das wollten aber die Protestanten nicht. Sie ließen sich nicht stören. Das brachte ihn in Rage. „Weißt Du, was ich möchte“, schrie er einen Schüler an, der gespannt auf die Antwort wartete, „ich möchte dir am liebsten um die Ohren hauen, Du Grünschnabel“. „Macht daß ihr wegkommt, sonst . . .“ setzte er wieder an. Besonneneren Parteifreunden schien das doch zu weit zu gehen, sie versuchten, ihn zu beruhigen. Doch das war nicht möglich. „Postpubertäre Halbstarke seid ihr“, rief er wieder durch das Getümmel den auf der anderen Seite der Absperrung Stehenden zu, „postpubertäre Halbstarke“. „Haut endlich ab, sonst . . .“ unterstützte ihn nun ein anderer Ordner. Wieder Radke: „Ihr postpubertäre Aggressionsjünglinge, Euch sollte man . . .“. Jeder versuchte herauszufinden, was er meinte. Doch bald drückte er sich deutlicher aus. „Wollt ihr gesellschaftliche Gewalt“, rief er, „ja, wollt ihr das?, ich brauche nur aufzurufen.“ Er hatte den gegen die Heuchelei angeblich liberaler und sozialistischer Vertreter von Verwaltung und Partei- bzw. Gewerkschaftsbürokratie protestierenden sozialistischen Arbeitern, Schülern und Studenten mit der Lynchjustiz gedroht.

Nach zwei weiteren Rednern wurde die Veranstaltung offiziell beendet. Die Vertreter des SDS versuchten nun, wie vereinbart, das Mikrophon für ihre Veranstaltung zu benutzen. Doch die Ordner ließen keinen ans Mikrophon. Sie wußten nichts von der Vereinbarung. Versuche, den Verhandlungspartner Willi Reiss zu erreichen, schlugen fehl. Er hatte angeblich keine Zeit, obwohl er auf dem Podium stand. Als die Ordner ihn zum zweitenmal angingen und fragten, ob die Vereinbarung wirklich getroffen worden war, versuchte er, sich im Eingang zum Römer zu verstecken. Schließlich kam er an die Absperrung. Die Abmachung sei an die Bedingung gebunden gewesen, sagte er, daß die Veranstaltung nicht gestört werde. Davon war aber keine Rede gewesen. Er gab offen zu, daß er sich das Wohlverhalten der Linken hatte erkaufen wollen. Der SDS hatte mittlerweile einen eigenen Lautsprecherwagen auf den Römerberg gefahren, den er vorsorglich bereitgestellt hatte, weil schon manche Veranstaltungen auf dem Römer ähnlich verlaufen waren. Die Studenten forderten die Anwesenden auf dem Römerberg auf, zu einem teach in zu bleiben und anschließend zusammen zur sowjetischen Militärmission zu ziehen. Von der Straße her rief ein Lautsprecherwagen der Gewerkschaften zu einem Marsch vor die CSSR-Handelsmission auf. Dort sollte eine Solidaritätsbotschaft abgegeben werden. Etwa 250 folgten dieser Aufforderung, meistens ältere Sozialdemokraten. 3 500 blieben auf dem Römerberg beim teach in. Im Anschluß daran zogen etwa 2 500 nach Niederrad. Die Militärmission wurde trotz starker Polizeiabsperrung — mindestens 2 Hundertschaften — gestürmt. Die Polizisten schlugen anfangs mit Schlagstöcken.

Über zwei Stunden wurde die Mission von ungefähr 250 Personen innerhalb der Umzäunung direkt vor dem Haus belagert. Die deutsche Polizei befand sich auf dem Gelände und unternahm nichts, die Demonstranten zu vertreiben. Gegen 24 Uhr wurden die Belagerer von etwa 80 amerikanischen Militärpolizisten von dem Gelände vertrieben.

Sie benutzten keine Schlagstöcke, das haben diese Burschen nicht nötig. Vor ihrem Einsatz standen die Militärpolizisten etwa 1½ Stunden in einer Seitenstraße und warteten.

Nach der Räumung erschien Olaf Radke wieder unter den Demonstranten. Brundert habe durch sein Verhalten „Blutvergießen verhindert“, wußte er zu berichten. Die Sowjets hätten schießen wollen. Sie hätten zwar Schutz gefordert, es aber abgelehnt, sich von der deutschen Polizei schützen zu lassen. Der Einsatz der Amerikaner habe so lange auf sich warten lassen, weil zwischen Brundert, den Russen und den Amerikanern Verhandlungen stattgefunden hätten. Dank Brundert sei kein Blut vergossen worden. Den Initiatoren der Erstürmung und Belagerung warf Radke vor, sie hätten „Leichen produzieren“ wollen, was Brundert verhindert habe. Die Demonstranten zogen bald darauf ab. Einige hatten Beulen abbekommen, viele hatten sich am Stacheldraht die Füße eingerissen. Im Vergleich zu Ostern ging es sanft zu. Erst bei den Aktionen zur Buchmesse fand die Polizei zu ihrer Brutalität zurück und schlug mit gewohnter Härte zu.

A. P.

Revolutionäre Taktik

Castros Rede zur CSSR-Invasion

Castros Fernsehrede vom 23. August zur Intervention der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder in der Tschechoslowakei hat viel Verwirrung gestiftet. Wie kann einer der Führer der revolutionären Bewegung in der Dritten Welt sich auf die Seite des Stalinismus schlagen und die Intervention als notwendig rechtfertigen? Castro übernimmt scheinbar vollkommen die Einschätzung der Sowjetunion, „daß die CSSR sich zu einer konterrevolutionären Situation hinbewegt, hin zum Kapitalismus, in die Arme des Imperialismus“. (Fernsehrede des Kommandanten Fidel Castro, um die Ereignisse in der CSSR zu analysieren, hrsg. vom Bundesvorstand des SDS, zu beziehen über Oberbaumverlag Petermann & Co., 1 Berlin 21, Bundesratufer 1, 1,50 DM, p. 26.) Aber gleichzeitig fragt er, wie denn nach zwanzig Jahren Sozialismus in der CSSR die Konterrevolution dort so stark werden konnte, so daß er mit dieser Frage zugleich zu einer vernichtenden Kritik des orthodoxen Kommunismus ansetzen kann, die sich nicht allein auf die CSSR, sondern, ohne sie beim Namen zu nennen, auch auf die Sowjetunion bezieht. Er kritisiert den mangelnden Internationalismus der sozialistischen Länder Europas, den Pazifismus, mit dem sie dem Imperialismus gegenübertreten, die bloßen Handelsbeziehungen, die sie zu den unterentwickelten Ländern aufnehmen, gerade zu Kuba. (Z. B. hat die alte stalinistische Führung der CSSR erbeutete Waffen der Naziinvasoren zu hohen Preisen an Kuba verschachert.) Nicht nur diese Praktiken bezeichnet Castro als „dieselben Praktiken, die die bürgerlich-kapitalistische Welt aufrechterhält“ (p. 36), sondern auch die bürgerlich-liberalen Reformen, die das Prinzip der materiellen Interessiertheit, das Gewinnprinzip zur treibenden Motivation sozialistischer Produktion machen wollen.

Das bedeutet, Castro lobt die Intervention, akzeptiert ihren revolutionären Anspruch, um ihn mit der konterrevolutionären Wirklichkeit der Sowjetunion zu konfrontieren. Die Frage, die er unausgesprochen stellt, lautet: wie kann eine konterrevolutionäre Macht wie die Sowjetunion selbst die Konterrevolution bekämpfen? Aus taktischen Gründen spricht er das Problem jedoch anders aus: bedeutet die Intervention der Sowjetunion in der CSSR, daß sie ihre konterrevolutionäre Politik aufgegeben hat, daß sie die Prinzipien des praktischen Internationalismus, des konsequenten bewaffneten Kampfes gegen den Imperialismus jetzt zu führen gedenkt?

So stellt er z. B. die Frage: „Bedeutet das (die Intervention, d. V.) vielleicht, daß die Sowjetunion dabei ist, bestimmte Bestrebungen im Bereich der Ökonomie zu bremsen, die zunehmend mehr Gewicht auf marktwirtschaftliche Beziehungen legen“ (p. 43). Oder er fragt, ob die SU jetzt aufhören wird, die jugoslawischen Revisionisten, die Battista Waffen lieferten, aber nicht der kubanischen Revolution, als revolutionäre Partei anzuerkennen. Oder weiter: „Und wenn wir hören, daß die Notwendigkeit internationalistischer Gesinnung und der Hilfeleistung, einschließlich der Truppenentsendung in ein Bruderland, gegen die Intrigen der Imperialisten erklärt wird, dann fragen wir uns, ob nicht vielleicht diese Politik der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit mit oligarchischen Regierungen (in Lateinamerika, d. V.) aufhören wird, die Komplicen der imperialistischen Blokkade gegen Kuba sind“ (p. 53) und noch offener: „Wird der Warschauer Pakt seine Divisionen auch nach Vietnam entsenden, wenn der Yankee-Imperialismus seine Aggressionen gegen dieses Land verstärkt? . . . Werden die Divisionen des Warschauer Paktes nach Kuba geschickt, wenn die amerikanischen Imperialisten unser Land angreifen oder sogar vor der Androhung eines imperialistischen Angriffs der Yankees, gegen unser Land, wenn unser Land darum ersucht?“ (p. 62) Indem er der SU praktischen Internationalismus aus taktischen Gründen unterstellt, sich also gar nicht darauf einläßt, ob nicht partikulare Herrschaftsinteressen der sowjetischen Bürokratie die Ursache der Intervention gewesen sind (was Castro genauso gut weiß wie wir), verfolgt er zwei Absichten.

I. Die Sowjetunion ist politisch diskreditiert, wenn sie im Ernstfall in den Ländern der Dritten Welt die Politik der friedlichen Koexistenz, die für Kuba und Vietnam lebensgefährlich ist, weiterverfolgt. Mit einer revolutionären Interpretation der Intervention in der CSSR legt Castro die Sowjetunion auf ihre bloß ideologische revolutionäre Verpflichtung als eine wirkliche fest. 2. in der prekären außenpolitischen Situation, in der Kuba steht, die als wichtigstes Interesse den Kampf der Völker gegen den amerikanischen Imperialismus verlangt (vgl. p. 42), kann Kuba aus politischen Gründen die revolutionäre Frontstellung gegen den Imperialismus nicht durch offene Denunziation der Sowjetunion aufweichen. Im sozialistischen Lager muß, ohne auf scharfe Kritik zu verzichten, Einheit im antiimperialistischen Kampf den Vorrang haben. Auf Grund seiner prekären und bedrohten Lage kann Kuba sich in keiner Weise in formale Übereinstimmung mit der Kritik des Imperialismus und der lateinamerikanischen Oligarchien an der Sowjetunion setzen.

Die vulgärmaterialistische Interpretation, daß Kuba ja doch von der Sowjetunion auch wirtschaftlich abhängig sei und deswegen die Sowjetunion nicht offen angreifen könne, mißversteht die Dialektik des kubanischen Lobs, seine taktischen Momente. Sie ist selber bürgerliches Denken, daß gute Wirtschaftsbeziehungen eben nicht durch politische Angriffe gefährdet werden sollen. Kuba aber ist gerade darauf angewiesen, die Sowjetunion durch politische Angriffe zu einem wirklichen sozialistischen Internationalismus erst zu bringen. Und genau diesen Zweck hat die Rede Castros ja gehabt.

In Rabehls Vorwort zur Castro-Rede werden diese taktischen Momente, die die spezifische Situation Kubas widerspiegeln, als „Standpunkt“ verdinglicht, von dem aus Castro die Intervention „beurteilt“. Faktisch haben die kubanischen Revolutionäre keine andere Einschätzung der Intervention und der sowjetischen Politik als wir, was ja Rabehl auch selbst sagt (p. 12 bis 13), nur ist ihre Interessenlage anders, das heißt, die Methode politischer Agitation. Indem Rabehl das übersieht, hält er auch die abstrakte Frage, ob denn die sowjetische Intervention in der CSSR „eine Revision der sowjetischen Außenpolitik“ bedeutet (p. 9) für die wirkliche kubanische Fragestellung. Castro weiß sehr wohl, daß die Sowjetunion damit keineswegs ihre Politik der friedlichen Koexistenz aufgegeben hat. Nur kommt es für ihn darauf an, das konterrevolutionäre Potential der Sowjetunion mit politischen Mitteln zu neutralisieren. Einmal indem er den offenen Bruch der Sowjetunion mit ihrer revolutionären Tradition durch die taktische Anerkennung einer revolutionären, antiimperialistischen Strategie der SU erschwert, zum anderen aber das Bewußtsein der kubanischen Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit, die Kuba hat, für die Widersprüche der sowjetischen Politik schärft. Die taktische Zustimmung zur Intervention ist für die Sowjetunion gefährlicher als es eine offene Ablehnung wäre. Die Fragen, die Castro daraus an die Sowjetunion ableitet, sind die zentralen Fragen, nach denen die Revolutionäre der Dritten Welt die Sowjetunion beurteilen müssen. Jede Kritik an Castro, die von einem abstrakten theoretischen Interesse ausgeht, ob denn tatsächlich die Situation in der CSSR konterrevolutionär gewesen sei oder nicht, oder ob denn die Intervention der SU wirklich eine Stärkung des antiimperialistischen Lagers bedeute, geht fehl. Castro nimmt in seiner Rede eine neue Objektivität in Anspruch, die Objektivität derer, die für ihr Überleben gegen den Imperialismus auf die Revolution angewiesen sind.

Rainer Roth

Diskus

GUTSCHEIN
für eine kostenlose Probelieferung

Ich bin noch nicht Abonnent der „Frankfurter Rundschau“ und möchte sechs Tage kostenlos und unverbindlich die „Frankfurter Rundschau“ lesen.

Im Anschluß an die 6-Tage-Probelieferung wünsche ich:

☐ **Weiterlieferung zum Vorzugspreis für Studenten:** bei Abholung monatlich DM 3,15 — durch Träger monatl. DM 3,80 — durch die Post monatl. DM 3,40 (einschließlich Zustellgebühr) Abholung und Trägerzustellung sind nicht an allen Hochschulorten möglich.

☐ vorerst keine Weiterlieferung (Gewünschtes bitte im ☐ mit einem X versehen!)

Vor- und Zuname: _____

Hochschule (Kurzname und Ort), Fakultät: _____

Wohnort, Zustellpostamt: ( ) _____

Straße, Hausnummer: _____

Studienbestätigung (Stempel): _____ (Datum)

(kann auch nachgereicht werden) _____ (Unterschrift)

Wir bitten Sie um vollständige und deutliche Eintragungen.

Organisation im Klassenkampf

Fortsetzung von S. 7

dig die Isolierung und die Ineffektivität der Verbandsarbeit steigert sich — deutlichstes Zeichen dafür ist, wie die spezifischen Fragestellungen, von diesen selbst behandelt werden. Immer wiederkehrend ist der *idealistische* Versuch der „Aufhebung" der Trennung von Privatleben und öffentlicher Arbeit: Einerseits aber wird diese Trennung von ihnen bloß nach „innen" gelenkt (etwa „Klassenkampf in der Familie") oder andererseits einfach veräußerlicht (durch Aufstellen formalisierter „rätedemokratischer Modelle").

Unterschätzt wird grundsätzlich, daß diese Fragen keiner *unmittelbaren* Lösung fähig sind. Die Formen der künftigen Gesellschaft können in einer potenziert autoritären kapitalistischen Gesellschaft im Kampf gegen sie zwar erscheinen — aber wegen ihrer notwendigen negativen Beziehung auf die gegenwärtige sind sie nicht voraussetzungslos herbeizudeduzieren; sondern sind von mehr als nur den „Muttermalen der alten Gesellschaft", wie Marx es für die Diktatur des Proletariats formulierte, gezeichnet. Für eine revolutionäre Organisation gibt es keine Gleichung, die lautet: revolutionäre Effektivität = solidarische Organisation = repressionsfreie Gegengesellschaft, obwohl andererseits diese Begriffe keineswegs antinomisch aufgefaßt werden dürfen.

Die Fragen der Organisation sind nur in Ansehung der organisationsbedürftigen Inhalte konkret und richtig zu stellen. Die Technologiediskussion auf der 23. o. DK hat gezeigt, daß aus der Beschreibung der zu organisierenden Inhalte spezifische Arbeitsgruppen, die theoretische Anstrengung und praktische Mobilisierungsarbeit vereinen, abgeleitet werden können.

Aus der Struktur dieser Arbeitsgruppen können für verschiedene Städte regionale und nationale Kooperativmodelle (fortgeschrittenere Gruppen geben anderen Organisations- und Agitationshilfe, kollektive Erarbeitung einer den Aufgaben angemessenen Theorie) entwickelt werden. Diese Ergebnisse müßten die Fortsetzung der DK am 16. November in Hannover insofern determinieren, daß für die verschiedenen Arbeisgebiete (Hochschulen, Betriebe usw.) ähnliche, vom Gegenstand her bestimmte Arbeitsmodelle diskutiert werden, wie es im Ansatz auf dieser DK schon der Fall war. Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Verbesserung der Kommunikations- und Arbeitsmöglichkeiten nicht dekretorisch erreicht werden kann, sondern die notwendige Vorbereitung aus den Gruppen selbst kommen muß. Vor allem die kleineren Gruppen, wenn sie auf verschiedenen Ebenen unter gleichen Bedingungen arbeiten, könnten durch Verstärkung der regionalen Kommunikation die begonnene Emanzipation von den größeren qualitativ vorantreiben. Bei aller Betonung der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit scheint eine „Repolitisierung des BV" (Krahl) unabdingbar. Die nationale Organisation des SDS und internationale Zusammenarbeit kann nicht von einzelnen Gruppen nebenher besorgt werden. Die Pläne für diese Umorganisation des Verbandes waren in einem noch so embryonalen Zustand, daß die Vertagung der DK bis zum November objektiv notwendig geworden war.

Als politische Maxime kann man nach den bisherigen Diskussionen angeben: totale Dezentralisierung führt den Verband zum Chaos, gewaltsame Zentralisierung zur Verdinglichung der Fraktionsgegensätze — mit beidem wäre weder dem SDS noch der gesamten Apo gedient.

D. C.

Film als Kulturgut

zur Lage der universitären Filmstudios

Erklärtes Ziel der universitären Filmstudios war die Emanzipation des Mediums als künstlerisches im Bewußtsein des Kulturpublikums.

Die Studios — die ersten Anfang der fünfziger Jahre gegründet — sind heute an nahezu allen Hochschulen vertreten und zählen zu den etabliertesten Teilen studentischer Verwaltung. Fast ausschließlich auf Studenten zurückgreifend organisierten sie sich ihr eigenes Publikum über die Vorführung auf dem kommerziellen Markt unterdrückter Produktionen. Der Mangel an theoretischer Auseinandersetzung mit dem Medium veranlaßte die Cineasten zur Herausgabe eigener Schriften — Filmstudio, Filmkritik. In Ansätzen entsteht eine eigenständige 16 mm-Produktion, Filmfestivals werden veranstaltet. Notwendig stellt sich als Hauptaufgabe die Aufarbeitung der ausländischen Filmentwicklung, von der man durch den Faschismus abgeschnitten war.

Die Regression des Filmmarktes ließ die wachsende Cineastengruppe — durch das nouvelle-vague-Erlebnis sprunghaft erweitert — kommerziell interessant werden. Ein neuer Typus von Filmtheater findet in dieser Besucherschicht seine ökonomische Basis. Damit geht ein Teil der ursprünglichen Funktionen der Filmstudios an den Marktüber. Überdies etabliert sich die Kritik in der Kulturindustrie, bereichert diese um eine weitere Rubrik. Die Studios drohen hinter ihre Idee zurückzufallen.

Der cineastische Entwurf, die proklamierte Filmkultur, blamierte sich ständig vor der Produktion im eigenen Lande, vor den gesellschaftlichen Verhältnissen unter denen Film gemacht, vertrieben und für die er hergestellt wurde. Weil der cinastische Entwurf wesentliche Teile der gesellschaftlichen Vermittlung filmischer Produktion verdrängt, entgeht er der politischen Herausforderung und kann das Medium als isoliertes aufpräparieren und archivieren, Film wird Bildungsgut.

Um die anstehende Entmythologisierung der von Film-zu-Film-Kritik durchführen zu können, bedarf es aber mehr als nur der mediumspezifischen technologisch-ästethischen Kritik oder der soziologisch-politischen Inhaltsanalyse einzelner Filme, notwendig ist vielmehr das Zurückgehen auf die ökonomische Basis von Produktion und Distribution überhaupt, das heißt die Analyse der Produzentenkartelle, der Verleiholigopole und Kinoketten, also des zugrundeliegenden kapitalistischen Charakters der Produktionsverhältnisse selber. Erst dadurch könnte eine Ideologiekritik wirksam und politische Praxis überführt werden, wie diese in Ansätzen in der Mai-Revolte geschehen ist.

Unter diesem Aspekt gewinnen auch die beschränkten Produktionsmöglichkeiten der Filmstudios ihre Bedeutung: Film als Mittel des politischen Kampfes. Filmische Flugblätter, Dokumentations und Agitationsfilme, Wochenschauen, Filme über Polizeieinsätze etc. Eine weitere Herausforderung der Industrie ist kaum angenommen: Die großen Film- und Fotokonzerne schaffen sich über die Entwicklung des Super-8-Verfahrens einen neuen Markt. Eine halbe Million Ferienfilme innerhalb weniger Wochen, Selbstdarstellung verwalteter Menschen unter Anleitung von Agfa-Color, aber zugleich potentiell die technologische Basis einer sich befreienden Produktion, wozu der amerikanische Untergrund einige Indizien liefert. Diese Möglichkeiten intellektueller und ästethischer Befreiung sollten Anlaß sein zu einer Agitation, die eine politische sein muß, soll sie den Rahmen der Manipulation durchbrechen.

Das tendenzielle Zusammenfallen von Konsument und Produzent könnte sich realisieren in den frankfurter „Schülerprojekt". Eine Schülergruppe — in Zusammenarbeit mit Filmstudenten — produziert Filme für ihre politischen Aktionen. Davon und von dem progressiven Teil der Studentenbewegung ist das *frankfurter Filmstudio* allerdings weit entfernt. Das Abgeschnittensein von der Internationalen Diskussion und Kooperation, das Verharren in traditionellen cineastischen Positionen, der bürokratische Verwaltungsapparat mit seiner elitären Struktur und seiner Kabinettspolitik, die sich im Aufrechterhalten des Kinobetriebs erschöpft, das Brachliegen der Produktion, sowie die Beschränkung auf den Campus sind unmittelbare Folgen der reaktionären Haltung jener, die weniger am Film als am Vorführen interessiert sind. Diesen Apologeten der Projektoren steht eine kritische Minderheit gegenüber die dringend der Unterstützung bedarf.

Die Forderung nach Öffentlichkeit und Aufhebung des repressiven Aufnahmekults bedeutet die Auflösung der oligarchischen Bürokratie zugunsten einer ständigen rationalen Diskussion. Das Ziel muß sein, über die Initiierung von Projektgruppen ein mit außeruniversitären Gruppen zusammenarbeitendes, genossenschaftlich organisiertes „Gegeninstitut Film" aufzubauen.

tz

Freier Markt den Manipulateuren

Bernd Jansen, Arno Klönne, Hrsg., Imperium Springer, Macht & Manipulation, Köln 1968,

Während der SDS den Kampf gegen Springer als einen „Kampf gegen das spätkapitalistische Herrschaftssystem selbst" (22. Delegiertenkonferenz, Sept. 1967) versteht, steht für Jansen „das relativ eng begrenzte Problem einer Demokratisierung der Presse und nicht die grundsätzliche Forderung nach einer Veränderung der Eigentumsverhältnisse" (261) im Vordergrund. Klönne akzeptiert die Parole „Enteignet Springer" nur, indem er ihr eine abgeschwächte Bedeutung unterlegt; sie meine ja doch nichts anderes, „als daß in diesem Falle das Eigentumsrecht zurückzutreten hat gegenüber dem Recht auf freie Information und Meinungsäußerung". (S. 20)

Diese liberale Kritik „akzeptiert den privatkapitalistischen Rahmen und die in ihn eingelassenen Legitimationsmuster, ist aber nicht bereit, die damit gesetzten Konsequenzen tendenziell monopolistischer Konzentration von Produktionsmitteln anzuerkennen" (J. Ritsert, unveröffentlichtes Manuskript). Ihr Angelpunkt — schon im Untertitel des Buches angegeben— heißt Macht und Manipulation, oder „Machtmißbrauch, der die innere Pressefreiheit bedroht" (Jansen, S. 262). Diese scheint nach Klönne noch möglich zu sein, „wenn der Konzentrationsprozeß im Pressewesen wenigstens noch mehrere, in etwa gleichgewichtige Verlagsblöcke oder Zeitungskonzerne nebeneinander existieren läßt" Die Analysen über Pressekonzentration und „Springer-Dominanz" (H. Burkhardt, U. Sander, E. Spoo), über die Springer-spezifische Manipulation (P. Sörgel, J. Holtkamp, R. Lenz, F. Baukloh) und über die besonderen Verflechtungen der Springer-Presse mit der Regierungspolitik (C. Taler, K. Erler, G. Anders) stellen dem Leser Argumentationsmaterial zur Verfügung, wie es in dem bevorstehenden Gerichtsprozessen im Zusammenhang mit den Osterdemonstrationen bestimmt benötigt wird. Sie stellen dar, wie wenig die ökonomische und politische Realität dem Anspruch auf Meinungsfreiheit (Art. 5 (1) GG) und Meinungsvielfalt (Urteil des B.Verf.G. vom 5. 8. 1966, AZ: 1 BrR 586/62, 610/63, 512/64) gerecht wird.

W. Hofmann (Springer als Symptom), J. Huffschmid (Politische Ökonomie des Springerkonzerns) und K. D. Bredthauer (Demokratie — Information — Herrschaft) dagegen stellen — über den liberalen Ansatz hinausgehend, ihre Analysen in einen Rahmen, der gesellschaftliche Strukturzusammenhänge berücksichtigt, für die Springer, Adenauer und Strauß alleine nicht die Schuld tragen.

Huffschmids Beitrag weist ansatzweise nach, wie der Inhalt der Presse bestimmt wird durch ihre Stellung zwischen Inserenten und Lesern und ihre Ausrichtung an der Profitmaximierung. Bredthauer versucht Manipulation weiter zu fassen als nur in mangelhafter oder verfälschter Information: „Der Besitz zureichenden Orientierungswissens ist keine Angelegenheit passiven Zeitungskonsums, und wären unsere Zeitungen auch wahre Wunder an Information; Orientierung ist Tätigkeit." (S. 239) Ohne aber zu analysieren, durch welche Mechanismen „Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung durch Selbstbetätigung des Bürgers in der Gesellschaft, in allen Bereichen der Gesellschaft . . ." (S. 239/40) unmöglich gemacht wird, werden diese Begriffe zum Fetisch abstrakter Kritik und wortradikaler Forderungen.

Die Frage, warum die Springer-Publikationen massenhaft gekauft werden, kann nicht allein beantwortet werden, indem man darauf verweißt, daß das „Verdummungsmonopol" selber durch Manipulation die Bereitschaft, sich manipulieren zu lassen, erzeugt. Die darin mitklingende Parole „Bild macht dumm!" sieht dünkelhaft davon ab, daß viele Menschen aus objektiven Gründen, (z. B. unterprivilegierte Bildung, Abstumpfung im Arbeitsprozeß, Anspannung und soziale Isolierung durch Konkurrenz) auf die BILD-Zeitung oder andere „psychologische Erleichterungen" als Lesestoff angewiesen sind. Eine Analyse der Pressemanipulation müßte, wenn sie den „Zusammenhang zwischen dem Springerkonzern und jener Gesellschaft, in der dieses Imperium groß werden konnte . . . eingehend behandeln" (Vorwort) will, aufzeigen, wie sich im Inhalt der Presse die objektiven Manipulationsmechanismen der kapitalistischen Herrschaft spiegeln.

Heinz Schäfer

DIE ERSTE GROSSE DOKUMENTATION

DM 19.80

Das übersichtliche, reich dokumentierte Handbuch und Nachschlagewerk. Grundlage für alle Fragen der Hochschulreform und der studentischen Opposition. Objektive und umfassende Information über die Situation an den einzelnen Universitäten, Chronologie der »Rebellion«, Entwürfe und Stellungnahme zur Neuordnung und Reform. Unentbehrlich für die Diskussion, die noch lange nicht beendet ist.

DER AUFSTAND DER FRANZÖSISCHEN STUDENTEN

DM 2.80

Die erregende Dokumentation über den Aufstand der französischen Studenten. In Auszügen, Aufrufen, Transparenten, Äußerungen und Schlagzeilen der Presse werden die Vorgänge in Frankreich gegenwärtig. Diese aufwühlenden Texte zwingen zum Nachdenken.

VERLAG KURT DESCH

Ho Tschi Minh

Revolution und nationaler Befreiungskampf

Ausgewählte Reden und Schriften.
Zum ersten Mal in deutscher Sprache: eine umfassende Auswahl von Berichten, Aufrufen, Reden, Briefen und Gedichten des bedeutenden Revolutionärs und Staatsmannes.
384 Seiten. Piper-Paperback DM 12.80

Christian Petry

Studenten aufs Schafott

Die Weiße Rose und ihr Scheitern.
Die Absicht dieses Buches ist es, durch eine gleichsam entmythologisierende Darstellung der Geschichte der ›Weißen Rose‹ die Frage zu beantworten, ob in ihrem Namen damals wie heute politische Revolution und politische Taten möglich, ja überhaupt sinnvoll wären.
260 Seiten, 10 Abb. auf Kunstdruck.
Piper-Paperback DM 14.80

Wilhelm Hennis

Politik als praktische Wissenschaft

Aufsätze zur politischen Theorie und Regierungslehre.
»Die wissenschaftstheoretische Kontroverse im Rahmen der politischen Wissenschaft ist . . . kein akademischer Schulstreit, kein Professorengezänk . . . sondern eine politische Auseinandersetzung um die Zukunft der repräsentativen Demokratie als der gegebenen ›besten Verfassung‹ der westlichen Welt.« *W. Hennis*
270 Seiten. Piper-Paperback
DM 12.80

Ernst Nolte

Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen

Hier geht es nicht um Interpretation und Definition des Faschismus, sondern um seine Entstehung aus den Voraussetzungen des liberalen Systems als der charakteristischen gesellschaftlichen Lebensform Europas.
475 Seiten. Leinen DM 35.–

Ralf Dahrendorf

Gesellschaft und Demokratie in Deutschland

»Dieses Lehrbuch vom deutschen Selbstbild, von deutschem Unvermögen und von deutscher Hoffnung zeigt die Pranke des Löwen.« *Die Zeit*
Piper-Sonderausgabe. 51. Tsd.
520 Seiten. Leinen DM 16.80

Piper

Lieber Bloch . . .

Daß Leopold Sedar Senghor, Präsident der Republik Senegal, den diesjährigen Preis des Deutschen Buchhandels erhält, veranlaßt uns, Ihnen, dem vorjährigen Preisträger, diesen offenen Brief zu schreiben. Wir erhoffen uns von diesem Brief, daß er Sie dazu bewegt, gegen die Preisverleihung öffentlich zu protestieren.

In der Person Senghors verkörpert sich exemplarisch die fortgesetzte Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten und ihre politischen Helfershelfer. Senghor gehört der Minderheit der senegalesischen Ausbeuterklasse an, die seit Generationen das Handelsmonopol mit den europäischen Kolonialherren inne hat, die über mehr als 43 % des kultivierten Landes verfügt, und die formale Unabhängigkeit erkauft hat mit der erneuten, nur verschleierten Verschacherung der Reichtümer des Landes im Rahmen eines Assoziierungsvertrages mit der EWG. Senghor, ein willfähriges Produkt französischer Erziehung, gehört zu denen, die von den alten und neuen Kolonialherren dafür belohnt werden, daß sie die Emanzipation der senegalesischen Volksmassen (über 75 % Bauern) mit allen Mitteln verhindern. Seit 1963 sind außer der UPS — progressistische senegalesische Union, Regierungspartei Senghors — alle anderen Parteien verboten; sie besitzt alle 80 Sitze im Parlament. Jegliches Streikrecht ist abgeschafft (Gesetz „Galenen Senghor"); zu Zwangsarbeit werden die verurteilt, die ihre Steuern nicht bezahlen können. Die Universitäten sind bis heute den Interessen der alten französischen Kolonialherren unterworfen. Alle Professoren werden von Frankreich ausgewählt und ernannt. Senegalesische Studenten dürfen nicht ohne Zustimmung der Franzosen an ausländischen Universitäten studieren. Der Protest der Studenten gegen die reaktionäre Politik Senghors hat zu folgenden Repressionen faschistischen Typs geführt: Erklärung des Ausnahmezustandes, Sondergesetze gegen „aufrührerische Gruppen, Versammlungsverbot, Vertreibung der Studenten aus der Cité Universitaire (1 Toter, mehrere hundert Verletzte), Ausweisung ausländischer Studenten, Schließung der Universität Dakar auf ein Jahr, Verhaftung und Einziehung von Hunderten von Studenten zur Armee, Einrichtung eines Sondergerichts, das 162 Studenten und Gewerkschaftler aburteilen soll.

Dies dient dem Macht- und Profiterhalt Senghors und seiner ausländischen Kapitalgeber (vor allem Frankreich, BRD, USA); in einem Staat, in dem auf dem Lande 95 % der Erwachsenen Analphabeten sind, wo im Buschland kein einziges Krankenhaus existiert, in dem Hungerlöhne, Überlänge der Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit zur systematischen Auspowerung der dahinvegetierenden Volksmassen benutzt werden. Zum Beispiel arbeiten in den Sardinenfabriken die Frauen stehend von 7 bis 20 Uhr, oft sogar bis Mitternacht, zusammengepfercht und unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Kein Monatslohn übersteigt den Wert von DM 70,—. Weder Kinder, noch schwangere Frauen sind von dieser Ausbeutung ausgenommen.

Im Namen des europäischen Kapitals und unter den Formeln von „Negritude" und „Francophonie" verteidigt und vertreibt der Dichter und Diktator Senghor die wachsende Verelendung des senegalesischen Volkes.

SENGHOR:
„Die Geschichte hat uns an Europa gebunden, ob wir wollen oder nicht."

„Wir sind im französischen Kral aufgewachsen, und letzten Endes ist darin gut leben."

„Obwohl wir Frankreichs Politik in der Vergangenheit oft verachtet haben, und wir durch sie gezwungen wurden, uns europäische Zivilisation anzueignen, hat sie am Ergebnis mit einer Plus-Bilanz abgeschlossen. Das hat unseren Sinn für die Negritude befruchtet. Heute drückt sich unsere Negritude nicht mehr als eine Opposition zu den europäischen Werten aus, sie ist vielmehr eine Ergänzung hierzu. Von jetzt an können die Verfechter der Negritude versichert sein, wie ich es schon oft gesagt habe, daß sie nicht assimiliert werden, sondern selber assimilieren."

Was dies politisch bedeutet, beschreibt Frantz Fanon so: „Der Führer beruhigt das Volk. Unfähig, es zu einem konkreten Werk aufzufordern, unfähig, ihm wirklich die Zukunft zu öffnen, es auf den Weg des nationalen Aufbaus, also seines eigenen Aufbaus zu führen, wird er noch Jahre nach der Erringung der Unabhängigkeit nur immer die Geschichte der Unabhängigkeit wiederkäuen, an die heilige Vereinigung des Befreiungskampfes erinnern. Weil er sich weigert, die nationale Bourgeoisie zu vernichten, verlangt er vom Volk, zur Vergangenheit zurückzukehren und sich an dem Epos zu berauschen, das zur Unabhängigkeit geführt hat. Er bremst das Volk, objektiv, und bemüht sich eifrig, es entweder aus der Geschichte zu vertreiben oder nicht in ihr Fuß fassen zu lassen."

„Die gestaltlose Masse des Volkes wird als blinde Kraft angesehen, die man entweder durch Mystifizierung oder durch Furcht vor den Polizeikräften ständig im Zaume halten muß. Die Partei dient als Barometer, als Nachrichtendienst. Der Militant wird in einen Denunzianten verwandelt. Man betraut ihn mit Strafaktionen gegen rebellische Dörfer. Die ersten Ansätze von Oppositionsparteien werden mit Stockschlägen und Steinwürfen vernichtet. Die Kandidaten der Opposition finden ihre Häuser in Brand gesteckt. Die Polizei greift zu Provokationen. Unter diesen Umständen ist die Partei natürlich eine Einheitspartei und 99,99 % der Stimmen entfallen auf den Regierungskandidaten."

Und es ist nur logisch, wenn die europäischen Kapitalherren und Politiker ein politisches Interesse an Senghor haben, der ihnen die ökonomische Ausbeutung garantiert und den man billigerweise mit Profitbeteiligung und Dekorationen bei Laune hält. Nur folgerichtig ist es, wenn Senghor nun den Friedenspreis erhält, denn er sichert den Frieden des westdeutschen Kapitals, nachdem er bereits 1961 zum Mitglied der Bayerischen Akademie der Schönen Künste ernannt wurde, denn seine Lyrik adelt die Kunst der Ausbeutung.

Bis 1962 hatte sich die BRD mit 200 000 000 $ am Kredit und Hilfsfond für die der EWG assoziierten afrikanischen Länder beteiligt; im Frühjahr 1965 erhielt Senegal eine Zusage von 25 000 000 DM aus der BRD. Im Rahmen der EWG und NATO beteiligt sich die BRD direkt am Ausbeutungs- und Unterdrückungsgeschäft auf Kosten der Dritten Welt. Ebenso wie Frankreich seine ökonomischen Interessen in Afrika strategisch und militärisch absichert (noch vor weniger als 2 Wochen wurden französische Fallschirmjäger im Tschad eingesetzt; 1961 sicherte französische Gendarmerie Senghors Machtposition), leistet die BRD Wirtschafts- und Waffenhilfe z. B. an den Sudan und Portugal, mit der die Befreiungsbewegungen bekämpft und zerschlagen werden sollen.

Sie, Ernst Bloch, haben den Friedenspreis des deutschen Buchhandels im vergangenen Jahr erhalten. In Ihrer Rede in der Paulskirche haben Sie sich für diesen „markanten Preis" bedankt. Ein markanter Preis in der Tat; um so kritischer sollten Träger und Funktion des Preises angesehen werden. In diesem Jahr fiel die Wahl auf den senegalesischen Diktator Leopold Sedar Senghor. Als einen praktischen politischen Beitrag zum Thema „Widerstand und Friede" halten wir es für unsere Pflicht, uns nach Kräften diesem politischen Schachzug zu widersetzen, der genau zu jenem Zynisch-Autoritären gehört, das, wie Sie in Ihrer Rede ausgeführt haben, „der linken Jugend in der Welt unerträglich geworden ist". Wir sind überzeugt, daß in einer grundsätzlich als veränderbar angesehenen Welt die vernünftige Einsicht allein nichts vermag ohne die von ihr bestimmte Tat. Sie schlossen Ihre Rede mit dem Ausruf: „Es lebe die praktische Vernunft!" — Nicht als bloßes Spiel mit Begriffen, sondern als unsere ernsteste Aufgabe verstehen wir es, wenn wir hinzufügen: Es lebe die vernünftige Praxis!

Und deshalb — mag es noch so hybrid klingen — fordern wir Sie auf, sich in angemessener Weise von der diesjährigen Verleihung des „Friedenspreises des Deutschen Buchhandels" zu distanzieren — oder doch wenigstens öffentlich zum Problem Stellung zu nehmen.

SDS Tübingen

„Belagert die Buchmesse! — Besetzt die Paulskirche!" (SDS-Flugblatt)

Nach dem Wochenende:
„OB: Buchmesse nicht gefährdet" — „Littmann: Polizei muß ihre Taktik ändern" — „Verleger greifen Messeleitung an" — „Verlegerboykott geplatzt" — „Aussteller trotz Krawalle und Besucherrückgang sehr zufrieden" — „Senghor ist ‚sehr belustigt' " — „Hessen will härter gegen Randalierer vorgehen."
(Frankfurter Zeitungen)

Der Angriff der

Einer der wenigen konkreten Beschlüsse der 23. DK des SDS war, sich durch eine Demonstration gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an L. S. Senghor zu wenden. Zwar hatten sich aus der Diskussion der vergangenen politischen Arbeit kaum Ansätze für eine Reorganisation des Bundesverbandes und der einzelnen Gruppen ergeben und man war sich einig darüber, daß der Aktionsdruck des letzten Semesters (Springer, Antinotstand, Hochschulen) tendenziell zersetzend auf den organisatorischen Zusammenhalt von SDS und APO wirkte.

Dennoch wäre es falsch gewesen, mit weiteren Aktionen so lange warten zu wollen, bis abstrakte Organisationsmodelle per Dekret oder per moralischem Appell sich durchgesetzt hätten. Zum einen, weil unser „Voluntarismus und die von ihm getragenen Aktionen das Medium darstellen, in dem die Widerstandsbereitschaft überleben kann"; zum andern, weil nur durch sie, d. h. hier: Senghor-Demonstration wie auch die anlaufende Justizkampagne Organisationsfortschritte in Gang gesetzt werden können.

Die Buchmessenaktionen wie die Senghor-Demonstration sind daher unter zwei prinzipiellen Aspekten zu legitimieren und auszuwerten:
1. im Rahmen einer objektiven Analyse des politischen und ökonomischen Zusammenhangs, in dem die Ziele unserer Aktion zu interpretieren sind; 2. im Rahmen der organisatorischen Voraussetzungen und Konsequenzen. Beide Aspekte verweisen wohl aufeinander, sollen aber zunächst getrennt diskutiert werden.

Für die politische Legitimation und Interpretation kann der Hinweis auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Senegal und die Rolle Senghors als Rechtfertigungsideologe des Neokolonialismus und Verbündeter des westeuropäischen Imperialismus nicht genügen. Da dieser sozial-ökonomische und politische Zusammenhang an anderer Stelle in dieser Ausgabe*) schon näher dargestellt ist, soll hier nur kurz auf den Stellenwert unseres praktischen Angriffs innerhalb der Entwicklung der APO-Aktionen eingegangen werden.

Er unterscheidet sich inhaltlich nämlich kaum von den Demonstrationen gegen Tschombé und Reza Pahlewi in Westberlin; sein Ziel mußte sich ähnlich wie die Vietnam-Demonstrationen auf Aufklärung und Demaskierung hiesiger wie überseeischer Zustände beschränken. Andererseits ging in die subjektiven wie objektiven Voraussetzungen dieser Aktion die Erfahrung, des Vorbildcharakters von Osterunruhen und Anti-Notstandskampf ein: ein offensiver Widerstand, geführt mit einer Militanz, die nicht nur von der Polizei diktiert wurde.

Die Gefahr liegt jedoch darin, daß nun jegliche Auseinandersetzung, abstrahiert von ihrem politischen Inhalt und Stellenwert, nur noch in den Formen schon erreichter Kampfdemonstrationen vorstellbar scheint und daß unmittelbare Konfrontation mit der Polizei allein die Kriterien bestimmt, nach denen wir hinter das Niveau der Bewegung ‚zurückfallen' oder nicht. Hier macht sich der Mangel eines auch nur grob bestimmten politisch-strategischen Rahmens bemerkbar, innerhalb dessen die einzelnen Aktionen ihre spezifische Bedeutung bekommen. Ohne ihn gerät auch eine Diskussion über den für diese Aktionen nötigen organisatorischen und technischen Aufwand leicht zu aktionistischem Geschwätz.

In den zwei Vorgesprächen und einer SDS-MV sollte eben diese vorbereitende strategisch-taktische Diskussion geführt werden. Abgesehen davon, daß der größere Teil der aktiven Genossen zunächst selber agitiert resp. mit der Argumentationsstruktur gegen Senghor und den Börsenverein vertraut gemacht werden mußte, war für Freitag und Sonnabend eine Eskalation einleitender ‚Veranstaltungen' geplant: am Freitag ein nicht angesagtes ‚Happening' anläßlich des Erscheinens von F. J. Strauß auf der Buchmesse, bei dem ein auf Sonnabend und Sonntag hinweisendes Flugblatt verteilt wurde. Gleichzeitig sollte es den Charakter der Börsenvereinspolitik wie den der Buchmesse selbst kennzeichnen. Dank des prompten Eingreifens der hessischen Polizei, die zu diesem Zweck ein kleines Kontingent aus ihrem Messe-Heerlager in die Halle 5 abkommandierte, um die halbstündige Anwesenheit von Strauß zu sichern, veröffentlichte die Frankfurter Presse eingehende Berichte samt den Ankündigungen fürs Wochenende. Nachdem das Teach-In am Samstag nach zweistündiger Polizeiabsperrung noch pünktlich in Halle 6 zustande kam; nachdem erstmals Parolen wie ‚Polizei- und Notstandsmesse' nicht nur unter Demonstranten die Runde machten; nachdem vor dem Diedrichs-Verlags-Stand in weiteren zwei Stunden die Anti-Senghor-Argumentation einigermaßen entfaltet werden konnte (zwei weitere Probleme waren uns erspart geblieben: Konfrontation mit der Polizei, Entscheidung über das eventuelle Angebot einer besonderen ‚Diskussionshalle'), waren die *geplanten* Vorbereitungen für Sonntag abgeschlossen. Doch schon der Ablauf der beiläufig projektierten Agitation auf den abendlichen Verlagsempfängen hätte uns auf einen ersten, recht wichtigen Mangel in unseren Voraussetzungen verweisen müssen: statt in kleineren Gruppen gleichzeitig an verschiedenen Orten aufzutauchen und die Widersprüche der literarischen Öffentlichkeit zu aktualisieren, wurden große Ansammlungen von Genossen daraus, die ohne gezielte Argumentation, meist sprachlos, unpolitische Happenings für die bürgerliche Presse produzieren (Hanser, Luchterhand, Suhrkamp, Intercontinental).

Organisatorisch gewendet: die Herausbildung kollektiver Zusammenschlüsse zu selbständigen Aktionseinheiten erfolgt nicht automatisch angesichts abstrakter Notwendigkeit, sozusagen über Nacht; der aktuelle Zustand der APO-Struktur darf bei der Erörterung der Demonstrations-Mittel nicht unberücksichtigt bleiben.

Selbst wenn diese Aktiönchen geglückt wären, hätten wir bis Sonnabend nur erreicht: 1. die Bekanntgabe des Sonntag-Termins, 2. die Legitimation vor einer beschränkten, wesentlich durch die Buchmesse bestimmten Öffentlichkeit (die Presse hatte erwartungsgemäß nichts über die Inhalte unseres Angriffs berichtet), 3. die Mobilisierung des in Frankfurt gerade anwesenden, eh schon aktiven Oppositionskerns. Dagegen waren weder Flugblätter gezielt vor Betrieben und in der Stadt verteilt worden; desgleichen fehlten Wandzeitungen.

Von der MV waren die politischen Ziele der Demonstration einigermaßen bestimmt worden: die „feierliche Zusammenkunft von Spitzenmanagern der Politik, der Wirtschaft, des Kultur-Betriebs zur Belobigung eines ihrer treuen Verbündeten in der Dritten Welt zu stören, möglichst von vornherein zu verhindern. Das bedeutete einen nicht nur verbalen, sondern tätlichen Angriff auf die Veranstaltung dieser Clique, wie auch die demonstrative Zerstörung der Ehrfurcht, mit der Straßenpassanten wie Fernsehzuschauer kaninchengleich die Versammlung der über sie Herrschenden betrachtete.

Der Stellenwert dieser Aktion im Zusammenhang unserer gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem ‚autoritären Staat' war jedoch merkwürdig im Dunkeln geblieben. Unter Berücksichtigung des aktuell politischen Rahmens (erneuter Versuch zur Isolierung des SDS und Zerschlagung der Justizkampagne; Wahlkampf in Hessen — SPD-Wahlpolitik) war trotz der Anwesenheit ausländischer Presse und trotz literarisch-halblinken Publikums mit einem relativ harten Einsatz der Polizei von vornherein zu rechnen. Es war klar, daß die Ordnung in der Messestadt Frankfurt aufrecht erhalten werden sollte, daß die *politische* Ehrung (im Gegensatz zur Preisverleihung an Ernst Bloch) unter allen Umständen stattzufinden hatte.

Dennoch beschränkte sich die praktische Vorbereitung auf den Appell, doch wieder die Schutzhelme mitzubringen. Nach den voraussehbaren, jedoch nicht eingeplanten Konsequenzen unserer Störaktion sollte dann *irgendwie* zur Gegenpreisverleihung übergegangen werden. Aus dem demonstrationstechnischen (d. h. nicht nur deklamatorischen sondern praktisch durchsetzbaren) und auch der politischen Bedeutung dieses Ereignisses adäquaten Ziel: Verhindert (bzw. Verzögert) die Preisverleihung! wurde auf die nicht mehr diskutierte Anregung eines „Spitzengenossen" hin die ‚radikale' Forderung: „Besetzt die Paulskirche!" Deren Undurchsetzbarkeit war zwar allen Strategen bewußt; sie bestimmte aber nicht nur den technischen Aufwand der Polizei mit (was ja ‚erheiternd und lehrreich' für alle Beteiligten hätte sein können), sondern wurde auch von der Masse der Demonstranten, denen das Maß an Bedeutung unserer Aktion noch unklarer sein mußte als den meisten Genossen, als im Ansatz doch ernstgemeint und stimulierend aufgenommen.

Als sich diese, leider auch im soziologischen Sinn: Masse von 2000 Leuten gegen zehn Uhr am Römer versammelte und sich einer hermetischen Rundumsicherung der Paulskirche durch massiven Polizeieinsatz gegenübersah, waren folgende technische Minimalvorbereitungen nicht getroffen: 1. zweckmäßige Demonstrationsbekleidung incl. Helmen und wasserdichten Mänteln (ein Ausdruck auch der Unsicherheit gegenüber dem Charakter der bevorstehenden Aktion); 2. die konkrete strategische Planung (Lageplan der Umgebung der Paulskirche — Zufahrtswege, alternative Demonstrationsobjekte im Fall der Nichtrealisierung des ursprünglichen Ziels, genügend Megaphone zur Information und Dirigierung der Demonstrationsgruppen): 3. die agitatorische Absicherung der Aktion am Ort der Tat selber (Flugblätter für die zuschauende Bevölkerung, evtl. für Polizisten und Reporter; viele Zuschauer meinten gar, wir seien gegen einen Neger als Preisträger).

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE
SCHUMANN U. COBET
FFM · BÖRSENSTR. 2-4 · TEL. 281494

Aus der Welt der Justiz

Der Pflüger-Prozeß war der Auftakt zu einer nahezu unüberschaubaren Prozeßwelle gegen Teilnehmer an recht unterschiedlichen Demonstrationen (Buchmesse, Carlo Schmid, Ostern, NS-Gesetze). Die Aktionen während dieses Prozesses, unvorbereitet und spontan, zeigten erste Ansätze einer Strategie vor Gericht.

Zur Öffentlichkeit des Verfahrens

Bei der Verhandlung gegen P. bestand im Gerichtssaal, der 90 Zuschauer faßt, die Öffentlichkeit aus 28 Polizeischülern in frischem Zivil, 27 Schülern eines Frankfurter Wirtschaftsgymnasiums und den einschlägigen Herrn vom Verfassungsschutz und der PoPo, die die wenigen „Angehörigen der APO" (ca. 15—20) registrierten. Die Schulklasse war schon zwei Wochen vorher für diesen Prozeß angemeldet. Bei anderen Verfahren waren oft wie selbstverständlich größere Säle auch außerhalb des Gerichtsgebäudes gefunden worden.

Nahezu 200 Interessenten erhielten keinen Einlaß. So entstand in den Gängen des Gerichts eine spontane Demonstration gegen die Manipulation der Öffentlichkeit und die bevorstehenden politischen Verfahren mit Sprechchören wie „Im Namen des Volkes — Klassenjustiz" oder „Freiheit für Cohn-Bendit, Freiheit für Pflüger". Innerdienstlich zwar gewarnt, erschienen auch Richter und andere Angehörige der Justiz bei den Demonstranten, und es entwickelte sich ein teach-in über die autoritären Normen des Strafgesetzbuches und ihre Anwendung in einem Staat, der mit dem Anspruch, demokratisch strukturiert zu sein, auftritt. Erstmals konnte im Gericht selber eine nun auch konkrete Diskussion über die Mechanismen der Justiz und ihre Aufgabe, zusammen mit Maßnahmen anderer staatlicher Organe jede wirksame demokratische Opposition zu bekämpfen, öffentlich geführt werden.

Zur Unabhängigkeit des Gerichts

Gegen die Demonstrationen im Gerichtsgebäude handelte als erster Rechtsanwalt Raabe, indem er die Verteidigung niederlegte, da die Unabhängigkeit des Gerichts nicht mehr gewährleistet sei. Staatsanwalt und Gericht sahen diesen „Eckpfeiler unserer pluralistischen Gesellschaft" (Raabe) noch nicht als gefährdet an, da doch im Saale Ruhe herrsche. Doch dann stellte sich die Unabhängigkeit der Justiz selber dar: Daß es im Verfahren gegen P. mehrmals zu Beifallskundgebungen für den Angeklagten kam, reichte dem Vorsitzenden Schwalbe, die „Mitte des Saales" räumen zu lassen. Den 30 gerufenen Bereitschaftspolizisten schien der Begriff Mitte unklar, so daß StA Uchmann, auch bekannt als „Wolfgang der Greifer", konkretisierend zu Hilfe kam und, unzuständig zwar, die Anweisung gab, ab „Ortmeyer, Riechmann, Schauer und die Reihe dahinter" aufzuräumen. Wassermanns Analyse traf zu: Der SDS war hierbei „offenbar nicht in der Lage, zwischen unabhängigem Gericht und Anklagebehörde zu unterscheiden" (FR v. 17. 9. 1968).

Fernseh- und Zeitungsreporter hielten diesen Augenblick im Bild fest, zumal der Einzug der Polizei in den Gerichtssaal darauf hinwies, daß man z. Z. nicht zur Sache verhandelte. Sie wurden in einen Haftraum geführt. Die zufällig mit hineingeratenen Polizeifotografen durften die Kammer auf der Rückseite verlassen. So brauchten die polizeilichen Auftraggeber die gerichtliche Ordnungsstrafe nicht für sie zu bezahlen.

Prozeßstrategie

OStA Rahn und OStA Großmann gaben am 29. 8. einen Überblick über die gerichtlichen Folgen der Osteraktionen. Die Verfahren, bei denen z. T. schon die Termine anberaumt seien, sollten zwischen dem 23. 9. und dem 18. 11. verhandelt werden, um ein „Grundsatzverfahren" gegen „Krahl" und andere „prominente Studentenführer" vorzubereiten (FR v. 30. 8. 1968). Die dabei getroffene Feststellung der Anklagebehörde, daß die 66 Verfahren gegen Polizeibeamte kaum durchzuführen seien, da eine Identifizierung der beschuldigten Polizisten kaum möglich sei, ist ein weiterer Hinweis dafür, daß „Unabhängigkeit der Rechtspflege" oder „Öffentlichkeit des Verfahrens" nur Postulate sind, nicht Realität. Die „erste SDS-Aktion gegen die Frankfurter Justiz" (FR) hat dies ansatzweise deutlich gemacht.

Die weiteren Aktionen müssen zeigen, daß diese politischen Prozesse nicht gegen einzelne geführt werden, sondern gegen das Kollektiv APO.

1. Die Solidarität, die sich bei Aktionen herstellt, muß sich auch im Gerichtssaal beweisen. Der Angeklagte darf nicht allein gelassen werden, er kann z. B. mit der Öffentlichkeit von den Zuschauerbänken her sich dem Verfahren stellen.

2. Das Ritual des Strafverfahrens ist repressiv, es muß so aufgehoben werden, daß der Angeklagte seine Unsicherheit verliert und frei argumentieren kann: sitzenbleiben, wenn das Gericht kommt oder bei Vereidigungen, Beifalls- oder Mißfallensäußerungen, die nicht gleich zur Räumung des Saales führen, sind einige Mittel dazu.

3. Der Angeklagte hat sich nicht allein gegen den Vorwurf, Straftaten begangen zu haben, zu verteidigen, sondern muß sein Verhalten politisch legitimieren und dem Staatsanwalt nachweisen, daß eine politische Minderheit nicht einmal ihre durch das Grundgesetz garantierten Rechte ausüben kann.

4. Außerhalb des Verhandlungssaals, im Gericht, auf der Straße oder im juristischen Seminar der Universität, können während des Prozesses Aufklärungsveranstaltungen stattfinden; mit den Pressevertretern muß über das Verfahren diskutiert werden.

5. Da die Justiz die illegalen Festnahmen und brutalen Prügeleien, mit denen wir eingeschüchtert werden sollen, systematisch deckt, müssen wir selbst in eigenen öffentlichen Verfahren den Terror der Staatsgewalt aufdecken.

Matthias Beltz

Der Pflüger-Prozeß ist inzwischen mit Freispruch ausgegangen. Über ihn und die anderen Prozesse, die ihm folgten, werden wir in der nächsten Nummer ausführlich berichten. Die Red.

Die Gerichtsverfahren kosten Geld. Geldspenden, über deren Verwendung öffentlich Rechenschaft abgelegt wird, bitte an:

Republikanische Hilfe

6 Frankfurt am Main
Wilhelm-Hauff-Straße 5

Betr.: Rechtshilfefonds
Konto: Dresdner Bank
Frankfurt am Main
Nr. 282 880

leichten Brigade

Darüberhinaus machte sich die schon so oft beklagte und im Zusammenhang mit den Verlagsabend-Happenings bereits erwähnte „mangelhafte Herausbildung von arbeitsteiligen Strukturen im SDS" in mehrfacher Hinsicht bemerkbar:

1. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Zentren der Auseinandersetzung klappte nicht; 2. Die mögliche Ausrüstung und ‚Bewaffnung' der Demonstranten war dem Einfallsreichtum des je Einzelnen überlassen (Farbeier mit wasserunlöslicher Farbe gegen die Sichtscheiben von Wasserwerfern, Tomaten gegen einziehende Prominenz, Murmeln gegen die Polizeipferde, Transistorgeräte zum Abhören des Polizeifunks, Taschentücher oder Mullbinden mit Zitronensäure gegen das Tränengas — in dem am Sonntag verschossenen schien darüberhinaus Chlor o. ä. enthalten zu sein); 3. Die, wenn auch schon als neues Element bemerkenswerte Gefangenenbefreiung blieb deshalb sporadisch, da nur wenige Demonstranten sich in untereinander bekannten Gruppen bewegten, vielmehr vereinzelt herumliefen (die übelsten „Übergriffe" und „Säuberungen" der Polizei fielen denn auch zeitlich mit der Auflösung von Demonstrationsblocks zusammen) und da die kollektive Solidarität gegenüber praktisch pazifistischem und rechtsstaatlichem Verhalten noch nicht groß genug ist.

Als marginale Lehren vom Sonntag mögen noch gelten:

a) daß man sich bei kommenden Kampfdemonstrationen zur Verteidigung gegen die permanent rechtswidrigen Angriffe der Polizei eventuell selbst mit Tränengaspistolen und -granaten versorgt.

b) daß man sich mit geeigneten Mitteln (Stöcke, gepolsterte Jacken, Nackenschutz, Helme) gegen die ärgsten physischen Schäden durch Polizeiknüppel schützt,

c) daß man vor allem vorher die Anschriften von geeigneten Rechtsanwälten und auch Ärzten veröffentlicht (um eine sofortige Behandlung und die Erstellung von Mißhandlungsattesten zu gewährleisten — einige Genossen können von einer „Behandlung" in der Uni-Klinik berichten, die solche Vorsichtsmaßnahmen nötig machen).

Auch fast alle strategischen Fehler sind schließlich auf die mangelnde Vorbereitung zurückzuführen.

A. Wir wußten nicht und konnten so nicht verhindern, daß der größte Teil der Taxis wie auch die Staatskarossen durch die Münzgasse/Limpurgergasse und unter der Tordurchfahrt des Rathauses hindurch in das abgesperrte Gebiet einfuhr. Dort war eine der polizeilich geplanten „Durchschlagstellen"! —

B. Nachdem um 11 Uhr fast alle Gäste sicher in der „Oase des Friedens" (FNP) gelandet waren, kam eine koordinierende Diskussion nicht zustande. Die zwei Durchbruchsversuche sind z. T. mit der nun eintretenden Frustration und der Unklarheit über die weiteren Ziele zu erklären; angesichts des organisatorischen Zustands der Demonstranten und ihres Kräftepotentials gegenüber der Polizei waren sie unsinnig (insbesondere natürlich eine Einzelaktion, wie sie Danny versuchte).
Ein weiterer Faktor für derartiges Verhalten (auch vor den Absperrungen des Frankfurter Hofs wurde ernsthaft ein Durchbruchsversuch diskutiert) mag eine masochistische Disposition der Demonstrierenden sein, in der sich der Wunsch nach „sinnlich-manifester" Erfahrung der Staatsgewalt verselbständigt. Bisher jedenfalls kam immer die erste, eingezwängte und völlig wehrlose, Demonstrationskette in den Genuß der Knüppel, während die hinteren nachdrängten und „vorwärts" schrien.

C. Die Verlegung der Demonstration zum Haus des Börsenvereins bzw. dann zum Frankfurter Hof war endgültig dem Zufall überlassen; sie glückte nur partiell.

In den Räumen des Börsenvereins, die man besetzen wollte, um dort den Gegenpreis zu verleihen, wäre die dazu nötige Öffentlichkeit gerade ausgeschlossen worden. Außerdem hätten wir darin gesessen wie in einer Mausefalle. Endgültig wurde der Plan einer Besetzung aber erst aufgegeben, nachdem der schon eingedrungene Teil der Demonstranten den vorgesehenen Saal verschlossen fand.

D. Sinnvoller war dann schon die Belagerung des Frankfurter Hofs, um der Festgesellschaft wenigstens das Essen zu versalzen. Doch hier war das abzuriegelnde Gelände noch umfangreicher; zudem wußte niemand von den möglichen Anfahrtswegen Senghors. Die offensiven, d. h. zur Versperrung der Zufahrtswege errichteten Barrikaden aus Stühlen, Brettern und Pflastersteinen waren zu spärlich, als daß sie den Räumkommandos Schwierigkeiten gemacht hätten, während die später während unseres Rückzugs etappenweise aufgebauten Straßenhindernisse immerhin der Funktion der Selbstverteidigung gegenüber der angreifenden hessischen Kavallerie hatten. Endeffekt: das Essen verzögerte sich um zwanzig Minuten.

E. Der Abzug zum Messegelände war zwar vereinzelt diskutiert und für sinnvoll befunden worden, ging aber in keiner Weise koordiniert mehr vor sich: für viele der Demonstranten war die Aktion beendet; für die Polizei nicht. Ähnlich wie die vom Frankfurter Hof in Richtung Main abziehenden, vereinzelten Heimkehrer wurden auch die unstrukturiert vorm Messegelände sich bewegenden Grüppchen und Einzelgänger besonders heftig von der Polizei angegriffen, verprügelt und verhaftet.

Nicht nur durch den Terror, auch durch die Lageplanstrategie war die Polizei uns überlegen: klassisch einfach und erfolgreich. In der Anlage war sie vor der Paulskirche und vorm Frankfurter Hof gleich:

a) Während die beiden größten Demonstrantengruppen an der Paulskirche offensichtlich gefesselt waren vom Anblick der Polizistenmassen hinter den Absperrungen zur Berliner Straße und zur Neuen Kräme, war als „Durchschlagstelle" die schon beschriebene Anfahrt über Münzgasse/Limpurgergasse vorgesehen. Diese Einfahrt wurde kaum geschützt: lediglich eine Reitertruppe wartete auf den für die Ankunft der Staatskarossen geplanten Ausfall. Zusätzlich erfolgte ein (mangels anwesender Demonstranten unnötiges) Ablenkungsmanöver, indem sich eine motorisierte Polizeikolonne (parallel zur Münzgasse) durch die Bethmannstraße in Richtung Paulskirche bewegte.
b) Als „Durchschlagstelle" zum Frankfurter Hof hatte die Polizei die Einfahrt vom Kaiserplatz in die abgesperrte Friedensstraße vorgesehen, während die Demonstranten, vom Börsenverein kommend, an der entgegengesetzten Seite des Hotels aufmarschierten. Der größte Teil blieb vor den Absperrungen der Bethmannstraße (I) (an der der Hintereingang des Frankfurter Hofs liegt) stehen, ein kleinerer zog weiter zur Ecke Weißfrauenstraße/Friedensstraße (II) und ballte sich dort vor den Polizeiketten. Dies waren nun die „Zentren" der Auseinandersetzung. Nur ein unbedeutender Rest bewegte sich weiter um das Hotel herum zum Kaiserplatz. Während des Barrikadenbaus und der Straßenabsperrungen fluktuierten zuschauende Demonstranten zwischen den Punkten I und II. Am Punkt I ließen sie sich auf den Angriff der Polizei mit Wasserwerfern und vorrückenden Ketten ein und hatten gar noch das Bewußtsein, dort „gegnerische Kräfte zu binden"; die Polizei dachte anders darüber. Der tatsächliche Anfahrtsweg Senghors und seiner Gastgeber (Mainzer Straße, Kaiserstraße, Kaiserplatz) war dann schnell freigeritten und -geprügelt.
Gleichwohl zeigten sich Schwächen der polizeilichen Planung. Einer Gruppe von Demonstranten gelang es, den ersten Wagen der die Mainzer Straße herauffahrenden Kolonne zu stoppen, indem sie ein Straßenbaugitter davor war. Eine weitere Gruppe hatte den Einfall, ein Teerfaß vor den Wagen Senghors zu rollen, nur die aktuelle Gefahr, sich einer sofortigen Verhaftung auszusetzen, hinderte sie daran. Auch konnte einem Fähnlein von fünf Polizisten, die sich zu weit von ihrer Einheit entfernt hatten, ein bereits Verhafteter wieder entrissen werden. Andere Höhepunkte spontaner Selbsttätigkeit und Aggressivität blieben dagegen ohne strategischen Sinn: etwa die Barrikade quer über die Berliner Straße; die Benzinleitung aus einem Pkw des hessischen Rundfunks wurde herausgerissen und das auslaufende Benzin in Brand gesteckt; man versuchte danach, den großen Übertragungswagen umzustürzen. Auslösung und Effekt solcher Bemühungen lassen sich wiederum wohl nur in psychologischen Kategorien begreifen; Militanz und Kraftaufwand mußten der Bedeutung des Anlasses unangemessen bleiben.

Quasi naturwüchsig verlängerte sich die Mobilisierung gegen die „friedlichen" Geschäfte von Buchbörsenmaklern, Politikern und Kompradoren in die Justizkampagne: erneut wurde durch zahlreiche Verletzte und 27 Festgenommenen (die mit neuen Verfahren zu rechnen haben) das Zusammenspiel von Administration, Polizei und Justiz, von Exekutive und Judikative dokumentiert. Eine Dokumentation, deren politische Wirksamkeit aber recht zweifelhaft ist.

Es wird nötig sein, vor jeder Aktion ihren politischen Stellenwert mit dem einzusetzenden technischen Aufwand (den ich in Umrissen — ex negativo — darzustellen versucht habe) und den zu erwartenden Folgen (Polizeiterror und Massenanzeigen) zu vermitteln. Das aber setzt etwas mehr Klarheit über den theoretischen und praktischen Rahmen, in dem jene zu bestimmen wären, voraus.

Zudem ist eine paramilitärische Konfrontation nicht das Kriterium für jede gelungene Kampfdemonstration, falls man schon eine solche für notwendig und durchführbar erachtet. Auch weniger „militante", eher die Schwächen unseres Gegners treffende Aktionen könnten oft schon entlarvende und demonstrative Funktionen erfüllen. Andererseits läßt sich abstrakt schon sagen, daß wir nicht alle jene Ziele aus der politischen Diskussion ausschließen können, denen militante Aktionen angemessen sind. Alle diese Aktionen müssen dann aber von vornherein als aggressive definiert und umfangreich geplant werden. Nur auf der Basis einer vorbereitenden Organisation wird sich dann sinnvoll gerichtete Spontanität entfalten können. Wie sehr technisch wirksame Selbstverteidigung dabei notwendig sein wird, beweisen die Äußerungen von Polizeipräsident Littmann, nach denen man in Zukunft von Anfang an nicht mehr auf Absperrungen und Gebäudeschutz beschränken wolle.

Welche Folgen eine konsequent eskalierte Polizeistrategie ohne eine ihr einigermaßen gewachsene Gegenstrategie haben würde, lassen die vergangenen Aktionen ahnen.

Fritz Glöde

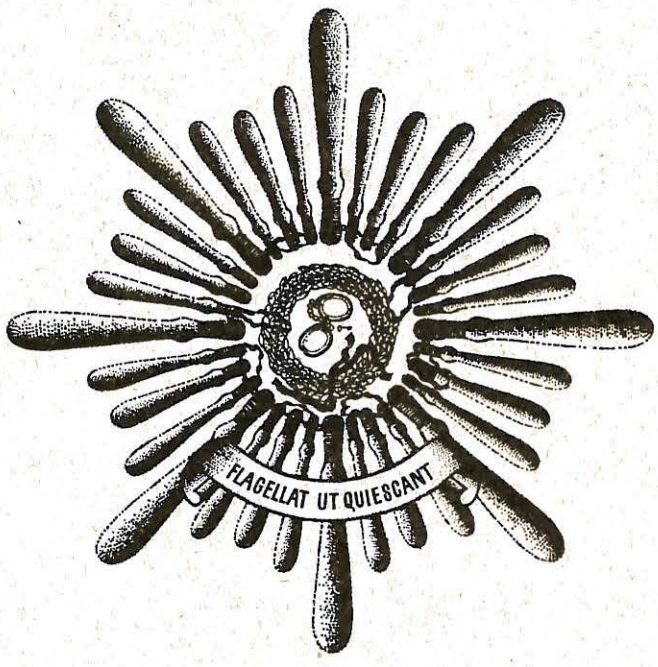
Die Konfrontation mit Polizei und Justiz, Folge der wachsenden Unterdrükkungsmaßnahmen gegen die APO und Ausdruck des Notstandsstaates, versetzt die Betroffenen häufig in Panik, und sie verhalten sich dann so, daß sie die weitere Verfolgung gegen sich unterstützen, z. B. indem sie unreflektiert sich selbst belastende Aussagen machen. Darum sollte sich jeder die folgenden Punkte merken, der bei Demonstrationen oder Festnahmen nicht hilflos der staatlichen Gewalt ausgesetzt sein will.

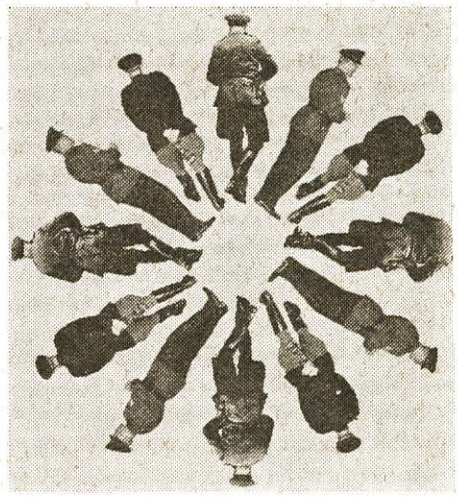
Ausrüstung bei Demonstrationen

1. Entsprechende Kleidung: wasserdicht, gegen Schläge gepolstert, feste Schuhe, Kopfschutz (Helme jeder Art), dicke Handschuhe — z. B. um Tränengaspatronen zurückzuwerfen, Hamburger Reiter wegzuziehen (die Polizisten schlagen bei der Gelegenheit meistens auf die Finger) usw., zitronegetränkte Tücher gegen Tränengas; adäquate Verteidigungsmittel.
2. Ausweis, am besten Personalausweis — darauf achten, daß man ordnungsgemäß polizeilich gemeldet ist. Wichtig, da empfindliche Ordnungsstrafen verhängt werden können und mangelnder Nachweis eines festen Wohnsitzes U-Haftgrund ist!!
3. Geld, Groschen mitnehmen, um bei Festnahme Anwalt und Republikanische Hilfe zu benachrichtigen; Schreibzeug, Zigaretten, etwas zum Essen, Lektüre, Spielkarten, Antibabypillen: **man kann ohne Haftbefehl maximal 47 Stunden festgehalten werden!!**

Verhalten während der Demonstration

1. Vor und während der Aktion A k t i o n s k a d e r bilden! Damit kann u. a. kontrolliert werden, wer verhaftet oder verletzt wurde.
2. Wichtige Vorgänge genau beobachten, insbesondere Übergriffe der Polizei; wenn möglich fotografieren, Sachverhalt notieren mit Ort- und Zeitangabe und umgehend Republikanische Hilfe anrufen: Tel. 77 60 68.
3. Zivile Beamte den Demonstranten als solche bekannt machen (fotografieren).
4. Jede Aktion während der Demonstration vorher mit Bekannten diskutieren, wenn die Aktion dies erlaubt, und dann geschlossen vollziehen.
5. Festnahmen müßten vermeidbar sein!
   Festnahmen ohne Haftbefehl sind nur gerechtfertigt bei hinreichendem Tatverdacht einer strafbaren Handlung und bei der notwendigen Aufnahme von Personalien, wenn das nicht anders geschehen kann (Z. B. wenn der zu Identifizierende Angaben verweigert). Vorbeugende Festnahmen zur Vermeidung einer strafbaren Handlung sind rechtswidrig.





Verhalten nach der Festnahme

1. Sofort mit anderen Festgenommenen Verbindung aufnehmen, Name, Adresse notieren.
2. Keine Aussage zur Sache machen, nur zur Person!! Name, Adresse, Beruf, Stand.
3. Unter kein beweiserhebliches Schriftstück eine Unterschrift setzen.
4. Im Polizeigewahrsam keinen Widerstand leisten.
5. Erkennungsdienstliche Feststellungen (Fingerabdrücke usw.) dürfen nur zur Aufdeckung einer Straftat, z. B. beim Diebstahl, oder zu erkennungsdienstlichen Zwecken (z. B. wenn begründeter Tatverdacht einer gleichartigen strafbaren Handlung vorliegt) abgenommen werden (§ 81b StPO). Darum sich weigern, diesbezügliche Maßnahmen an sich vornehmen zu lassen, sich aber nicht physisch wehren.
6. Bei Verletzungen Arzt verlangen.
7. Gedächtnisprotokoll anfertigen.
8. Wenn sofortige Entlassung nicht zu erwarten ist, Rechtsanwalt und Republikanische Hilfe anrufen:

Rep. Hilfe Tel. 77 60 68

Rechtsanwälte: 29 30 34

62 59 36 (privat)

44 84 17

29 18 17

Verhalten nach der Entlassung

1. Sofort zur Republikanischen Hilfe, Wilhelm-Hauff-Straße 5, kommen oder mindestens anrufen (Tel. 77 60 68). Aussage schriftlich niederlegen, da dies für eine Prozeßvorbereitung unbedingt nötig ist.
2. Verletzungen vom Arzt attestieren lassen.
3. Bei Vorladungen der Polizei, Staatsanwaltschaft oder des Gerichts mit Republikanischer Hilfe oder **Juristischem Verfolgungsschutz beim AStA, Studentenhaus, Jügelstr., Do 18—20 Uhr,** in Verbindung setzen.
4. Alle Unterlagen der Verfolgungsbehörden dem juristischen Verfolgungsschutz zwecks Prozeßvorbereitung zur Verfügung stellen. Der reuige, scheue Angeklagte ist der Justiz schutzlos ausgeliefert; politisch geführte Verfahren, das beweisen zahlreiche Urteile aus München und Berlin, sind die einzige Möglichkeit, Freisprüche zu erzielen oder zumindest das Strafmaß herabzusetzen.
5. Den Vorladungen der Polizei und Staatsanwaltschaft (unentschuldigt) keine Folge leisten.
6. Den richterlichen Vorladungen muß gefolgt werden — dort aber nur Angaben zur Person; wichtig, um sich in einem möglichen folgenden Prozeß nicht in Widersprüche zu verwickeln.
7. Sämtliche Informationen, die zur Verteidigung von Genossen dienen können, müssen unbedingt dem juristischen Verfolgungsschutz zur Verfügung gestellt werden.
8. Wer fotografiert, soll auch die Aufnahmen zur Verfügung stellen.